20 Jahre gewerkschaftlicher Widerstand im Osten Deutschlands

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538, Entgelt bezahlt

Sommer 2011
Nr. 172, 40. Jahrgang
Nürnberg
3,– €

*Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!*

# Libyen – NATO-Politik mit allen Mitteln

Warum es vordringlich geworden ist, über Libyen zu diskutieren und nicht über Tunesien, Ägypten oder Thailand, wo auch in letzter Zeit Aufstände stattfanden, hat einen triftigen Grund. Dieser liegt in der nun veränderten innenpolitischen Szenerie in Deutschland beim Ausbruch des NATO-Krieges gegen Libyen: es gibt nahezu keinen Widerstand gegen diesen Krieg im Lande. Bisher galt immer noch für Deutschland, wenn auch zusehends vermindert: *„gebranntes Kind scheut das Feuer“*. Seit dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg, dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes und den daraus entstandenen bösen Erfahrungen und zum Teil auch aus dem daraus entsprungenen Schuldbewusstsein, gab es in großen Teilen der Bevölkerung immer noch eine Aversion gegen Krieg, Militär und chauvinistische Parolen. Das ließ zwar mit dem Aufkommen neuer Generationen nach, reichte aber noch aus für das Entstehen einer großen Friedensbewegung gegen Bushs Irakkrieg. Auch der Krieg im 5.000 km entfernten Afghanistan wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und ein Abzug der Bundeswehr gewünscht. Schon beim Krieg gegen Jugoslawien hatten die Schröder, Scharping, Fischer und andere Kriegstreiber erkannt, worauf es ankommt, nämlich diesen Widerwillen im Volk zu überwinden. Wie sich oft erst hinterher herausstellte, wurde von ihnen und den auf Mainstream liegenden Medien mit Lug und Trug, Fälschungen und Nachrichtenmanipulationen in einer Art psychologischem Trommelfeuer der Boden für eine Kriegsbeteiligung Deutschlands bereitet.

*Artikel auf Seite 3*

*Bild/Montage: Arbeiterstimme*

## Inhalt


| | |
|---|---|
| – NATO-Politik mit allen Mitteln | S. 3 |
| – Wird jetzt auch Bahrain bombardiert? | S. 9 |
| – Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Parteiengefüge | S. 10 |
| – 20 Jahre gewerkschaftlicher Widerstand im Ost-Deutschland | S. 14 |
| – Das Frühjahrsseminar der Gruppe in München | S. 26 |
| – Lateinamerika 2011 | S. 27 |
| – Filmbesprechung: Wadans Welt | S. 36 |

# In eigener Sache

Die Katastrophe von Fukushima hat der Antiatombewegung neuen Schwung gegeben. In Deutschland, wo dazu bereits ein starker Ansatz vorhanden war, der auch politisch von der Partei Die Grünen getragen wurde, führte das zu einer politischen Kehrtwende der Regierungspolitik. Bei Schwarz-Gelb gab es nicht wenige Purzelbäume, aber auch bei Oppositionspolitikern. Der Atomausstieg wurde angekündigt und auch von denen vertreten, die ihn vorher erbittert bekämpft hatten. Für solche Volksnähe ist die CSU ein leuchtendes Beispiel, von Seehofer bis Söder.

Es sind weniger die Einsicht und echte Überzeugung, die Merkel, Westerwelle und auch die SPD-Führung dazu bringen, sich mit den mächtigen Energiekonzernen anzulegen. Es ist die blanke Angst, ansonsten Wahlen zu verlieren und den eh schon größten politischen Block, die Nichtwähler, noch größer zu machen. Vorerst sind die Grünen die großen Gewinner, was nicht immer so zu bleiben braucht. In Baden-Württemberg setzte sich so eine grün-rote Regierung durch, deren Handlungsspielraum von vornherein gering ist. In der Regierungsverantwortung rücken die Grünen automatisch ein Stück nach rechts. Sie werden sich nun gar nicht mehr zieren, mit den Schwarzen Koalitionen einzugehen.

13 lange Jahre soll es dauern, bis der letzte Meiler stillgelegt werden soll – das bedeutet 13 Jahre mit den Risiken leben, als hätte es nie Tschernobyl, Harrisburg und Fukushima gegeben! Ein Atomkraftwerk soll bis zuletzt als angebliche Reserve laufen, heißt es. Die Partei Die Linke hat schon recht: „*Wir müssen misstrauisch bleiben*“! Sie hat auch recht, wenn sie fordert, der Atomausstieg müsse eigentlich ins Grundgesetz aufgenommen werden. Doch damit ist sie im Bundestag überall auf Ablehnung gestoßen. Warum wohl? Will man erneut tricksen?

Zur innenpolitischen Entwicklung bringen wir einen Nachdruck aus der neuesten Arbeiterpolitik.

Ein längerer Artikel beschäftigt sich mit der Geschichte der Gewerkschaften im Gebiet der früheren DDR von deren Ende bis heute anhand des Beispiels der IG Metall. Er wird aufgrund seiner Länge in 2 Teilen abgedruckt.

Zusammen mit der Gruppe International Dorfen haben wir Ende Mai in München ein Wochenendseminar abgehalten. Ein kurzer Bericht darüber geht den abgedruckten Referaten voraus.

Bei Redaktionsschluss erreichen uns ausnahmsweise einmal gute Nachrichten: der ver.di-Gewerkschaftsrat hat in seiner Sitzung vom 25.5. beschlossen, die gemeinsame Tarifeinheitsinitiative von DGB und BDA nicht länger mitzutragen. Das ist ein Schlag für die Streikverhinderer von Unternehmerlager und SPD – und wieder ein Schritt in die richtige Richtung. Es hat sich gezeigt, dass, wenn die Sache von einem bewussten Kern aufgenommen wird und durch die Diskussion Tausender eine breite Bewegung entsteht, Angriffe auf die Rechte der Beschäftigten zurückgewiesen werden können.

Es gäbe noch viel zu schreiben: Die europäische Finanzkrise spitzt sich zu, die griechischen Staatsanleihen gefährden weiterhin den gesamten Euroraum und die Weltwirtschaft. Die Angst der Regierenden ist berechtigt: Gelingt es ihnen nicht die Krise in Griff zu bekommen, wird sie sich wieder unvermeidlich zu einer neuen allgemeinen Krise ausweiten. Mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft und vor allem für die Massen, die lohnabhängig sind oder von Transferleistungen ihr Dasein fristen.

Eine kleine Kostprobe können sie gerade in Grichenland besichtigen: Das Land ist quasi unregierbar, große Teile der Arbeiterklasse nicht mehr im Stande und nicht willens die Lasten der Krise zu übernehmen und sie wehren sich immer heftiger. Die zaghaften Bemühungen der Bundesregierung, daß die Lasten auch von privaten Investoren, sprich Banken getragen werden, sind wie es scheint vorerst gescheitert.

Aber sie sind nicht in der Lage eine andere Lösung zu präsentieren. Damit geht die Krise in die nächste Runde; was immer auch kommen wird, die Herrschenden werden versuchen die Lasten auf die arbeitende Klasse zu wälzen. Da ist der Widerstand der griechischen Arbeiterklasse noch zu gering um das abzuwehren. Zumindest die Arbeiterklasse in den großen Industrieländern müßte sich in den Widerstand mit einreihen. Danach sieht es aber z.Zt. nicht aus.

Wir danken allen, die das Jahres-Abo für 2011 schon bezahlt haben, und ganz besonders jenen, die uns über den Jahresbetrag hinaus mit einer Spende unterstützten.

Leider hat ein Teil der Bezieher der ***Arbeiterstimme*** noch nicht reagiert. Wir appellieren an diese, doch auch zum Weitererscheinen unserer Zeitschrift beizutragen. Wir können nur bestehen, wenn unsere Leser uns weiter unterstützen!

**Impressum:**
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- €. aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

# Libyen – NATO-Politik mit allen Mitteln

Hat sich im Falle der Einmischung in Libyen die schwarz-gelbe Regierung Merkel auch im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthalten und eine direkte Kriegsbeteiligung vermieden, so wurde im Handumdrehen eine indirekte Unterstützung der Nato-Aggression daraus. Bei vielen Friedensbewegten und Linken war die Verwirrung groß. Nicht nur in Deutschland waren die Friedenskräfte gespalten wie selten zuvor. Die oft skurrile Selbstdarstellung des Gaddafi-Regimes begünstigte die propagandistische Übertölpelung einer Mehrheit der Bevölkerung.

Die Ereignisse in und um Libyen – Revolte, Bürgerkrieg und Krieg – stehen im engsten Zusammenhang mit dem Aufbruch in den nordafrikanischen Nachbarländern. Die Bewegungen in der arabischen Welt und auch anderswo waren der Anlass für die Proteste in Libyen. Das galt für den Ursprung der dortigen Proteste und des daraus entstandenen Bürgerkriegs. Das war die Gelegenheit für die USA und vor allem die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien, im Konflikt entscheidend zu intervenieren. Durch einen Regimewechsel sollte im Interesse der kapitalistischen Führungsmächte ein unsicherer Kantonist beseitigt werden. Unter dem Vorwand der Bewahrung der Menschenrechte und des Schutzes der Zivilbevölkerung wurde der Interventionsfeldzug eingeleitet und zwar mit allen Mitteln: mit Boykott und Sperren, mit Enteignung der Finanzmittel, mit weltweiter Hetze und mit militärischen Schlägen. Dem Ganzen wurde ein NATO-Mantel übergestülpt und mit Tricks und Verbiegungen des Rechts der UNO-Sicherheitsrat dienstbar gemacht – ein schwarzer Tag für die UN!

Nur wenige wissen über das Land, um das es geht und seine Geschichte einigermaßen Bescheid. Auch diejenigen, die darüber schreiben, müssen von Zahlen und Angaben ausgehen, die sich manchmal widersprechen oder nicht immer stimmen.

Libyen umfasst mit 1.757.000 km² ein riesiges Gebiet, das fünfmal so groß ist wie Deutschland. Doch die

Wüste Sahara nimmt 85 % des Landes ein und es gibt keinen einzigen Fluß. Der Staat besteht aus drei großen Regionen: Tripolitanien im Westen (mit 65% der Bevölkerung), der Cyrenaika im Osten und Fessan im Süden. Das Land hat ca. sechs Millionen Einwohner, 90% davon leben entlang der Küste am Mittelmeer meist in Städten, wie im Westen Tripolis (1,65 Millionen Einwohner) und im Osten Bengasi (700.000).

Es gibt im Lande 140 größere Stämme, davon 30 mit besonderem Gewicht. Wirtschaftlich hängt das Land an einem einzigem Tropf: den Bodenschätzen. Es ist eine Rentiersgesellschaft. Die geschätzten Ölreserven liegen bei 44 Milliarden Barrel – und es handelt sich um Qualitätsöl. Libyen liefert 10% des EU-Bedarfs; es ist besonders mit Italien wirtschaftlich verquickt. Die Jahresförderung an Erdgas beträgt 15 Milliarden m³, wobei ein Drittel für eigene Zwecke Verwendung findet.

## Vom Sandhaufen zur Dollarquelle

Seit 42 Jahren herrscht Muammar al Gaddafi in Libyen, ein Zeitraum, in dem das Land sich von einem zivilisatorischen Nichts zu einem sozialstaatlichen Gebilde entwickeln konnte. 1969 gab es nur wenige Akademiker im Land, heute, im Verhältnis zum Bedarf, zu viele Gebildete. Und doch wird das libysche Volk zum Teil von Traditionen bestimmt, die dazu beitrugen, dass es den im Zelt umherreisenden Gaddafi mit seinem narzisstischen Gehabe lange als Führer des Landes akzeptierte.

Die libyschen Gebiete gehörten mehrere 100 Jahre zum Osmanischen Reich und führten dort ein Schattendasein. Ab 1912 machte Rom daraus eine italienische Kolonie. Ab 1943 eroberten im Laufe des Zweiten Weltkrieges alliierte Truppen das Land, bis es 1951 die UNO in die Unabhängigkeit entließ. Auch unter dem dann regierenden König Idris I. vom streng religiösen Senussi-Stamm änderte sich nur wenig. Trotz erster Erdölfunde gab es kaum eine Infrastruktur, der gesellschaftliche Fortschritt blieb aus.

## Von „Null" bis zum „Sozialstaat"

Oder: „*Vom trostlosen Sandhaufen zur Dollarquelle*" könnte man die folgende Periode beschreiben. Es war damals sprichwörtlich nichts vorhanden in dem Land. Ein Militärputsch unter Führung von Oberst Gaddafi sollte 1969 der Stagnation ein Ende bereiten. Es war die Zeit der Aufbrüche in der Welt und auch noch der Fortschritte in den sozialistischen Ländern. Die Militärjunta in Tripolis proklamierte den *Panafrikanischen Sozialismus* und eine antiimperialistische Periode, bzw. was die Libyer darunter verstanden. Ein großer Militärstützpunkt der USA wurde geschlossen. Innenpolitisch entstanden basisdemokratischen Strukturen mit Volkskomitees und Volkskonferenzen. Die italienischen Grundbesitzer der Kolonialzeit wurden ausgewiesen, eine Bodenreform wurde durchgeführt. Banken und Unternehmen wurden verstaatlicht, mit den Erdölkonzernen auch über 200 ausländische Firmen. In dem Land, das zu 97% islamisch war, sollten nun säkulare Grundsätze gelten, die Trennung von Staat und Religion. Eine weitgehende rechtliche Gleichstellung der Frauen wurde eingeführt. Gaddafis *Grünes Buch* galt als ideologisches Band, als etwas Drittes zwischen Kapitalismus und Sozialismus (was nicht zukunftsfähig sein konnte). Vereinigungspläne scheiterten, besonders jene mit Ägypten und Syrien. Das Vorbild war Abd el Nasser.

1977 wurde die *Islamisch-sozialistische Volksrepublik Libyen* ausgerufen und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion intensiviert. In vielen Gegenden der Welt wurden vom

Gaddafi-Regime Underdogs und linke Kräfte unterstützt, auch Terroristen wie der *Schwarze September*, die IRA und die *Roten Brigaden*; aber auch die FARC-Guerilla und progressive Kräfte in Lateinamerika. Die Konfrontation mit den USA nahm zu. Der Westen verhängte Sanktionen, Embargos und verstärkte die Subversion. Tripolis antwortete mit terroristischer Gegengewalt, auch mit sinnlosen, verbrecherischen Anschlägen, wie z.B. auf die Diskothek La Belle und mit dem Flugzeugattentat in Lockerbie. 1986 bombardierten die USA Tripolis und Bengasi, wobei Zivilisten starben, auch eine Tochter Gaddafis.

Durch den Boykott und mit dem Niedergang der Sowjetunion geriet Libyen von 1992 bis 1999 in eine tiefe Krise. Das Pro-Kopf-Einkommen ging um 20 Prozent zurück. Eine hohe Inflationsrate verteuerte das Leben. Die Isolierung Libyens als angeblicher „*Schurkenstaat*" schadete dem Land gewaltig. Das war die Ursache für Gaddafis Kurswechsel ab 1999 vom Antiimperialismus, wie er ihn verstand, zum bodenlosen Pragmatismus. Die Bemühungen um eine atomare Rüstung wurden eingestellt, wie auch die Unterstützung von terroristischen Gruppen, für die Lockerbie-Opfer große Summen bezahlt. Die *Belohnung* folgte mit der Einstellung der Sanktionen und einer Ausweitung der Geschäfte, auch der Waffenlieferungen. Mit den meisten EU-Regierungen ergab sich sogar eine Komplizenschaft, vor allem in der Abwehr afrikanischer Flüchtlinge. Dabei kam es zu jeder Humanität Hohn sprechenden Flüchtlingsdeportationen in die libysche Wüste. Für diese Politik bekam Libyen viel Geld und Gaddafi wurde mit großem Tamtam in den westlichen Hauptstädten freundschaftlich empfangen. Gerade auch von Berlusconi, der kumpelhaft mit ihm einen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag schloss, die nun beide zu Fetzen Papier geworden sind. Auch mit Israel besteht seit dem Kurswechsel gute Verbindung. Gaddafi, der sich früher gegen arabischen Rassismus engagierte, hatte 1996 auch bewiesen, wie man mit aufsässigen Islamisten umgeht, wofür kein Wort der Kritik von den menschenrechtsfreundlichen Außenministern des Westens kam: Im Abu-Salim-Gefängnis in Tripolis wurden damals in einer Nacht 1.200 aufständische Islamisten niedergemetzelt.

## Aufstieg und Krise Libyens

Der Wüstenstaat hat immer noch das höchste Pro-Kopf-Einkommen Afrikas, das Doppelte von Ägypten. Weltweit liegt Libyen auf Position 53 unter 169 Ländern, vor Mexico. Bei allen bestehenden Mängeln war der wirtschaftliche und soziale Aufstieg in den letzten 40 Jahren enorm. Das BIP soll bei etwa 90 Milliarden Dollar liegen. Der Staatshaushalt mit 35 Milliarden Dollar gilt als fast ausgeglichen. Wie es heißt, habe sich das BIP seit 2003 vervierfacht. Etwa 54% entfallen auf den Öl- und Gassektor. Das Übrige wird durch Raffinerien, Textil- Zement- und Nahrungsmittelindustrie und etwas Landwirtschaft erwirtschaftet.

Herrscht in Libyen auch keine *freie Marktwirtschaft* im westeuropäischen Sinne, so ist das Land doch in den kapitalistischen Weltmarkt eingebettet und unterliegt den Gesetzmäßigkeiten dieses Systems. Ausländer können sich mit 49% an den Unternehmen beteiligen. 2009 gab es eine Rezession, 2008 lag die Inflationsrate über 10%.

Die Urbanisierung in Libyen ist hoch, sie beträgt 85%. Nur noch fünf Prozent sind Nomaden. 29% der Frauen, aber nur 8% der Männer sind Analphabeten. Die einfachen Arbeiten verrichten Fremdarbeiter. Die Arbeitslosigkeit unter den Einheimischen beträgt 20-30%, wobei diese großzügig vom Staat unterstützt werden, z.B. verheiratete Arbeitslose mit 300 Euro. Eine Million Beschäftigte arbeiten als Staatsangestellte. Die wenigen Gewerkschaften sind zudem staatsabhängig. Es gibt keine Parteien.

Die Öl- und Gaseinnahmen von zeitweise 150 Millionen Dollar am Tag ermöglichen einen Sozialstaat, der für ganz Afrika ohne Beispiel ist; mit ein Grund für die kapitalistischen Parteigänger des Neoliberalismus in aller Welt, ein solches Vorbild wegzubomben. In Libyen sind die Schulen, die Bildung und das Gesundheitswesen kostenlos. Nahrungsmittel, Strom und Benzin werden subventioniert; Mindestlohn und Gewinnbeteiligung wurden eingeführt. Altersrenten, Witwen- und Waisenrenten sind selbstverständlich. In den letzten Jahren hat sich die Lebenslage etwas verschlechtert, auch durch die kapitalistische Weltkrise. Das ist spürbar durch die Teuerung, auch finden gut Ausgebildete nicht immer Stellen für Qualifizierte. Das fördert Unzufriedenheit und auch Perspektivlosigkeit.

Mit dem Begriff *Klassenkampf* und *Arbeiterklasse* kann man in Bezug auf den Sonderfall Libyen wenig anfangen. Das *Proletariat* sind die 1,5 bis 2 Millionen Arbeitsimmigranten, die nur zeitweise dort arbeiten. Sie kommen vor allem aus Ägypten, aber z.B. auch aus Schwarzafrika, Tunesien und China, sind unorganisiert, lassen sich leicht gegeneinander ausspielen und leicht ausweisen. Da gibt es keine Streiks. Hunderttausende sind nun, von den Kriegshandlungen bedroht, auf der Flucht.

Libyen hatte eine Armee von 80.000 Mann, mit 3.000 Panzern und ca. 3.600 Flugzeugen. 1,8 Millionen stehen als Reservisten zur Verfügung. Außerdem gibt es Milizen, die von Gaddafis Söhnen geleitet werden. Über die Gebiets-Volksräte wurden im April einen Million Kalaschnikows verteilt. Die Militärausgaben

betragen etwa zwei Milliarden Dollar im Jahr, 2% des BIP.

## Die Rebellen: Demokratiebewegte, Opportunisten und Reaktionäre

Die Aufständischen und dann auch umgehend Kriegsführenden konzentrieren sich hauptsächlich auf die Region Bengasi, eine alte konservative Hochburg, wo die Frauenverschleierung wieder üblich ist. In der Frage, wer die Rebellen wirklich sind und was sie wollen, gibt es weithin Nichtwissen. Da haben sich die unterschiedlichsten Kräfte zur Beseitigung des Gaddafi-Regimes zusammengetan. Im Unterschied zu den Bewegungen in Tunesien und Ägypten, wo das Streben nach Demokratie im Vordergrund steht, geht es in Libyen mehr um die Machtfrage bzw. um die Geldverteilung. Ein Teil der Rebellen wird von der CIA und anderen Geheimdiensten schon länger unterstützt und von NATO-Ländern instruiert. Die Briten schicken gerade weitere Millionen Pfund, Deutschland Millionen Euro unter *humanitärem* Vorwand und Katar 170 Millionen Dollar und Kriegsmaterial. Vor allem in der Führung befinden sich Exillibyer. Besonders viele sind Überläufer des alten Systems, Teile der Eliten Gaddafis und der Armee. Unter den Flaggen von Idris I. wurde ein *Nationalrat* gegründet, dessen Mitglieder nicht gewählt, sondern per Akklamation bestimmt wurden. Dieser wurde sofort von Sarkozy und anderen Staatsführern anerkannt. Anführer sollen Gaddafis ehemaliger Justizminister Abdeljahel und Gaddafis ehemaliger Innenminister und Geheimdienstchef General Junis sein. Dieser Verräter soll den westlichen Aggressoren mit wichtigen Angaben schon länger dienstbar gewesen sein. Junis phantasiert nun von „*wahrer Demokratie*“ und von einem „*Fünfsterneleben für alle Libyer*“. In manchen Städten gehören zu dieser heterogenen Opposition auch Unternehmer, die zwar unter Gaddafi gute Geschäfte machen konnten, denen aber grundsätzlich politischer Einfluss verwehrt war oder die früher enteignet worden waren. Auch monarchistische Gruppen – u.a. vom Senussi-Stamm – tragen den Aufstand mit.

Die New York Times vom 7. März 2011 berichtete: „*Allein die Muslim-Bruderschaft und weitere hunderte militante Kräfte zeigen Anzeichen von Organisiertheit; viele von ihnen haben sich in Gefängnissen verbündet oder schon 1990 die Regierung bekämpft. Einer von diesen Männern ist Abdul-Hakim al Hasidi, (…) der mit hunderten bewaffneten Männern Darnah (eine Hafenstadt östlich von Bengasi ) und das Hinterland verteidigt (…), ein ‚afghanischer Araber', einer der ausländischen fanatischen Islamisten, die nach Afghanistan gingen als Teilnehmer des vom Westen gesponserten Krieges gegen die Sowjetunion in den 80er Jahren und auf der Seite der Taliban in den 90er Jahren, wo er politische wie militärische Strukturen führte.*“

Nach Aussagen des Oberkommandierenden der NATO wären auch Al-Kaida-Gruppen beteiligt. (!) Die Aufständischen müssen auch ein grässliches Pogrom verantworten, als Schwarzafrikaner umgebracht wurden, weil man sie pauschal als Söldner Gaddafis verdächtigte.

Die Motive für die Rebellion sind sehr unterschiedlich: Bei manchen ist es einfach Rache, bei anderen sind es die Unterdrückung gesellschaftlicher und politischer Freiheiten, Willkür und Folterqualen. Manche, die arbeitslos sind, sehen keine Perspektive und wollen eine Änderung. Es gibt Einschätzungen, dass immer noch ein Viertel der Bevölkerung, 1,6 Millionen, einigermaßen militant hinter dem Gaddafi Regime stehen. So wurde im Westen die Nachricht von Mitte Mai unterschlagen, dass Vertreter von 680 libyschen Stämmen und Clans sich einstimmig gegen die Bombardierung durch die NATO und gegen den Terror der Rebellen wandten.

Doch es sind die Widersprüche des Regimes selbst, die viele ins Schwanken brachten. Mit der Kehrtwende kamen an Stelle von Antiimperialismus und *Sozialismus* Privatisierung und Neoliberalismus zur Geltung. Es stellte sich heraus, dass Gaddafis Sohn Seif al Islam mit CIA, BND und Mossad verquickt ist. Die Anbiederung des Großen Führers selbst an Berlusconi und andere westliche Staatsmänner war widerlich. Wird das eigene, bisherige Selbstverständnis nicht mehr vertreten, lockert das auch die Loyalität der Massen und noch mehr die der Eliten. Da gibt es dann schon den Wunsch, alles Progressive in Frage zu stellen, damit der eigene Kuchen größer wird. Und kann man nicht das Ganze kriegen, dann sind eben separatistische Ziele das Nächstliegende. 80% der Erdölförderung liegen im Osten Libyens. Auch die Zeitschrift *iz3w* kommt zu dem Schluss: „*Die Benachteiligung einiger Gruppen, die von der Verteilung der Erdölrente ausgeschlossen waren, markieren die Bruchlinien, entlang derer nun der Konflikt zwischen Rebellen und Regime gewalttätig ausgetragen wird.*“

Man muss sich unbedingt auch einmal die Frage stellen, was käme nach dem Sieg der Aufständischen, auf den Trümmern eines vom Bürgerkrieg und vom NATO-Bomben heimgesuchten Landes? Mit der Einigkeit der heterogenen Rebellen wäre es dann wohl vorbei. Kommt dann von ihnen neue Gewalt beim Kampf um das Öl und bei der Machtaufteilung? Der Sozialstaat wäre dann wohl zerstört. Es könnte auch sein, dass der libysche Staat dann auseinanderbricht. Kommen dann Verhältnisse wie im Irak? Das Gerangel der siegreichen Interventionsmächte um Einfluss und Ausbeutung käme hinzu; das verhieße nichts Gutes.

## Hetzkampagnen der Medien

Lügen und Heuchelei sind die Zwillingsbrüder des Krieges. Das war schon immer so, dass es für die Kriegstreiber darum geht, die wahren Gründe zu verschleiern und den Widerstand gegen die Kriegspolitik klein zu halten und zu kriminalisieren. Im Kapitalismus ist die herrschende Meinung die Meinung der Herrschenden. Jeder Meinungsbildner in den Massenmedien weiß – mit oder ohne Befehl – was er zu tun hat.

Aus Gaddafi, der kurz vorher noch von den westlichen *Staatsmännern* hofiert wurde, wurde im Handumdrehen ein Monster gemacht. Noch vor wenigen Jahren hatte die US-Außenministerin Condoleezza Rice das Gaddafi-Regime als *„Modell für die arabische Welt"* bezeichnet. Plötzlich wurde aus ihm ein *„irrer Schlächter"* und *„Völkermörder"*, der *„das eigene Volk niederschießt"*. Selbst einige bürgerliche Blätter müssen zugeben, dass es dafür keine stichhaltigen, nachprüfbaren Beweise gibt. Selbstverständlich ist anzunehmen, dass in Kriegen und Bürgerkriegen keine große Rücksicht auf Zivilisten genommen wird. Das gilt meist für alle Seiten. Doch diese Vertreter der Menschenrechte setzten laufend Massaker-Behauptungen in die Welt, die selbst in manchen Zeitungen Menschenrechte nicht als Tatsachenformulierungen gedruckt wurden. Das mindert aber an deren Wirkung kaum etwas. Gaddafi und seine Söhne hätten Milliarden ins Ausland transferiert – doch niemand kann beweisen, ob dies im Interesse des libyschen Staates oder zum Zweck der persönlichen Bereicherung seines Clans geschah.

Man kann sich noch gut an die Propaganda gegen den Irak erinnern, der angeblich Massenvernichtungswaffen zum Einsatz bereit hatte. Nachher spielte man diese Falschinformationen als Irrtum herunter, wie auch die Brutkasten-Story, mit angeblich 15 toten Babies in Kuwait. Nun hieß es, Gaddafis Truppen hätten Streubomben benutzt. Später ruderte man zurück, es seien nur drei Stück gewesen. Eine antimilitaristische Zeitschrift hielt dagegen: Westliche Länder, besonders die USA, hätten seit 1965 440 Millionen Stück Streubomben eingesetzt!

Libyen hat vom Westen zwischen 2004 und 2010 Waffen im Wert von 1,56 Milliarden Dollar geliefert bekommen. Darunter sind auch jene von Sarkozy, von einem der größten Heuchler, die nun gegen die NATO-Aggressoren Verwendung finden können.

## Missbrauch der UNO und Ban Ki Moons Kapitulation

*Flüchtlingslager an der Grenze zu Tunesien*

Die imperialistischen Interventionsmächte haben, um ihren kriegerischen Eingriff moralisch und juristisch zu ummanteln, wieder einmal die UNO missbraucht. Das ist zwar in der Vergangenheit schon öfter praktiziert worden, zuletzt in Bezug auf die Elfenbeinküste; besonders krass war es beim Korea-Krieg 1950 bis 1953. Per Abstimmung im UN-Sicherheitsrat, bei Stimmenthaltung solch wichtiger Länder wie China, Indien, Brasilien, Russland und auch Deutschland, wurde die Resolution Nummer 1973 durchgesetzt. Darin wurden die Erzwingung einer *„Flugverbotszone"* und der *„Schutz von Zivilisten"* als Aufgaben festgelegt. Wörtlich heißt es darin: *„Das schließt eine Besatzungstruppe in jeder Form und auf jedem Teil der Republik Libyen aus."* Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, wusste, wie man so etwas auslegt: *„Wer eingreift, muss durchgreifen. Die Resolution 1973 bietet dazu viele Möglichkeiten, sie schließt nicht Bodentruppen, nur fremde Besatzungstruppen aus."*

Die Aggressoren werden es also biegen, wie man es braucht; das hat die Praxis schon gezeigt. Die ganze Resolution 1973 verstößt grundsätzlich gegen die UN-Charta. Schon in deren Präambel heißt es klar und eindeutig, die UN habe den Auftrag, *„künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren"*! Die Charta hebt das Gewaltverbot des Artikel 2 Ziffer 4 hervor: *„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt"*. Als weiter in diesem Zusammenhang bedeutende Ziele formuliert die UN-Charta in Artikel 2 Ziffer 1 den *„Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder"* (Souveränitätsprinzip). Ebenso bedeutend ist der in Artikel 2 Ziffer 7 der UN-Charta niedergelegte Grundsatz des Interventionsverbots, der formuliert, dass in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, außer bei Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII, nicht eingegriffen werden darf. Das heißt, dass eine von der Resolution gewährte Unterstützung jeglicher Art der Aufständischen dieses Prinzip hätte verletzen können. (IMI 2, April 2011)

## Die Lüge ist die Zwillingsschwester des Krieges

Menschenrechtsverstöße von Seiten des Gaddafi-Regimes mag es gegeben haben, wie auch von Seiten der Rebellen. Doch von solchen in Bahrain, als saudische Truppen einrückten, hörte man nichts. Gerade jene Länder haben es nötig, sich zu mokieren, die, wie die USA, Großbritannien und Frankreich, Gewalt, Folter und Krieg als Mittel ihrer Politik benutzten und benutzen, sei es in Vietnam, Irak, Afghanistan, Mittelamerika, in Abu Graib und in Guantanamo! Als die Bewegung in Tunesien anschwoll, hat die französische Außenministerin Truppen zur Nie-

derschlagung angeboten. Die Heuchelei kennt keine Grenzen und es wird mit zweierlei Maß gemessen. Gerade in Nordafrika haben viele Menschen noch nicht vergessen, dass im Kolonialkrieg Frankreichs in Algerien über eine Million Menschen umgebracht wurden.

Während Venezuela und die Türkei eine Vermittlung anstreben und zuletzt selbst der Papst darum bemüht ist, lehnt die NATO die Waffenstillstandsangebote strikt ab – ein Regime Change muss her, Gaddafi muss weg …

Durch die *Friedensfreunde* im parlamentarischen Spektrum geht ein Riss, nicht nur in Deutschland. Von Cohn-Bendit bis zu Wieczorek-Zeul, von vielen SPD Funktionsträgern bis zu den Vorständen der Grünen geht die Unterstützung der NATO-Kriegsintervention. Doch auch linke Intellektuelle, auch Bisky und die Linksfraktion im europäischen Parlament lassen sich von der Propagandawalze beeindrucken, ebenso wie liberale Zeitungen wie der Guardian, die WoZ, New York Times usw. Marxistische Gruppen, die die Klassen- und Machtverhältnisse in der Welt erkannt haben, sollten auch auf Grund ihrer Geschichtserfahrungen misstrauisch gegenüber gezielten Horrormeldungen sein.

## Ein Bündel von Gründen

Jenseits der Propaganda gilt es, die wirklichen Gründe des Konflikts zu erforschen. Trotz seines Kurswechsels in den 90er Jahren war Gaddafi keine Marionette der imperialistischen Staaten geworden. Das unterschied ihn von manchen anderen Machthabern in der Dritten Welt. An erster Stelle standen bei ihm weiterhin die Interessen seines Landes und seines Clans. Zudem galt Gaddafi erfahrungsgemäß als unberechenbar. Als der Aufruhr in den nordafrikanischen Ländern auf Libyen übersprang, verstärkte das die dort schon vorhandenen Konflikte, bis zum Ausbruch eines Bürgerkriegs. Die Stabilität des Staates war in Frage gestellt. Die internationalen Ölkonzerne hatten 50 Milliarden Dollar in das Land investiert. Für Paris, London und Washington schied Gaddafi nun als zuverlässiger Partner aus und sollte beseitigt werden, da die Gelegenheit jetzt günstig war. Der Bürgerkrieg lieferte den Vorwand für die Intervention der Westmächte. Ohne ihr Eingreifen wären die Rebellen verloren gewesen.

Sowohl die imperialistischen Mächte als auch die unzufriedenen Ost-Libyer bekamen vor dem Umbruch nochmals Beispiele von Gaddafis Eigenmächtigkeiten zu spüren. Gaddafi erließ nämlich dem mittelamerikanischen Land Nicaragua 200 Millionen Dollar, die Hälfte seiner Schulden. Andererseits hatte Gaddafi vor zwei Jahren gegenüber dem spanischen König Juan Carlos erklärt, er schließe nicht aus, Einrichtungen internationaler Konzerne wieder zu verstaatlichen. Als dann Libyen tatsächlich Eigentum der kanadischen Ölfirma Verenex verstaatlichte, schrillten in den Konzernzentralen und bei ihren politischen Wasserträgern die Alarmglocken. Auch für die Staatskanzleien der kapitalistischen Länder dürfte dies ein Alarmzeichen gewesen sein, vor allem angesichts ihres nun nachlassenden Einflusses in Ägypten und Tunesien. Wie brutal die USA jene Länder bedrohen, die ihre Selbständigkeit nicht gänzlich aufgeben wollen, hat gerade der ehemalige pakistanische Präsident Musharraf offenbart: Die US-Regierung habe ihm 2001 gedroht, sollte er nicht kooperieren, werde sein Land „*in die Steinzeit gebombt*“! (*Der Spiegel*)

*Gaddafi-Anhänger in Tripolis*

Die Aggression der NATO gegen Libyen hat aber auch noch eine größere Dimension. Natürlich geht es um Öl und Gas und strategische Positionen. Natürlich können Sarkozy und Cameron auch von ihren innenpolitischen Miseren ablenken. Aber es geht noch um mehr. Es ist eine Art *kalte Kriegserklärung* an China, das schon länger in Afrika zum imperialistischen Konkurrenten geworden ist und dabei Erfolg hat, die Rohstoffe des Kontinents auszubeuten.

In Libyen arbeiten 75 chinesische Firmen, die 14 Milliarden Dollar investierten. 36.000 chinesische Arbeiter waren bis vor kurzem im Land. China und Russland hatten vor, zusammen eine Bahnlinie zu bauen, 2.000 km an der Küste entlang. Noch bedeutender für Libyen und die angrenzenden afrikanischen Staaten war ein riesiges Jahrhundert-Bewässerungsprojekt in der östlichen Sahara, um mit den dort befindlichen großen Grundwasservorkommen der ganzen Region neues Leben zu geben. Die China-Corporation (CCECC) ist daran Hauptbeteiligte.

## Grenzen der Allmachtsallüren

Mag der Multimilliardär Donald Trump auch ein Außenseiter sein, so ist er doch einer der mächtigsten Männer in Amerika. Sein Rezept für Libyen und das Ölproblem lautet: OPEC-Kartell zerschlagen und sich die libyschen Ölfelder aneignen. Schließlich müsse man sich ja irgendwie die Kosten für den Libyen-Einsatz zurückholen. Abstrus? Immerhin war dieser Großkapitalist eine Zeitlang als Präsidentschaftskandidat der Republikaner im Gespräch.

In den USA sind die Militärausgaben seit dem Jahr 2.000 um 80% gestiegen. Kriege sind also für die Rüstungsindustrie der USA ein wahres Konjunkturprogramm. Es hat nur den Nachteil, dass es mit Schulden finanziert werden muss, was immer schwieriger wird, da das Land kurz vor der Zahlungsunfähigkeit steht. Das ist wohl der Grund, warum sich

das Pentagon aus dem Libyen-Krieg weitgehend zurückgezogen hat. Haben die Vereinigten Staaten doch noch den zerrütteten Irak am Hals und kostete der Afghanistankrieg allein 2010 100 Milliarden Dollar; außerdem müssen sie für 700 Militärstützpunkte in aller Welt aufkommen. Und das, während die USA mit 14,5 Billionen Dollar Staatsschulden (97 % des BIP) vor der Pleite stehen, die gesellschaftliche Gesamtverschuldung mit 52,6 Billionen Dollar eine astronomische Größenordnung erreicht hat. Jede Rakete der US-Army, die in Tripolis Tod und Verderben brachte, kostete 200.000-300.000 Euro, jede Flugstunde der Aggressoren 10.000-30.000 Euro.

## Eine Pattsituation?

Es ist schwierig, die militärische Situation einzuschätzen. Zu wenig ist darüber bekannt. Ohne den Angriff der NATO-Mächte wäre Bengasi schon Ende März von Gaddafis Truppen eingenommen worden. Unter den Bombenhagel gerieten nicht nur militärische Einrichtungen. Wie üblich gab es auch unter Zivilisten – die man angeblich schützen wollte – „*Kollateralschäden*". So wurden auch drei Enkelkinder Gaddafis getötet. *Bild* erschien mit der Riesen-Überschrift: „*So wird Gaddafi weggebombt*". Welch ein Sieg für die westlichen *Menschenrechtsschützer* Sarkozy, Cameron und Obama! Inzwischen sind die libysche Luftwaffe, ein Teil der Artillerie und der Panzer vernichtet; viel Infrastruktur ist zerstört. Für die westlichen Medien ist das kein Thema. Im April ließ Tripolis verlauten, jeder Kriegstag brächte einen Einnahmeausfall von 100 Millionen Dollar. US-Generalstabschef Mullen vertrat die Ansicht, alles laufe auf eine Pattsituation hinaus.

Die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) traten für ein Ende der Gewalt ein. Wie es weitergeht, hängt auch von der innenpolitischen Entwicklung im Bereich der Kriegsparteien ab.

## Indirekte Beteiligung Deutschlands

Die Enthaltung der Bundesrepublik im Weltsicherheitsrat entsprach keiner grundsätzlich-ethischen Haltung. Kurz vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg – wo es auf jedes Stimmenprozent ankam – wollte die Kanzlerin kein Risiko eingehen. Ob Siemens, Bilfinger, Hochtief usw., die deutschen Konzerne waren mit Gaddafi dick im Geschäft. Selbst genehmigungspflichtige Waren wurde in den letzten drei Jahren in Höhe von 80 Millionen Euro von Deutschland an Libyen geliefert. Das wollte die Regierung in Berlin wohl nicht zu stark verbauen. Noch bis vor kurzem wurden Libyer von Bundeswehr und deutscher Polizei ausgebildet.

*Die Aufständischen schwenken die französische Fahne nach den Angriffen der Nato-Staaten auf die regulären Truppen.*

Doch die Propagandawelle gegen Libyen lief auch hierzulande mit voller Wucht. Der Boykott wurde mitgetragen, die Merkel-Regierung schickte Schiffe und Geld und versuchte mit einer Truppenkompensation in Afghanistan sich bei Onkel Sam wieder Liebkind zu machen. In einer ZDF-Sendung rief Udo von Kampen offen zur Ermordung Gaddafis auf. Auch der ehemalige NATO-Befehlshaber forderte dazu auf, Gaddafi zu liquidieren.

Auf eine kleine Anfrage Sevim Dagdelens von der Fraktion Die Linke musste die Bundesregierung zugeben, „*keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten*" zu besitzen.

Zur Freude der NATO geht der Umbau der Bundeswehr für die Auslandsinterventionen weiter. Zur Zeit gibt es 7.000 Soldaten in neun Einsätzen. Um die geplanten neuen Richtlinien zu erfüllen, genügt der gegenwärtige Stand nicht. Der neue Kriegsminister de Maizière will künftig auch dort intervenieren können, wo „*keine unmittelbaren Interessen Deutschlands betroffen sind.*" Es lebe die deutsche Weltpolizei! Aber es kommt noch viel aggressiver. Gründe seien nun auch die „*vitale Bedeutung freier Handelswege und einer gesicherten Rohstoffversorgung; Bedrohungen, die von zerfallenden Staaten, von Migration, dem Terrorismus ausgingen.*" Will man nun mit der Bundeswehr Rohstofflieferungen von souveränen Ländern erzwingen?

## Die Linke und der Libyen-Konflikt

Ende Februar verurteilten die ALBA-Staaten in Lateinamerika die westliche Politik gegenüber Libyen, allen voran Kuba. Auch Hugo Chavez solidarisierte sich mit Libyen und nannte es „*Bruderland*". Ortega ging noch weiter und bot „*die solidarische Unterstützung des nicaraguanischen Volkes*" an und lud Gaddafi zum Asyl ein.

Gaddafi hat jahrelang den dortigen linken Regierungen und Bewegungen politisch und finanziell geholfen. Diese glauben nun wohl, aus Dankbarkeit die Augen vor der Wahrheit, den Tatsachen, verschließen zu müssen, dass die antiimperialistischen Ansätze von einst für Gaddafi längst nicht mehr Richtschnur seiner Politik sind, bzw. sein können. Ganz abgesehen von seiner persönlichen Motivation gibt es dafür keine Grundlage mehr, da sich die Bedingungen innen- und außenpolitisch entscheidend verschlechtert haben.

In Libyen sind in den 42 Jahren des Gaddafi-Regimes neue Generationen herangewachsen, die den nationalrevolutionären Zielen und Traditionen entfremdet sind. Vor allem die Jugend ist nicht mehr bereit, sich aus politischen und ideologischen Gründen Millionensummen entgehen zu lassen, besonders nicht nach den Folgen des wirtschaftlichen Ab-

sturzes in Libyen 2009 als Auswirkung der Weltwirtschaftskrise. Auch die überbordende Korruption hatte die Ansprüche des Regimes merklich ausgehöhlt, der Sozialstaat war angekratzt. Polizeistaatliches Vorgehen, Obrigkeitswillkür und Ein-Mann-Herrschaft waren selbst im Wüstenstaat Libyen nicht mehr hinnehmbar. Auch dort hatte die Moderne bei Gebildeten mit modernen Kommunikationsmöglichkeiten Einzug gehalten.

Nicht nur in Lateinamerika, auch bei uns und in anderen Teilen der Welt gibt es Kommunisten und andere Linke, die das Schema *„Der Feind meines Feindes ist mein Freund"* vertreten. Wie abstoßend war das Bild, das zeigte, wie Daniel Ortega seinen *„guten Freund"* Ahmadinedschad umarmte! Nicht nur die sowjetischen Führer hatten einst mit diesem Schema manchen Schiffbruch erlitten. Auch sie übersahen, dass man damit die eigenen Grundsätze missachtet, die Glaubwürdigkeit der eigenen Sache beschädigt und die Wahrheit über diesen *Freund* zwangsläufig unterdrücken muss.

Unter Linken dürfte Einigkeit bestehen, dass Libyen kein Land auf dem sozialistischen Entwicklungsweg ist, auch nicht auf unterster Stufe. Bei aller Unterentwickeltheit steht diese Gesellschaft auf dem Boden des kapitalistischen Systems. Das schließt zwar progressive Bereiche nicht aus, doch auf der anderen Seite greift das Regime auch zu barbarischen Methoden des Machterhalts. Eingedenk dieser Einschätzungen sollte unsere Losung lauten:

- ***Weder das despotische Gaddafi-Regime noch die kriegführenden Rebellenkräfte können pauschal unsere Solidarität beanspruchen.***
- ***Wir lehnen scharf die Einmischung imperialistischer Mächte in die Angelegenheiten souveräner Staaten ab.***
- ***Wir unterstützen Verhandlungen, um zu einem Kompromiss zu kommen.***
- ***Wir wenden uns gegen jede direkte und indirekte deutsche Unterstützung von Interventionsstreitkräften.***
- ***Gegen jede weitere Umwandlung der Bundeswehr zu Interventionsstreitkräften!***
- ***Schluss mit dem Krieg in Libyen!***

*25. Mai 2011*

# Wird jetzt auch Bahrain bombardiert?

Natürlich nicht! Die Lage scheint zunächst ähnlich wie in Libyen zu sein: große Teile der Bevölkerung demonstrieren gegen eine absolutistische Herrschaft, schon an den ersten Tagen werden Demonstrierende durch scharfe Schüsse ermordet…

Damit endet auch die scheinbare Ähnlichkeit: Bahrain ist eine Monarchie, der König ernennt die Regierung, er kann jederzeit das Parlament auflösen und er ist ein zuverlässiger Partner des Westens. Parteien sind nicht zugelassen, nur *„politische Vereinigungen"*. In Bahrain leben 1,2 Millionen Menschen, über 50 Prozent von ihnen besitzen nicht die Staatsangehörigkeit. Diese große Masse ist das moderne Proletariat: Bauarbeiter, Fabrikarbeiter und Verkäufer. Sie sind aber auch in den Sicherheitskräften beschäftigt.

Bahrain hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer Steueroase entwickelt und ist heute eines der wichtigsten Bankenzentren des Nahen Ostens. Das Finanzkapital wünscht sich wie das übrige Kapital auch *„anständige"* Verwertungsbedingungen: niedrige oder gar keine Steuern, ein geringes Maß an staatlicher Regulierung, Rechtssicherheit und politische Stabilität. Auch dafür ist das Königshaus ein Garant. Außerdem beherbergt das Land, strategisch günstig gelegen im persischen Golf, die fünfte Flotte der USA.

Während in Libyen auf den Protestversammlungen sofort die alte Fahne des Königs auftauchte, verlangten die Menschen in Bahrain anfänglich die Umwandlung des Landes in eine konstitutionelle Monarchie. Später, als das Regime mit Waffengewalt gegen die Protestierenden vorging, änderte der große Teil der Bewegung seine Zielsetzung und rief zum Sturz der Monarchie und Gründung einer Republik auf, was nicht unsympatisch ist.

Dass in der Gegend große Vorräte an Öl und Gas vorhanden sind braucht hier nicht erwähnt zu werden. Wurden und werden doch in den letzten Jahrzehnten immer wieder Kriege um den Zugang zu diesen Rohstoffen geführt.

Hier werden auch die wiederlichsten, reaktionärsten Regime vom Westen gestützt und aufgepeppelt und jedes Mittel, das Stabilität verspricht, ist willkommen, mag es auch gegen die sonst so gepriesenen *„Menschenrechten"* verstoßen.

Mitte März marschierten die Truppen des Golfkooperationsrates, vor allem die saudischen, mit Panzern in Bahrain ein und sicherten das Viertel um den königlichen Palast. Damit konnten die bahrainischen Sicherheitskräfte entlastet von solchen Aufgaben, sich um die Niederschlagung des Aufstands kümmern. Die anfänglich leise geäußerten Proteste aus den westlichen Hauptstädten verstummten endgültig, als sichtbar wurde, dass die Niederschlagung des Aufstandes gelingen würde.

Nein, Bahrain wird nicht bombardiert; hier in den Emiraten und in Saudi-Arabien sitzen keine Schurken. Hier sind die zuverlässigen Freunde des Westens an der Macht.

## Atomarer Gau in Japan und Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

# Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Parteiengefüge

Mit der Katastrophe in Fukushima wurde Realität, was die Befürworter der Kernenergie noch immer verharmlosend als Restrisiko bezeichnen. Ein völlig überforderte Betreiber, Tepco, der mit primitivsten technischen Mitteln versucht die Auswirkungen der Atomkatastrophe einzudämmen. Beschäftigte, zum Teil als Leihkräfte angeheuert, die ohne ausreichende Ausrüstung und ohne Information über die Gefahren in den todbringenden Einsatz geschickt werden. Eine hilflose, von den Informationen und den Maßnahmen des Betreibers abhängige Regierung, die versuchen musste, das Ausmaß der Katastrophe herunterzuspielen. Zugleich war sie nicht in der Lage, effektive Hilfe für die von der Natur- und Atomkatastrophe Betroffenen in die Wege leisten. Das Schicksal einer ganzen Region, des Großraums Tokio mit 35 Millionen Einwohnern, wurde durch den GAU von einem Tag zum anderen abhängig von Windrichtungen und Niederschlägen. Der Glaube an die Beherrschbarkeit der Kernenergie wurde nach Harrisburg und Tschernobyl erneut durch die Tatsachen widerlegt.

Die Ereignisse in Japan haben noch andere Tatsachen in das Licht der Öffentlichkeit gerückt: Die Schlamperei mit der seit Jahrzehnten die Atomkonzerne ihre Meiler betreiben. Unfälle und Störfälle wurden von den Betreibern vertuscht und von der Regierung gedeckt, wobei Tepco, der größte japanische Stromkonzern, auch hier die Spitzenposition einnimmt. Japan hat als moderne Wirtschafts- und Exportnation fast ausschließlich auf eine Stromversorgung durch Kernenergie gesetzt. Die Bedeutung einer sicheren Energieversorgung für die kapitalistische Produktion spiegelt sich wider in der ökonomischen Macht und dem politischen Einfluss der Energiekonzerne. Nicht nur in Japan, auch in der Bundesrepublik lassen Regierungsentscheidungen diesen Einfluss deutlich werden, wie der Beschluss zur Laufzeitverlängerung für die Atommeiler.

### Votum gegen die Kernenergie

Noch im Herbst hatte die Kanzlerin die Landtagswahl in Baden-Württemberg zur Abstimmung über das Projekt Stuttgart 21 deklariert. Wenn die Proteste gegen das Bahnhofsprojekt nicht mehr die Schlagzeilen beherrschen würden, dann hätte Mappus Chancen die Wahlen zu gewinnen und könne die schwarz-gelbe Koalition fortsetzen, so die taktischen Überlegungen. Tatsächlich wurden die Landtagswahlen zur Abstimmung über die Energiepolitik der Bundesregierung. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren ist die Wahlbeteiligung nicht gesunken, sondern um 10 Prozent gestiegen und das obwohl das Misstrauen gegenüber den parlamentarischen Parteien nicht ab, sondern weiter zugenommen hat. Das Gefühl durch ihre Stimmabgabe Einfluss auf Entscheidungen der Bundesregierung nehmen zu können, trieben zahlreiche Nichtwähler an die Urnen und bescherten den Grünen ihre Wahlerfolge. Dieser Effekt war nur beim Thema Energiepolitik möglich. Auf den Feldern der Außenpolitik (Stichwort Afghanistan-Einsatz) wie auch in der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik unterscheiden sich die Vorstellungen der Unionsparteien höchstens in Nuancen von denen der SPD oder der Grünen. Nur auf dem Feld der Energiepolitik standen sich die Konzepte von rot-grün und schwarz-gelb auch alternativ gegenüber.

Der Gau in Fukushima hat der Stimmung gegen die Atompolitik der Bundesregierung Auftrieb verliehen, auslösend war er nicht. Das Wiederaufleben der Anti-AKW-Bewegung – die Demonstrationen im Herbst 2010 und der erstarkte Widerstand in Gorleben – waren erste Signale gegen den *„Ausstieg aus dem Ausstieg"*. Der war für viele Wähler offensichtlich nur die Fortsetzung der seit Amtsantritt der Koalition betriebenen Klientelpolitik. Die sollte den Energiekonzernen zusätzliche Gewinne sichern. Die ältesten, längst abgeschriebenen, Atomanlagen erwirtschaften pro Meiler einen Gewinn von einer Million Euro täglich. Und für diese Gewinne wurde eine von der rot-grünen Bundesregierung bereits mit der Atomwirtschaft vereinbarte Ausstiegsregelung wieder gekippt.

Die plötzliche Kehrtwende von CDU, CSU und FDP nach dem GAU in Japan wurde von der Bevölkerung überwiegend als Wahlkampftaktik gewertet. Die für zunächst drei Monate geplante Abschaltung der alten Meiler signalisierte jedoch zugleich die Schwächen der Koalitionsparteien, die ihren energiepolitischen Kurs nicht einfach fortsetzen konnten. Das mobilisierte zusätzlich. Viele WählerInnen wollten mit ihrer Stimmabgabe ein Zeichen setzen: für eine endgültige Kehrtwende in der Energiepolitik.

### Die FDP kämpft ums Überleben ...

Bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl 2009 begann der unaufhörliche Sinkflug der FDP. Als konsequenter, sprich rabiater, Interessenvertreter des Bürger- und Kleinbürgertums hatte sie mit dem Versprechen *„umfassender Steuersenkungen und Erleichterungen für den Mittelstand"* 15 Prozent der Stimmen errungen. Der *„große Wurf"* endete mit den Steuererleichterungen für Hoteliers und bestätigte das Bild von den Liberalen als plumpe Lobbypartei für ihre Spender und Wähler. Seitdem dümpelt die FDP bei Umfragen und Wahlen an der 5-Prozent-Hürde.

Die Niederlage bei den Landtagswahlen stürzte die Partei nun in eine Existenzkrise.

Dem Generalsekretär Lindner kann der Ausstieg aus der Kernenergie plötzlich nicht schnell genug gehen. Der Parteivorsitzende Westerwelle musste zurücktreten. Gesundheitsminister Rösler soll ihn beerben. Und dem zukünftigen Führungspersonal fällt plötzlich auf, dass sie ihre liberalen Vorstellungen und Ziele auf einen reinen Wirtschaftsliberalismus verengt hätten.

Die Kehrwenden, die nun vollzogen werden sollen, sind nicht der Einsicht, sondern der nackten Existenzangst geschuldet. Die Felder einer anderen Energie- und Umweltpolitik oder einer liberalen Innen- und Rechtspolitik aber sind schon von den Grünen besetzt. So bleibt vom angekündigten Neuanfang nur der Versuch, durch das Auswechseln von Personen der Partei ein neues Image zu verpassen. An der Politik der Steuerversprechungen muss die FDP festhalten, will sie nicht den eigenen Mitgliedern und den verbliebenen Wählern auch noch vor den Kopf stoßen. Selbst über eine Wende in der Energiepolitik besteht in der FDP keine Einigkeit. Die Befürworter der Atomindustrie melden sich momentan, angesichts der Katastrophe in Japan und der Wahlschlappen, nur nicht so laut zu Wort.

## … die CDU/CSU um den Erhalt ihrer Regierungsfähigkeit

CDU und CSU fürchten vom Abwärtsstrudel der FDP mitgerissen zu werden. Mit nicht einmal 40 Prozent in ihrem Stammland Baden-Württemberg und einer FDP, die an der 5-Prozent-Hürde zu scheitern droht, sind die nächsten Bundestagswahlen für die jetzige Koalition nicht zu gewinnen. Die Unionsparteien mussten außerdem zur Kenntnis nehmen, dass die Grünen nicht nur aus dem Lager der Nichtwähler, sondern auch aus dem Milieu von CDU und FDP Stimmen gewinnen konnten.

Die Krise der FDP lässt zwar die Differenzen innerhalb der Union in den Hintergrund treten. Doch der Rückzug von Friedrich Merz und vor kurzem von Roland Koch waren Signale für die Unzufriedenheit auf dem konservativen und dem Wirtschaftsflügel der Union mit der Regierungsführung durch Merkel. Die Mittelstandsvereinigung der CDU kritisiert diese seit langem. Die Bundeskanzlerin schaue bei ihren Beschlüssen zu sehr auf die Gunst der Wähler und vernachlässige die Interessen der Wirtschaft und Industrie. Dies gelte auch bei der jetzt überhastet eingeleiteten Kehrtwende in der Energiepolitik.

Aber die Wahlergebnisse lassen der schwarz-gelben Koalition kaum eine andere Möglichkeit, als die bisher verfolgte Linie in der Energiepolitik aufzugeben, wollen sie ihre Wahlchancen für die anstehenden Landtagswahlen und die Bundestagswahl 2013 nicht verspielen. Die Sicherheit aller Meiler wird erneut überprüft und eine Ethikkommission wird über die Möglichkeiten eines schnelleren Ausstieges aus der Kernenergie beraten. Dieser Ausstieg soll, so Merkels Vorschlag, im breiten gesellschaftlichen Konsens mit den Bundesländern, der Opposition, den Gewerkschaften und den Vertreter von Industrie- und Energiekonzernen beschlossen werden. Der Versuch, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten über die Köpfe des Bundesrates und der Opposition durchzupauken, ist gescheitert. Sollte aber ein Ausstieg aus der Kernenergie im breiten Konsens beschlossen werden, dann fiele auch für die schwarz-grüne Koalitionsoption auf Bundesebene eine entscheidende Hürde.

## SPD verliert und feiert sich als Sieger – wegen der Verluste der Regierungsparteien

Die SPD konnte aus der Schwierigkeiten der angeschlagenen Regierungsparteien keinen Nutzen ziehen. In Baden-Württemberg landete die SPD auf Platz drei; die Grünen stellen in der zukünftigen Landesregierung den Ministerpräsidenten. Und in Rheinland-Pfalz verlor die Partei über 10 Prozent der Stimmen. Kurt Beck ist auf erstarkte Grüne als Koalitionspartner angewiesen. Da die Wahlen eine Abstimmung über die Energiepolitik war, votierten die Wähler für das Original, für die Grünen. Nicht zu Unrecht wird ihnen der Ausstieg aus der Atomenergie zugeschrieben, während die SPD unter Kanzler Schröder für die Einschnitte bei der sozialen Absicherung (Hartz IV) stehen.

Der SPD gelingt es nicht, die durch die Regierungspolitik von Schröder verprellten Wähler zurückzugewinnen. Auch in der Opposition kann sie ihren Kurs in der Sozialpolitik nicht aufgeben oder auf den Kopf stellen. Den Ruf als *„Anwalt der kleinen Leute“* hat sie wohl dauerhaft verloren. Eine Alternative zum Kurs der Regierung Merkel stellt die SPD nicht dar. Die Regierungsentscheidungen bei der „Bankenrettung“ und bei der „Stabilisierung des Euro“ hat sie ebenso mitgetragen wie zuletzt die vom Bundesverfassungsgericht verordnete Neuberechnung der Hartz-IVRegelsätze, die zu einem Feilschen um eine Erhöhung von fünf oder acht Euro wurde. Der Einfluss der SPD auf den Kurs der Gewerkschaften sichert deren Stillhalten bei den parlamentarischen Absprachen zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien, von denen die Linkspartei ausgeschlossen bleibt.

## Linkspartei verfehlt den Einzug in die Landesparlamente deutlich

Zu den eindeutigen Verlierern der Wahlen gehört auch die Linkspartei. Das Thema „soziale Gerechtigkeit" spielte im Angesicht der Atomkatastrophe keine große Rolle. So lange es keine Bewegung gibt, mit der sich Belegschaften oder Erwerbslose zur Wehr setzen, wird sich daran zunächst nichts ändern. In der Anti-AKW-Bewegung oder bei den Protesten gegen „Stuttgart 21" spielte die Linke keine oder nur eine völlig untergeordnete Rolle.

Zwar ist die Linkspartei die einzige parlamentarische Oppositionskraft, die beispielsweise Auslandeinsätze der Bundeswehr oder die Hartz-IV-Regelungen ablehnt, aber das alleine reicht nicht um sich die Unterstützung oder die Stimmen der Betroffenen zu sichern. Es fehlt, wie gesagt, eine Bewegung, die diese Themen auch zum Gegenstand des öffentlichen Interesses und der Berichterstattung werden lässt.

Dass es am Klassenkampf von unten mangelt, dafür kann man die Linkspartei nicht verantwortlich machen. Aber ihre parlamentarische Ausrichtung hindert sie daran, entsprechende Ansätze aufzugreifen und zu fördern. Wo sie, wie in Berlin, in der Regierungsverantwortung sitzt, muss sie als Gegner von Bürgerinitiativen auftreten, wie beim Volksbegehren gegen die Privatisierung der Wasserbetriebe.

Wenig überzeugend wirkt auch die Strategie zur Umsetzung der von ihr aufgestellten sozialpolitischen Forderungen. Die SPD müsse wieder sozialdemokratisch werden, um in einer entsprechenden Koalition den Politikwechsel einleiten zu können. Wer glaubt schon daran, dass die SPD zu ihren „*sozialdemokratischen Wurzeln*" zurückkehrt? Und welche Existenzberechtigung hätte daneben noch die Linkspartei? Ihr Entstehen in den westlichen Bundesländern verdankt sie ja gerade dem politischen Kurswechsel der SPD, in dem sie das dadurch entstandene politische Vakuum besetzte.

## Gestärkte Grüne als moderne Öko-Variante der FDP

Der Höhenflug der Grünen setzt sich in den Meinungsumfragen auch nach Landtagswahlen fort. Sie konnten vor allem in Baden-Württemberg neben der Mobilisierung zahlreicher Nichtwähler auch Stimmen von unzufriedenen SPD-, CDU- und FDP-Wählern gewinnen. Ihre

Mitgliedschaft und Wählerbasis repräsentiert im Wesentlichen, was als „*gesellschaftliche Mitte*" bezeichnet wird: die aufgeklärten, gebildeten und besser Verdienenden. Die stehen zwar nicht in Opposition zur Außen- und Sozialpolitik der Regierung, lehnen aber deren Energiepolitik und in ihren Augen unsinnige Großprojekte wie Stuttgart 21 ab. Vor allem stört sie die Art und Weise ab, wie über ihre Köpfe Entscheidungen gefällt und durchgesetzt werden.

Wie die SPD durch die Lösung der „*sozialen Frage*" innerhalb der bestehenden Ordnung die Klassenwidersprüche und den Klassenkampf aufheben will, versuchen die Grünen die ökologische Frage zu versöhnen mit dem kapitalistischen Wettbewerb. Der ökologische Umbau der Wirtschaft soll einhergehen mit einer stärkeren Beteiligung der Bürger – anhören, aufgreifen, vermitteln und erst dann entscheiden. Damit soll der weit verbreitet „*Politikverdrossenheit*" entgegengewirkt und die Akzeptanz parlamentarischer Parteien und Beschlüsse gefördert werden. Als Partei, die aus den Bürgerinitiativen und der Umweltbewegung entstanden ist, verfügen die Grünen in dieser Frage über mehr Glaubwürdigkeit als alle anderen Parteien.

Mit ihrem Programm der ökologischen Erneuerung vertreten die Grünen auch die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig sind. Die fühlten sich, wie auch zahlreiche kommunale Stromanbieter, durch die Laufzeitverlängerung im Wettbewerb mit den großen Stromkonzernen zurückgeworfen und in ihrer Existenz bedroht.

Eine ökologische Erneuerung im Rahmen des kapitalistischen Wettbewerbs erfordert von den Grünen, den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen auch politisch Ausdruck zu verleihen. Soziale Verhältnisse, Löhne und Arbeitsbedingungen, spielen traditionell für sie, angesichts der sozialen Herkunft ihrer Mitglieder und Stammwähler, keine Rolle. So gehört die grüne Partei auch zu den eifrigen Befürwortern der Privatisierung von öffentlichen Leistungen und staatlichen Konzernen, wie beispielsweise der Bahn.

## Atomausstieg im Konsens – die Stromkonzerne wappnen sich

Dass es kein Zurück zu der von der Regierung beschlossenen Laufzeitverlängerung geben wird, ist allen Beteiligten klar. Mit der dreimonatigen Abschaltung alter Meiler und der Einberufung einer Experten- und Ethikkommission versuchen die Regierungsparteien Zeit zu gewinnen, um die Verunsicherung und die Differenzen in den eigenen Reihen zu überwinden.

Die Regierungskoalition muss ihre politische Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, will sie nicht schon vor der Bundestagswahl 2013 scheitern. Außerdem sollen die notwendigen Vereinbarungen mit den Stromanbietern durch den Segen „*unabhängiger Experten*" und durch die Zustimmung der Opposition legitimiert werden. Grüne und SPD werden sich der Suche nach einem gesellschaftlichen Konsens nicht verschließen. Die Regierung habe einen gesellschaftlichen Großkonflikt, der längst befriedet war, erneut geschürt, lautete einer ihrer Vorwürfe angesichts der Laufzeitverlängerung.

Über Dauer und Bedingungen des Ausstiegs aus der „*Brückentechnologie*“ wird aber nicht nur auf der parlamentarischen Ebene entschieden. Ohne die Verbände der Wirtschaft und gegen die betroffenen Energiekonzerne wird es keine Beschlüsse geben. Die haben die Geschütze zur Wahrung ihrer Interessen längst aufgefahren. RWE klagt gegen den Stilllegungsbeschluss von Biblis, Befürworter und Betreiber der Kernenergie warnen vor Energieengpässen und drastisch steigenden Preisen. Was nütze ein Ausstieg, wenn man danach Atomstrom in Frankreich einkaufen müsse, so eines ihrer vorgeschobenen Argumente.

Der Energiemarkt ist schon seit langem ein europäischer Markt. Die Betreiber erwirtschaften ihre Gewinne durch die Erzeugung und den Verkauf von Strom, nicht durch den Zukauf bei Konkurrenten. Die deutschen Konzerne befürchten ins Hintertreffen zu geraten, wenn die französische oder schwedische Regierung weiterhin die Kernenergie fördern, während in Deutschland die Kosten wegen des schnelleren Ausstiegs und wegen schärferer Sicherheitsanforderungen für die Restlaufzeiten der Meiler steigen. Es wird ein zähes Ringen um die Bedingungen und den Zeitablauf geben. Die deutschen Energiekonzerne werden alles daran setzen, ihre Stellung auf dem Markt zu behaupten und auszubauen. Sie werden sich den Ausstieg wie auch die notwendigen Investitionen in Großprojekte der regenerativen Energieerzeugung teuer bezahlen lassen. Die Verbände der deutschen Wirtschaft unterstützen sie dabei. Denn die Exportindustrie braucht eine sichere, störungsfreie und billige Energieversorgung.

Der Anteil regenerativer Energiegewinnung ist nicht nur in Deutschland im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gewachsen. Konzerne wie Siemens, mit seiner Windparktechnologie, oder Großinvestoren im Bereich der Biogas-Gewinnung haben sich zunehmend in diesem Wachstumsmarkt engagiert. Das neu verkündete wirtschaftspolitische Ziel der bürgerlichen Parteien lautet: Wir müssen führend sein bei der Gewinnung alternativer Energien; der neue deutsche Exportschlager soll die Technologie für erneuerbare Energie werden.

## Die energiepolitische Wende ist nicht konfliktfrei

Hinter dem polemisch vorgetragenen Vorwurf gegenüber den Grünen, sie verhindere als Partei der Neinsager die energiepolitische Wende, steckt ein realer Kern. Die Interessen der Bevölkerung haben zurück zu stehen, wenn es um Großprojekte der Energiekonzerne (Windparkanlagen, Biogas-Gewinnung, Trassen für Stromleitungen) geht. Die Grünen sollen dies den Betroffenen vermitteln – als notwendigen Beitrag zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft und zur Lösung der Menschheitsfrage. Das gilt ebenfalls für die Frage der Endlagerung des Atommülls. Schon zu Zeiten ihrer Regierungsbeteiligung unter Bundeskanzler Schröder hatten sich die Grünen gegen den Widerstand der Bürgerinitiativen im Wendland gestellt.

Auch die finanziellen Kosten, die mit einem Umbau der Energieversorgung verbunden sind, werden sicher nicht den Energiekonzernen und der Wirtschaft aufgebürdet. Bezahlen werden die privaten Verbraucher mit höheren Preisen und die Steuerzahler über Ausgleichszahlungen und Subventionen für die Energiekonzerne. Im breiten Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte fällt den Grünen, der SPD und den Gewerkschaften vor allem eine Aufgabe zu: Sie sollen dabei helfen, dass die Kosten der energiepolitischen Wende auch durch Verzicht von der lohnabhängigen Bevölkerung getragen wird.

Politische Kräfte, die ihre Kritik an der Atomwirtschaft verbinden mit einer Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sind in der Anti-AKW-Bewegung momentan eine kleine Minderheit. Die Bewegung bleibt fixiert auf den Atomausstieg; die Frage des Eigentums und der Verfügungsgewalt in der Energiewirtschaft bleibt ausgeklammert – und damit auch die wirtschaftliche Macht und der gesellschaftliche Einfluss privater Energiekonzerne.

*4. April 2011*

*Abdruck aus der Arbeiterpolitik, Nr. 2, Mai 2011*

Arbeiterpolitik

*Bezugsadresse der Arbeiterpolitik:*
*GFSA e.V., Postbox 106426*
*D-20043 Hamburg*
*www.arbeiterpolitik.de*

Anzeige

**Schwerpunkt der Ausgabe 2/2011:**

**Privatisierte Sicherheit**
**Von Wachdiensten und Söldnern**

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
**Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

**Zuschriften und Anfragen an:**
Rote Hilfe Redaktion
Postfach 3255,
37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de

**Abonnieren:**
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

**Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression**

## 20 Jahre gewerkschaftlicher Widerstand im Osten Deutschlands

# „Es muss auch mal gestorben werden“

Dieses und das zurückliegenden Jahr sind die Jahre der markanten Jahrestage. Zum zwanzigsten Mal jähren sich die Ereignisse, die den Zusammenbruch der DDR einleiteten und damit zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse auf deren ehemaligem Staatsgebiet führten. Entsprechend werden sie deshalb von den bürgerlichen Kreisen hierzulande gefeiert – gleichgültig, ob es sich dabei um 20 Jahre *„friedliche Revolution“* handelt, die *„Wiedervereinigung Deutschlands“* oder um die *„Erstürmung der Stasizentrale in Steinigwolmsdorf“*. Keine Gelegenheit wird in den Medien ausgelassen, um nicht zum wiederholten Male den Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus zu feiern und die vergangene DDR über das kritikwürdige Maß hinaus zu diskreditieren. Die gewaltigen sozialen und ökonomischen Umwälzungen mit ihren negativen und teilweise katastrophalen Folgen für die Mehrheit der im Anschlussgebiet lebenden Bevölkerung verdient dabei nur selten eine Erwähnung. Und ebenfalls nicht erwähnenswert finden diese Kreise das Wirken der Gewerkschaften, die vor 20 Jahren ihre Arbeit in den neuen Ländern aufnahmen und den Transformationsprozess hin zur kapitalistischen Marktwirtschaft begleiteten. Die Rolle, in die Gewerkschaften dabei gedrängt wurden, war durchaus ambivalent. Durch ihre Intervention wirkten sie der Deindustrialisierung Ostdeutschlands entgegen. Nicht wenige der heute noch bestehenden industriellen Strukturen konnten so erhalten werden. Auch ist es ihrem Wirken zu verdanken, dass heute ein großes Stück auf dem Weg der Angleichung der Lohn- und Lebensverhältnisse zwischen Ost und West geschafft ist. Auf der anderen Seite waren sie aber auch ein wichtiger Ordnungsfaktor, der dazu beitrug, dass der Transformationsprozess im Sinne der Herrschenden friedlich ablief und nicht zu großen politischen Verwerfungen führte.

Am Beispiel von Sachsen und der IG Metall soll an diese Ereignisse vor 20 Jahren erinnert werden.

### Die IG Metall im FDGB

Die IG Metall der DDR war innerhalb des FDGB die größte Einzelgewerkschaft. Hierin glich sie der IG Metall in der BRD. Doch damit hörten die Gemeinsamkeiten auch schon auf. Der FDGB war zentralistisch aufgebaut und bestimmte damit auch die Politik der Einzelgewerkschaften. Im Unterschied dazu ist der DGB ein relativ lockerer Dachverband, der wenig oder gar keinen Einfluss auf die Politik seiner Einzelgewerkschaften hat. Im Gegenteil, die drei großen Gewerkschaften ver.di, IGBCE und IGM befinden darüber, wo es im DGB langgeht. Der Umbruch in der DDR 1998 brachte auch weit reichende Veränderungen in der dortigen Gewerkschaftslandschaft mit sich. Die Einzelgewerkschaften versuchten, sich aus dem Einfluss des FDGB zu lösen und eine (vorübergehend) eigenständige Politik zu machen. Der noch 1998 auf einem Gewerkschaftstag neu gewählte Vorsitzende Hartwig Bugiel orientierte die Gewerkschaft auf die IG Metall West. Es ging dann alles ziemlich schnell. Noch im Dezember des Jahres kam zwischen den beiden Gewerkschaften ein Kooperationsvertrag zustande und im Februar 1990 wurde ein gemeinsamer Arbeitsausschuss zu Satzungs- und Organisationsfragen eingerichtet. Das Ziel der IGM Ost war die Fusion mit der Westgewerkschaft. Bugiel und Kollegen wollten, dass die IG Metall West in die Rechtsnachfolge der IG Metall Ost eintritt. Das wollte man in der Frankfurter Zentrale der IG Metall nicht. Sicherlich spielte bei dieser Entscheidung, sich von der Ost-Gewerkschaft abzugrenzen, die traditionelle antikommunistische Haltung der westdeutschen Funktionäre eine nicht geringe Rolle. Die IG Metall Ost schluckte die Zurückweisung des „großen Bruders“ im Westen und akzeptierte dessen Haltung.

Im Oktober 1990 beschloss eine außerordentliche Zentraldelegiertenkonferenz die Auflösung der IG Metall Ost zum 31. Dezember 1990. Die Mitglieder wurden aufgefordert, der IG Metall West beizutreten. Ungefähr 900.000 Mitglieder folgten dem Aufruf. Das entsprach 50 Prozent der Mitgliedschaft. Durch die Entscheidung des IG Metall-Vorstandes ging so die Hälfte der Mitgliedschaft verloren. Das warf natürlich Fragen auf. Erklärt wurde die Haltung des Vorstandes damit, dass bei einer Fusion der gesamte Hauptamtlichenapparat der Ost-IGM übernommen werden müsse. Das aber würde von der Mitgliedschaft im Osten nicht akzeptiert. Ob das Argument stimmig war oder nicht, sei einmal dahingestellt. Von der IGBCE und der NGG, die diesen Weg nicht gingen, sind jedenfalls keine größeren Probleme bekannt. Eine kritische Diskussion dazu fand nicht statt. Ein Grund dafür war sicherlich auch, dass im Osten innerhalb kürzester Zeit Verwaltungsstellen entstanden, die in ihren Dimensionen weit über denen des Westens lagen. Alleine die vier großen Verwaltungsstellen in Sachsen, Zwickau, Chemnitz, Leipzig und Dresden, hatten Mitgliederzahlen von mehr als 60.000. Damit lagen sie mit ihren

Mitgliederzahlen jeweils über der damaligen Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle Wolfsburg (VW), der zweitgrößten Verwaltungsstelle in Westdeutschland.

Dass diese Größenordnungen zustande kamen, war alleine der Leistung der Hauptamtlichen der IG Metall Ost zu verdanken. Sie hatten die entsprechenden Kontakte in die Betrieben zu den provisorischen Betriebsräten oder den Betriebsgewerkschaftsleitungen. Ohne deren intensives Bemühen, den Übertritt zu organisieren, wäre das Ergebnis noch deutlich geringer ausgefallen. Sie schafften so die Basis, auf der die neuen IG Metall-Strukturen im Osten aufgebaut wurden

## Konstituierung der Verwaltungsstellen

Für Sachsen hatte der IG Metall-Vorstand acht Verwaltungsstellen vorgesehen und noch im Oktober des Vorjahres für jede der zukünftigen Verwaltungsstellen einen vorläufigen Geschäftsführer eingesetzt. Jedem dieser Geschäftsführer wurde eine West-Verwaltungsstelle beigestellt, die ihn personell beim Aufbau der IG Metall unterstützen sollte.

Trotzdem war es für alle, die diese Aufgabe übernahmen, völliges Neuland. Die Bedingungen, die diese KollegInnen bei ihrer Arbeitausnahme vorfanden, waren geradezu chaotisch. Auf jedem Gebiet herrschte ein heilloses Durcheinander. Die wichtigste Aufgabe, die noch im Herbst des Jahres 1990 geleistet werden musste, war natürlich die Überleitung der Mitgliedschaft der IG Metall Ost in die IG Metall West, sowie die Durchführung von Organisationswahlen, um eigenständige Verwaltungsstellen konstituieren zu können. Daneben musste der „normale Geschäftsbetrieb“ laufen. Der war allerdings alles andere als „normal“.

Seit dem 3. Oktober 1990 waren die BRD-Gesetze auch im Osten Deutschlands wirksam. Das heißt, das Arbeitsgesetzbuch der DDR wurde abgelöst durch das Betriebsverfassungsgesetz und weitere Arbeitsgesetze. Entsprechend groß war der Schulungsbedarf der Betriebsräte. Geleistet werden konnte das nur in Massenveranstaltungen, die völlig von bestehenden gewerkschaftlichen Schulungskonzeptionen abwichen. Das heißt, es erfolgte die reine Faktenvermittlung. Mehr war allerdings auch von den Kolleginnen und Kollegen nicht erwünscht. Diskussionen über den politischen Standort eines gewerkschaftlichen Funktionärs, über den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeiterklasse, waren

metall EXTRA

Sonderausgabe für die DDR 11. Juni 1990

Eine IG Metall für Deutschland

kaum möglich. Das war sowohl dem Zeitdruck, unter dem die Veranstaltungen standen, als auch ideologischen Gründen geschuldet. Linke Positionen wurden von einer breiten Mehrheit der Teilnehmer abgelehnt.

Das politische Denken der meisten KollegInnen war bestimmt von der Illusion und Hoffnung, dass mit der Einführung der Marktwirtschaft ihre materiellen Lebensbedingungen in jeder Beziehung besser werden würden. Kapitalisten aus dem Westen waren deshalb eine heiß begehrte Spezies, die man mit offenen Herzen und unbegrenztem idealistischen Kredit willkommen hieß. Die Gewerkschaften passten da eigentlich nicht in das Gedankengebäude. Welche Rolle sie im Denken der Menschen spielten, ist daher nur bedingt erklärbar. Vielleicht hielten sie deshalb an ihnen fest, weil sie in ihnen eine Rückversicherung sahen. Schließlich waren es Zeiten der völligen Auflösung der bisherigen Verhältnisse, Zeiten, in denen sich alles änderte, wo nichts mehr von dem galt, was noch gestern richtig war; wo deshalb eine allgemeine Verunsicherung die Stimmung prägte. Immerhin wusste die Mehrheit der Menschen zumindest theoretisch, was Kapitalismus bedeutet.

Unter diesen Umständen war es natürlich sehr schwer, eine gewerkschaftliche Organisation aufzubauen. Auf der einen Seite mussten die grundlegenden organisatorischen Voraussetzungen zur Konstitution einer Verwaltungsstelle, wie die Wahlen der Delegierten, geschaffen werden und auf der anderen Seite „brannte“ es in den Betrieben an allen Ecken und Enden. Überall waren die Betriebsräte mit Massenentlassungen in Größenordnungen konfrontiert, die in jedem einzelnen Fall im Westen eine Verwaltungsstelle rund um die Uhr beschäftigt hätten. Zu einer intensiven Einzelunterstützung waren die eingesetzten Geschäftsführer mit ihrer dünnen Personaldecke nicht in der Lage. Oft wurde den Betriebsräten lediglich eine Musterbetriebsvereinbarung zu einem Interessenausgleich und Sozialplan in die Hand gedrückt, an dem sie sich in ihrer weiteren Arbeit orientieren sollten Und das, wenn es in jedem einzelnen Fall um 300, 700 oder mehr Arbeitsplätze ging! Eigentlich ist es kaum zu beschreiben, was zu dieser Anfangszeit allen Beteiligten zugemutet wurde.

## Arbeit unter Krisenbedingungen

Aber trotz aller Schwierigkeiten: Ab Mitte März 1991 hatten sich in Sachsen die acht Verwaltungsstellen konstituiert. Sie begannen nun mit der eigenständigen Arbeit.

Es war von Beginn an eine Arbeit unter extremen Krisenbedingungen. Die ökonomische Situation der

Betriebe war katastrophal. Durch den Anschluss der DDR an die BRD brachen mit der Einführung der D-Mark für die Betriebe die Märkte in Osteuropa weg. Das hatte zur Folge, dass es in den meisten Betrieben der Metall- und Elektroindustrie kaum noch Arbeit gab. Deshalb befand sich ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen über Wochen und Monate in Kurzarbeit null, wie das genannt wurde.

Die erste wichtige Aufgabe der neuen IG Metall war die Übertragung der bayrischen Manteltarifstrukturen auf Sachsen. Das hatte noch die IG Metall Ost mit dem sächsischen Metallarbeitgeberverband tariflich vereinbart. Der Kern des Tarifvertrages war die Neu-Eingruppierung der Arbeitsplätze nach bayerischem Vorbild. Diese Arbeit musste von den betrieblichen Funktionären geleistet werden; von Funktionären also, die nur wenig oder gar keine gewerkschaftliche Erfahrung besaßen. Von der korrekten Umsetzung dieser Ersteingruppierung hingen die zukünftigen Löhne und Gehälter der Beschäftigten ab. Trotz der vorhandenen Defizite machten diese KollegInnen eine gute Arbeit. Es gelang ihnen, das Eingruppierungsniveau in Sachsen über den bayrischen Durchschnitt zu heben.

Das Geschrei beim sächsischen Verband war entsprechend groß. Und es hagelte von der Kapitalseite massenhaft Einsprüche, die dann in einer paritätisch besetzten Schiedsstelle, aufgrund einer tariflichen Regelung, nachverhandelt werden mussten.

Diese ersten gewerkschaftlichen Aktivitäten der Betriebsräte und der Mitgliedschaft waren ein klarer Erfolg. Zu verdanken war das auch dem hohen intellektuellen Niveau, das zu dieser Zeit in den Betriebsratsgremien vorzufinden war. Nicht wenige BR-Mitglieder waren Ingenieure, Diplomingenieure und Naturwissenschaftler; davon nicht wenige mit einer Promotion. Die damalige Funktionärsstruktur erleichterte natürlich die Arbeit der Hauptamtlichen. Aufgrund allgemeiner Anleitungen waren die Betriebsräte in der Lage, selbständig zu arbeiten – ein Umstand, der in gleicher Weise damals in Westdeutschland nicht möglich gewesen wäre.

Mit der fortschreitenden Privatisierung der Treuhand-Betriebe allerdings gelang es den Unternehmern schließlich, das Eingruppierungs-Niveau zu drücken. In vielen Fällen war das der fehlenden Widerstandsbereitschaft der Betroffenen geschuldet, aber auch dem zunehmenden Einknicken der Betriebsräte gegenüber den neuen Kapitaleignern.

## „Es muss auch mal gestorben werden“

Anfang 1991 herrschte in der erwerbsfähigen Bevölkerung im Osten eine Stimmung aus einer Mischung von Hoffnung und Angst. Geradezu sehnsüchtig hoffte man in den Betrieben auf die Ankunft des Investors aus dem Westen, der einen ins „Wirtschaftswunderland“ führen würde. Diese Illusionen gab es wirklich. Sie waren nicht zuletzt erzeugt durch die Politik der Konservativen um den Bundeskanzler Kohl, der im Wahlkampf 1990 den Menschen in wenigen Jahren *„blühende Landschaften“* versprochen hatte und auch dass es *„niemandem schlechter, aber vielen besser gehen“* würde. Natürlich konnten diese Versprechen nicht eingehalten werden. Dafür sorgte alleine schon die die aktuelle Politik der Treuhandanstalt. Im Oktober des Jahres 1990 fällte sie die ersten großen Stilllegungsbeschlüsse, nachdem zuvor ergebnislos versucht worden war die betroffenen Unternehmen zu privatisieren. So gingen die DDR-Automobilindustrie, die Interflug und andere namhafte Betriebe, wie z.B. in Dresden der Kamerahersteller Pentacon, in die Liquidation. Bei einem Treffen des TH-Ausschusses in Köln meinte Anfang 1991 Kohls Finanzstaatssekretär Horst Köhler, dass *„in der ehemaligen DDR-Industrie auch mal gestorben werden“* muss. Dieser Anweisung des späteren Bundespräsidenten wurde dann auch Folge geleistet: Es wurde gestorben!

Bei den Menschen ging nun plötzlich die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes um. Damit war es vorbei mit der einstmals so optimistischen Aufbruchstimmung des Jahres 1990. Angst und Zukunftsunsicherheit ließen die Stimmung kippen. Im Frühjahr 1991 begann sie sich in der gesamten früheren DDR aufzuheizen.

Mehr und mehr rückte die Treuhandanstalt ins Fadenkreuz der Kritik. Natürlich war sie nur der vordergründige Auslöser für die Abwicklung von Betrieben und der Vernichtung von Arbeitsplätzen. Tatsächlich war dieser Apparat letzten Endes nichts anders als das weisungsgebundene Exekutionsorgan der Bundesregierung, das während seiner gesamten fünfjährigen Existenz einen hervorragenden Sündenbock abgab und vortrefflich von der neuen neoliberalen Ausrichtung der Politik unter der Kohl-Regierung ablenkte.

## Bewahrung des Volksvermögens

Die Treuhandanstalt war noch unter der DDR-Regierung Modrow im März 1990 gegründet worden mit dem Ziel der *„Bewahrung des Volksvermögens“*. Zu dem Zeitpunkt zeichnete sich schon klar die „deutsche Einheit“ ab und es war daher auch vorhersehbar, dass es zur Transformation des Wirtschaftssystems kommen würde. Hauptaufgabe der neuen Behörde sollte deshalb sein, das DDR-Volksvermögen vor dem Ausverkauf an westliche Investoren zu schützen. Die Privatisierung der rund 8.000 Kombinate und Betriebe stand vorerst nicht zur Debatte. Die Treuhandanstalt hatte den Auftrag, schnellstmöglich die Betriebe und Kombinate in die gängigen kapitalistischen Eigentumsformen der Aktiengesellschaft und GmbH umwandeln. Aktien und GmbH-Anteile sollten zu einem späteren Zeitpunkt auf die Bürger übertragen werden.

Mit dem Wahlsieg der bürgerlichen Parteien bei der Volkskammerwahl im März 1990 war aber auch der künftige wirtschaftspolitische Kurs in der DDR entschieden; das um so mehr, als zu diesem Zeitpunkt die bürgerlichen DDR-Parteien keine eigenständige Politik zu entwickeln in der Lage waren. Sie waren nichts anderes als die Niederlassungen der entsprechenden konservativen, sozialdemokratischen oder liberalen BRD-Parteien. Und denen ging es nicht um den Erhalt von irgendwelchen DDR-Strukturen. Es ging jetzt um die zügige Einführung einer kapitalistischen Marktwirtschaft, die sich am Beispiel der BRD orientierte, also ausschließlich auf Privateigentum beruhte. Im Juni verabschiedete die Volkskammermehrheit das „*Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens*“. Dieses Treuhandgesetz stellte die Privatisierung des DDR-Volksvermögens ins Zentrum des Handelns der Treuhandanstalt.

Der erste THA-Chef war Reiner Gohlke, der bereits nach vier Wochen vor den Problemen, die vor ihm lagen, kapitulierte. Ihm folgte Detlef Rohwedder, bekannt als „harter Sanierer“ des Stahlkonzerns Hoesch. Am Ostermontag 1991 wurde Rohwedder in seinem Haus erschossen. Vieles deutet auf die RAF als die in Frage kommenden Täter hin. Es gibt eine entsprechende Erklärung. Die Durchführung der Tat allerdings entspricht nicht dem Handlungsmuster der RAF. Es bleiben deshalb einige Zweifel an deren tatsächlicher Urheberschaft. Bei den mit Rohwedder bis zu diesem Zeitpunkt gemachten Erfahrungen zeigte sich, dass unter seiner Führung der Treuhandanstalt nicht das „Verscherbeln des DDR-Volksvermögens um jeden Preis“ im Vordergrund stand, sondern dass er durchaus Raum ließ für Alternativen dazu. Deshalb gab es durchaus Kräfte, die daran interessiert waren, an der Spitze der Treuhandanstalt eine andere Person zu sehen.

Dem Sozialdemokraten Rohwedder folgte Birgit Breuel, die frühere niedersächsische Wirtschaftsministerin. Sie sollte die Chefin bis zur Auflösung der Behörde am Jahresende 1994 bleiben und einen gigantischen Schuldenberg in Höhe von mehr als 200 Milliarden D-Mark hinterlassen. Der Wechsel war sofort spürbar. Ging man unter Rohwedder noch „behutsam“ an Betriebsstilllegungen heran, so ging das ab dem Zeitpunkt des Beginns der Ära Breuel wesentlich forscher.

Begründet wurden Stilllegungen immer ökonomisch. Das fiel der Treuhandanstalt natürlich leicht, denn die Lage der ostdeutschen Industrie war katastrophal. Keinem Betrieb ging es gut. In der Bundesregierung und damit natürlich auch in der Treuhandanstalt wusste man aber schlichtweg nicht, wie es mit der Industrie in den neuen Ländern weitergehen sollte. Es gab kein Konzept außer dem, dass es der „Markt schon richten“ werde. Diese Politik führte aber nur tiefer in die Krise. Über vielen Betrieben schwebte das Damoklesschwert. Über die Hälfte der ostdeutschen Metaller waren konkret von der Arbeitslosigkeit bedroht. Dass sie noch nicht arbeitslos waren, lag nur an einem Tarifvertrag der bereits zur Jahresmitte 1990, noch zwischen IG Metall-Ost und den entsprechenden Arbeitgeberverbänden, abgeschlossen worden war. Danach wurden alle ab dem 1. Juli 1990 ausgesprochenen betriebsbedingten Kündigungen frühestens zum 30. Juni 1991 wirksam. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent aufgezahlt.

Dieser Tarifvertrag war das taktische Zugeständnis der Arbeitgeberverbände an die Kohl-Regierung. Offensichtlich wollte man die DDR-Werktätigen nicht, noch unter der Ägide der Regierung de Maizière, mit der harten Realität des Kapitalismus konfrontieren. Schließlich sollten die gemeinsamen Bundestagswahlen im Dezember 1990 von der Kohl-Regierung gewonnen werden.

So gut diese tarifliche Regelung für die Werktätigen zu dem damaligen Zeitpunkt war, ohne eine plausible industriepolitische Konzeption konnte das keine längerfristige Lösung sein. Beim Vorhandensein einer solchen wäre der Tarifvertrag die Beschäftigungsbrücke bis zum Zeitpunkt der Konsolidierung der Betriebe gewesen. Die IG Metall versuchte, unter diesem Gesichtspunkt eine Verlängerung des Tarifvertrages zu erreichen. Sie hatte aber bei den Verbänden keine Chance. Zugeständnisse waren nicht mehr erforderlich. Durch den Wahlerfolg der Konservativen war sichergestellt, dass der neoliberale Wirtschaftskurs beibehalten wurde. Tonangebend bei der Politik der Arbeitgeberverbände war dabei inzwischen der Sächsische, in dessen Vorstand überwiegend sächsisch-bayerische Hardliner saßen.

## Aktionen gegen den industriellen Kahlschlag

Aussichten auf eine allgemeine Besserung durch die Politik eröffneten sich deshalb nicht.

Alleine in den Gewerkschaften und da besonders bei der IG Metall war das Thema „*Struktur- und Beschäftigungspolitik*“, neben der Tarifpolitik, das beherrschende Thema. Begleitet wurde der Prozess von der Memorandumgruppe. Der Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung und der Treuhandanstalt sollte ein Konzept zur Industrie-, Struktur- und Beschäftigungspolitik entgegengestellt werden. Wollte die IG Metall in Zukunft als politischer Akteur weiter ernst genommen werden, durfte sie den katastrophal laufenden Transformationsprozess nicht nur passiv begleiten: Dann musste sie offensiv werden.

Im Februar und März 1991 schienen auch die politischen Voraussetzungen für eine Offensive zu stimmen. Überall sah man Bewegung. Es gab die Wiederauflage der Montagsdemos, auf denen die Menschen zeigten, dass sie mit der Abwicklung des

Ostens nicht einverstanden waren. So fand in Leipzig beispielsweise eine Demo statt, an der nach Presseberichten 60.000 Menschen teilnahmen. In den anderen industriellen Zentren kam es ebenfalls zu großen Demonstrationen. Die Mobilisierung gegen die Kahlschlagpolitik von Treuhandanstalt und Kohl-Regierung war deshalb möglich geworden und das mit steigender Tendenz.

Ostdeutschland rückte deshalb wieder ins Zentrum des medialen Interesses. Für die IG Metall waren die Protestaktivitäten in den Verwaltungsstellen eine gute Grundlage für weitergehende Aktionen. Mit einem entsprechenden Konzept sollte ein Kurswechsel der Politik erzwungen werden. Dabei waren die folgenden Überlegungen die Konzeptgrundlage:

Die Probleme der Betriebe und der gesamten ostdeutschen Industrie lagen vorrangig darin, dass sie mit der Einführung der DM über Nacht mit der westdeutschen Industrie konkurrieren mussten. Das konnte nicht funktionieren. Bei diesem Spiel war die Wirtschaft der neuen Länder hoffnungslos unterlegen. Der ökonomische Zusammenbruch und die Massenarbeitslosigkeit wurden der gesamtdeutschen Öffentlichkeit damit erklärt, dass die Betriebe in der DDR völlig abgewirtschaftet gewesen seien; diese Schwäche hätte jetzt der Übergang zur Marktwirtschaft aufgedeckt. So wälzte man die Verantwortung an der desaströsen Entwicklung in Ostdeutschland geschickt auf die politisch Verantwortlichen der vergangenen DDR ab. Gleichzeitig konnte die Bundesregierung so die fehlende Struktur- und Beschäftigungspolitik ideologisch begründen. Staatliche Eingriffe, das hatte nach ihrer Auffassung die DDR-Planwirtschaft gezeigt, sind nicht „*zielführend*". Alleine die Markwirtschaft hat die Regelmechanismen, die zu den versprochenen „*blühenden Landschaften*" führen. Nicht der Staat, sondern der Markt „wird's richten". In ihrer ideologischen Verblendung sahen dabei die Herrschaften in Bonn nicht, dass der Markt gerade dabei war, die Industrie im Osten zu Grunde zu richten.

Manchmal sind Halbwahrheiten schlimmer als ganze Lügen. Natürlich war die technische Ausstattung vieler DDR-Betriebe nicht annähernd so gut wie die durchschnittlicher Betriebe im Westen. Sie war aber auf der anderen Seite nicht so „abgewirtschaftet", wie das in den Medien dargestellt wurde. Zum Teil gab es hochmoderne und produktive Betriebe, die jedem Vergleich mit dem entsprechenden Westbetrieb standhielten, wie beispielsweise das Robotron-Leiterplattenwerk in Dresden und andere. Der Hauptnachteil und damit die Probleme der Betriebe im Osten lagen in ihrer Struktur. In den Betrieben gab es weder Vertriebs- noch Einkaufsbereiche. Auch eine Zeitwirtschaft, Kostenrechnung und Controlling-Bereiche mussten erst noch aufgebaut werden. Kurz, alle betriebswirtschaftlichen Bereiche, die einen Betrieb in einer kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft bestehen lassen, fehlten, weil diese in der DDR zentral gesteuert wurden. Um dies Strukturen zu schaffen, bedurfte es der Zeit, entsprechender externer Unterstützung sowie der Qualifizierung der Beschäftigten.

An diesem Punkt setzte der Vorschlag der IG Metall an. Sie forderte, dass alle Betriebe in eine Treuhand-Industrieholding überführt werden sollten. Damit wäre Zeit gewonnen für eine umfassende Sanierung der Betriebe. Die Belegschaften sollten während der Sanierungsphase nicht entlassen, sondern qualifiziert und auf neue Aufgaben vorbereitet werden. Konkret hätte das bedeutet, dass betriebsbedingte Entlassungen tarifvertraglich weiter ausgeschlossen sein sollten. Nach der Sanierung wären die Betriebe dann so „fit" gewesen, dass sie sich dem kapitalistischen Wettbewerb hätten stellen können. Dann wäre auch der Zeitpunkt gekommen, wo man über die Privatisierung hätte sprechen können. Der IG Metall schwebte dabei allerdings nicht eine Privatisierung nach der Art der Breuel vor, die ja später dieses Volksvermögen regelrecht verschleuderte. Vielmehr wurde angeknüpft an die Vorstellungen der Modrow-Regierung, wonach dieses Vermögen Eigentum der Bevölkerung der ehemaligen DDR ist. In Form von Anteilscheinen sollte es dann an die Bevölkerung in Ostdeutschland übertragen werden.

Als die IG Metall mit diesem Konzept an die Öffentlichkeit trat, erfolgte sofort der laute Aufschrei der Konservativen und der mit ihnen verbundenen Medien. Das heißt, die gesamte veröffentlichte Meinung machte dagegen Front. Steinkühler wurde dummes Zeug vorgeworfen, wie zum Beispiel, er wolle ein neues Superkombinat schaffen und alte DDR-Strukturen revitalisieren oder, das Konzept sei nicht finanzierbar. Natürlich wussten diese Kreise, dass alle Einwände gegen das Konzept vorgeschoben waren, aber sie machten Stimmung dagegen, weil sie es verhindern wollten.

Das westdeutsche Kapital hatte, trotz anders lautender Bekundungen, kein Interesse an eigenständigen Industriestrukturen in Ostdeutschland. Es wollte keine zusätzliche Konkurrenz innerhalb der nationalen Grenzen. Mit dem westdeutschen Industriepotential konnte auch ohne zusätzliche Produktionskapazitäten das Beitrittsgebiet mit Waren versorgt werden. Insofern passte den Kapitalisten die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung und ihrer Bürokraten zu der Industrieentwicklung im Osten gut ins Konzept. Ihr Interesse beschränkte sich mehrheitlich auf das Herauskaufen der Filetstücke

der DDR-Kombinate, auf verwertbare Immobilien, auf Patente und zum Teil auf das Know-how der Betriebe. Und die TH unterstützte sie bei diesem Anliegen. So besetzte die Treuhand die Aufsichtsräte der DDR-Betriebe nach den Volkskammerwahlen im März 1990 mit vielen Managern westdeutscher Konzerne. Sie sollten mit ihrem Wissen die Betriebe auf dem „Weg in die Marktwirtschaft" unterstützen. Die Bereitschaft in den Konzernen, Personal für diese „patriotische" Aufgabe bereitzustellen, war groß. Und es war dann auch kein Zufall, dass sich Vorstandsmitglieder westdeutscher Konzerne besonders häufig genau in den ostdeutschen Betrieben „engagierten", die ähnliche oder gleiche Produktlinien hatten. In der Verwaltungsstelle Dresden gab es beispielsweise in Bischofswerda einen Betrieb des Mähdrescherkombinates „Fortschritt". Dessen AR-Vorsitzender war gleichzeitig der Vorstandsvorsitzende von KHD, einem ebenfalls bedeutenden Mähdrescherhersteller. Oder beim MZ-Werk in Zschopau waren gleich zwei Vorstandsmitglieder von BMW in dessen Aufsichtsrat tätig. Es ist sicherlich kein Zufall, dass in beiden Fällen zu einem späteren Zeitpunkt der Aufsichtsrat die Liquidation der Unternehmen beschloss. Sicherlich ließen sich weitere, ähnlich gelagerte Beispiele finden.

Das konservative Lager, das Kapital und seine Verbände, hatten also gute Gründe, das industriepolitische Konzept der IG Metall abzulehnen.

Innerhalb der IG Metall, auch im Vorstand, war man sich klar, dass die Durchsetzung der Konzeption eine enorme Kraftanstrengung bedeuten würde. Aber man ging davon aus, dass das Konzept mobilisierungsfähig sei. Aufbauend auf den vielen und erfolgreichen Aktionen des Monat März sollte am 18. April in Berlin eine Großdemonstration stattfinden. Die Forderung des IG Metall-Vorstandes an die Bezirke und Verwaltungsstellen war, 200.000 und mehr Teilnehmer zu mobilisieren.

Aber trotz intensiver Mobilisierungsarbeit in den Betrieben kam nur ein Bruchteil der geforderten KollegInnen mit nach Berlin. *Der Spiegel* schrieb damals dazu: *„Demonstration gegen soziale Misere. Donnerstag, 18. April 1991. Nur 35.000 Menschen folgten dem Aufruf der IG Metall"*.

Doch selbst, wenn es ein paar tausend mehr gewesen sein sollten, das Ziel einer Zeichen setzenden Protestveranstaltung war verfehlt.

**Leuna-Werke AG entläßt über 5 000 Beschäftigte**

**Betriebsrat kritisiert Treuhand und Premier**

*Von MZ-Redakteurin Eva Frase*

**Leuna.** Bis Ende 1991 entläßt die Leuna-Werke AG von den derzeit noch 20 889 Beschäftigten mehr als 5 000. Darüber informierte gestern in einem Pressegespräch Arbeitsdirektorin Helga Gerlach. Das Unternehmen wolle diesen, aus wirtschaftlichen Zwängen notwendigen, Personalabbau jedoch so sozialverträglich wie möglich gestalten. Hierfür wurde bereits eine Sanierungsgesellschaft gegründet. Sie soll dem Abriß alter Anlagen im Unternehmen, der Sanierung von Böden und der Vorbereitung von Investitionsflächen dienen.

Außerdem seien umfangreiche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie eine Beschäftigungsgesellschaft im Raum Merseburg vorgesehen. Die Unternehmensleitung der Leuna-Werke sei sich der besonderen Verantwortung, die das Werk für die Region habe, bewußt. Deshalb wolle man auch für entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen die vorhandene Ausbildungskapazität „auch über den bisher bei Leuna beschäftigten Personenkreis hinaus" nutzen.

Der Berliner Treuhandanstalt warf der Vorsitzende des Betriebsrates, Wolfgang Weise, vor, bisher nicht über das Sanierungskonzept entschieden zu haben. Deshalb falle es jetzt besonders schwer, an die zugesagten Fördermittel und Investitionsbilden heranzukommen. Schnelles Handeln sei aber angesichts der sich in Kurzarbeit befindenden 12 000 bis 13 000 Arbeitnehmer dringend erforderlich. Besser wäre es seiner Ansicht nach gewesen, das Geld direkt den Unternehmen zur Verfügung zu stellen, „als es in einen großen Topf zu geben".

Auf die Frage der MZ zur jüngsten Äußerung des Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts, Gerd Gies, nach der nur etwa 35 000 Arbeitsplätze in der Chemieregion des ehemaligen Bezirkes Halle erhalten bleiben, meinte Weise, daß dies von „geringem Sachverstand" zeuge. Der Ministerpräsident solle sich doch erst in den Unternehmen informieren, ehe er durch derart unbedachte Äußerungen „sozialen Unfrieden" schüre.

Diese Veranstaltung in Berlin war eine nicht zu beschönigende Niederlage, deren Tragweite damals noch nicht in vollem Umfang erkennbar war. Wenn man heute rückblickend die Presse von damals liest, wird sichtbar, welche Furcht vor einer breiten Protestbewegung im Osten bei den politischen Verantwortlichen in Regierung und Verbänden vorhanden war. Vor einer vergleichbaren Entwicklung wie im Oktober 1989 hatten diese Herrschaften eine Höllenangst. Hätte doch eine solche Bewegung mit der nationalen Einheitsduselei aufgeräumt und bestimmte Kapitalinteressen, die mit der Wiedervereinigung an die Oberfläche des politischen Handelns drängten, sichtbarer gemacht. Die mangelhafte Beteiligung an der Demonstration in Berlin aber kam einem Beruhigungsmittel für die Regierung Kohl gleich. Was hatte sie jetzt noch von der Bevölkerung und von den Belegschaften in den Betrieben zu befürchten? Wenn die IG Metall mindestens 200.000 Protestierende ankündigt und tatsächlich kommen nur 35.000, dann heißt das, dass diese Gewerkschaft nicht die Kraft hat, der Politik und damit der Treuhandanstalt Schwierigkeiten zu bereiten. Und so war es dann ja auch. Der Vorschlag einer TH-Industrieholding war tot. Die große Regelung, welche die Industriestrukturen im vorhandenen Umfang weitgehend erhalten hätte, kam nicht mehr zustande.

Bleibt die Frage, warum die Belegschaften dem Aufruf der Gewerkschaft nicht gefolgt sind. *Der Spiegel* als bürgerliches Organ analysiert das Ereignis rückblickend im Jahr 1997 so: *„Die aufbrandende Welle des sozialen Protestes in Ostdeutschland sollte erst mit den tödlichen Schüssen auf Detlef Rohwedder am 1. April 1991 für einige Zeit abebben"*.

Für den Mord an Rohwedder machte man schließlich die RAF verantwortlich – und das ohne eindeutige Beweise. Doch hatte dieser keinerlei Einfluss auf die damalige Stimmungslage. Warum sollte er das auch?

Es ist vielmehr anzunehmen, dass die Passivität der Belegschaften daran lag, dass sich eine Mehrheit der Menschen nach wie vor Illusionen über die kommende Entwicklung machte; dass sie sich einfach nicht vorstellen konnten, dass der Osten derart brutal abgewickelt werden würde, wie es dann in den Folgejahren geschah. Schließlich hatten Kohl und Kumpane den Menschen eine prosperierende Zukunft prognostiziert. Eine weitere Erschwernis, die bis heute in allen vergleichbaren Krisensituationen auftritt, ist die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust. Diese lähmt die Aktivität einer Belegschaft, besonders dann, wenn in den Betrieben keine kämpferische Führung durch Vertrauensleute und Betriebsräte vorhanden ist. Im Frühjahr 1991 hatte die IG Metall nicht in einem Betrieb im Osten solche gewerkschaftlichen Strukturen. Die daraus resultierende Folge war die persönliche Anpassung der KollegInnen an die betrieblichen Hierarchiestrukturen. Das blieb auch in den folgenden Jahren ein gravierendes Problem, dem weitere Niederlagen

im Kleinen geschuldet waren. Der Macht der Unternehmer kann nur durch den Aufbau einer tatsächlichen solidarischen Gegenmacht etwas entgegengehalten werden. Dazu bedarf es aktiver Vertrauensleute und Betriebsrate, die solche gewerkschaftlichen Strukturen entwickeln. Doch das ist ein mühevoller und langwieriger Prozess, der bis heute nur vereinzelt abgeschlossen ist.

Die ersten Folgen der Niederlage des 18. April zeigten sich schon bald in der Tagespolitik innerhalb der Bezirke und Verwaltungsstellen. Der Ton zwischen den Tarifparteien verschärfte sich deutlich.

1990 bis Anfang 1991 wurde von den Kapitalisten auf die Stimmung der Menschen in der Frage der Angleichung der Lebensverhältnisse an den Westen Rücksicht genommen. Das zeigte sich an dem Tarifvertrag zur Aufzahlung des Kurzarbeitergeldes. In diesem Tarifvertrag wurde auch die Wirksamkeit von Kündigungen bis zum Juni 1991 aufgeschoben. Das heißt, gekündigte KollegInnen wurden erst zum 1. Juni 1991 tatsächlich arbeitslos. Der Tarifvertrag war zwischen Gewerkschaft und Verband konfliktlos abgeschlossen worden. Auch die weiteren Tarifverträge, wie der Manteltarifvertrag mit der Neueingruppierung aller Beschäftigten, waren problemlos abgeschlossen worden. Selbst der Stufen-Tarifvertrag zur stufenweise Angleichung der Löhne und Gehälter an das Niveau der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie bedurfte nur weniger, nicht sehr eindrucksvoller, Warnstreiks, um abgeschlossen zu werden.

Der Abschluss erfolgte am 7. März und war von großer Bedeutung, denn er schrieb einen konkreten Zeitpunkt fest, bis zu dem 100 Prozent des bayerischen Entgeltniveaus erreicht sein mussten. Für die Löhne und Gehälter wurde durch den Tarifvertrag geregelt, dass ab April 1991 die Löhne auf 62,5 Prozent und die Gehälter auf 58,5 Prozent des bayrischen Tarifniveaus angehoben werden. In drei weiteren jährlichen Schritten sollte dann zum 1. April 1994 das volle bayrische Tarifniveau erreicht sein.

Seit Anbeginn stand dieser Tarifvertrag von konservativer Seite unter massiver Kritik, wobei das größte Geschrei aus dem Westen kam. Die dortigen Unternehmerverbände weinten dicke Krokodilstränen. Das Hauptargument, das gegen den Tarifvertrag angeführt wurde, war, dass er die Betriebe finanziell überfordern würde; ein Argument, das für die gesamtdeutsche Öffentlichkeit gedacht war und mit dem man versuchte, die Gewerkschaften für den Niedergang der ostdeutschen Industrie verantwortlich zu machen. Denn es war ja tatsächlich so, dass es mit den Betrieben nicht gut stand. Und natürlich war es für viele Betriebe ein außerordentlicher Kraftakt, die Entgelterhöhungen zu finanzieren. Das wurde von Seiten der IG Metall gar nicht bestritten. Doch die deutsche Wiedervereinigung war kein betriebswirtschaftliches Ereignis, sondern ein politischer Akt, der auf allen Ebenen entsprechende politische Maßnahmen erforderte. Dazu gehörte auch, dass in den neuen Bundesländern Lebensverhältnisse geschaffen werden, die mit denen der alten Bundesländern vergleichbar sind. Objektiv gesehen war die Angleichung der Einkommensverhältnisse eine absolute ökonomische Notwendigkeit, da sich die Preise rasch an die westdeutsche Preisstruktur anpassten, das heißt: Sie stiegen. Die Politik der IG Metall war deshalb nicht nur moralisches Gebot, sondern es entsprach dem Verfassungsgebot der vergleichbaren Lebensverhältnisse in der BRD. Deshalb musste es möglich sein, die Angleichungsschritte, wie im Tarifvertrag vorgesehen, auch mit der Unterstützung von Bundesregierung und Treuhandanstalt, zu stemmen. Zwei wesentliche Argumente setzte die IG Metall der konservativen Kritik entgegen: In den Betrieben, in denen die betriebswirtschaftliche Lage eine Entgelterhöhung schwierig machte, sollte die Treuhandanstalt unterstützend einspringen (was sie später ja auch tat). Sie war eine staatliche Behörde und damit natürlich bei der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse dem Grundgesetz verpflichtet. Im Jahr 1991 war die Treuhandanstalt faktisch noch die fast 100-prozentige Eigentümerin der Betriebe. Das heißt, die Angleichung der Löhne und Gehälter war ein Posten, der unter den Gesamtkosten der deutschen Wiedervereinigung verbucht werden musste.

Zweitens waren selbst nach dem ersten Angleichungsschritt die Entgeltunterschiede zwischen Ost und West in der Metall und Elektro Industrie noch außerordentlich groß. Die Entgelte lagen in Sachsen beispielsweise um fast 50 Prozent unter denen in Bayern. Deshalb gab es auch für private Investoren, die zu dieser Zeit einen Treuhandanstalt-Betrieb übernahmen, keinerlei Grund zum Jammern. Um von der Treuhandanstalt einen Betrieb für wenig Kapitaleinsatz übertragen zu bekommen, musste der entsprechende Unternehmer schließlich ein fundiertes Unternehmenskonzept vorweisen, das eine eindeutige Zukunftsperspektive ausweisen musste. Durch den Stufentarifvertrag war so auch jedem „Investor“ klar, wie sich die Lohnkosten in den kommenden Jahren entwickeln würden. Sie mussten Inhalt seines Konzeptes sein. Allerdings zeigte sich dann oft in der Folge, dass viele dieser Konzepte nicht auf soliden betriebswirtschaftlichen Fundamenten standen, sondern aufgebaut waren auf den Faktoren „Liebe, Glaube, Hoffnung“. Doch das ist eine andere Sache, die nicht im Verantwortungsbereich der Tarifvertragsparteien lag und schon gar nicht in dem der IG Metall.

In der Tagespolitik zählten gute Argumente wenig. Der Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie (VSME) schürte, angeführt von seinen westdeutschen „Beratern", verstärkt die Stimmung gegen die IG Metall und deren Politik, was dann schließlich zu der fristlosen Kündigung des Stufentarifvertrages seitens des VSME im März 1993 führte. Das war ein glatter Vertragsbruch. Doch dazu später.

Wir sind noch immer im Frühjahr 1991, mit sich teilweise überschlagenden Ereignissen. In verschärftem Tempo schritt die Treuhandanstalt unter Breuel mit der Privatisierungs- und Stilllegungspolitik fort. Die Reaktion blieb nicht aus: Im April und Mai gab es in Sachsen mehrere Betriebsbesetzungen mit der Forderung, dass „nicht plattgemacht, sondern saniert" wird. Nur in wenigen Fällen konnte die Betriebsschließung verhindert werden. Meistens gab es einen Sozialplan, der eine Beschäftigungsgesellschaft mit Qualifizierungsmaßnahmen für die Belegschaften vorsah und ansonsten nicht seiner Bezeichnung entsprach; denn Beschäftigung fand in diesen Gesellschaften niemals statt. Nach einer Anstandsfrist ging es direkt in die Arbeitslosigkeit.

Ab dem 1. Juni des Jahres verschärfte sich die Lage um ein weiteres. Jetzt wurden die vielen Kündigungen, schon vor Monaten ausgesprochen, wirksam. Schätzungsweise war damit die Hälfte der Metaller und Metallerinnen um die industriellen Schwerpunkte in Sachsen arbeitslos. Das wurde auch nach außen sichtbar. Tagelang standen riesige Mitgliederschlangen in und vor den Verwaltungsstellen der Gewerkschaft, die dort Rat und Rechtsschutz suchten

Die zunehmende Massenarbeitslosigkeit wirkte ungeheuer lähmend auf die Mehrheit der Werktätigen. Breit angelegte Widerstandsaktionen wie noch im März waren jetzt nicht mehr möglich. Wenn es zu Aktionen kam, dann nur noch von direkt Betroffenen, über deren Arbeitsplätze die Treuhandanstalt den Stab bereits gebrochen hatte oder über denen das Damoklesschwert sichtbar schwebte, wie zum Beispiel über den 3.000 Kollegen des Edelstahlwerkes Freital bei Dresden, die wegen des Schließungsbeschluss der Treuhandanstalt im August 1992 den Flughafen in Dresden mehrere Stunden lang besetzten und blockierten.

Vergleichbare Vorkommnisse gab es in dieser Zeit in allen Verwaltungsstellen im Osten in großer Zahl. Je kleiner ein Betrieb war, desto größer war die Gefahr, dass er über kurz oder lang aufhörte, zu bestehen. Ein Schließungsbeschluss kam mitunter rasch zustande, wenn der entsprechende Sachbearbeiter der Treuhandanstalt für den Betrieb keine Zukunft mehr sah. Lieber sah man in der Treuhandanstalt allerdings die Privatisierung. Jede gelungene Privatisierung gab Pluspunkte in deren „Erfolgsbilanz". Bei den kleinen Betrieben wurde da nicht immer so genau hingeschaut. Nur so ist es erklärbar, dass nicht selten ein Betrieb einem Lumpen und Betrüger übertragen wurde, der nicht im Entferntesten die Absicht hatte, den Betrieb wirklich zu betreiben, sondern nur am schnellen Profit interessiert war. Das lief in der Regel dann so, dass, so bald es nach dem Vertrag mit der Treuhandanstalt möglich war, die Belegschaft entlassen, der Betrieb ausgeschlachtet und die Immobilie zum Maximalprofit verwertet wurde. Der andere Fall, für eine Belegschaft aber nicht minder leidvoll, war die Übertragung des Betriebes an einen inkompetenten Kleingewerbetreibenden aus westlichen Gefilden oder an das vorhandene Management in der Form des „Management-buy-out (MBO). Es gab im Westen viele Herrschaften, die einmal so richtig den Kapitalisten spielen wollten. Auch ehemalige Betriebsdirektoren, Parteisekretäre und BGLer aus dem Osten sahen für sich die Chance, billig einen Betrieb zu übernehmen, den sonst niemand wollte, und so zu einem Vermögen zu kommen. Allen war in den meisten Fällen gemein, dass sie dazu nicht fähig und deshalb von dieser Aufgabe völlig überfordert waren. Innerhalb relativ kurzer Zeit nach der Betriebsübertragung gingen so nicht wenige Betriebe, die bei einer kompetenteren Unternehmensführung auf dem Markt durchaus eine Chance gehabt hätten, zugrunde.

## Struktur- und Beschäftigungspolitik vs. Deregulierung

Die Jahre nach dem Anschluss des DDR-Staatsgebietes an die BRD waren gekennzeichnet von dem beispiellosen Niedergang der gesamten ostdeutschen Industrie. Das gilt besondere für Metall- und Elektro-Industrie in Sachsen, die in der Indus-

Anzeige

**Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein**

Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

triegeschichte Deutschlands lange eine herausragende Rolle gespielt hatte. Diese Tradition wurde in wenigen Jahren vernichtet. Geschuldet war das in erster Linie der Treuhandanstalt-Politik, für die alleine die Privatisierung im Vordergrund stand. Breuel drückte das so aus: „*Privatisierung ist immer noch die beste Sanierung*“. Sie vertrat den Standpunkt – und war damit der typische Vertreter der neoliberalen Ideologie – dass nur Privatunternehmer die Kreativität und das Engagement besitzen, die Wirtschaft in der ehemaligen DDR voranzubringen. Aber es wurde nichts „vorangebracht“! Im Gegenteil! Der gesamte Osten Deutschlands stand vor der völligen Deindustrialisierung, verbunden mit einer dramatischen Massenarbeitslosigkeit. Für die IG Metall war deshalb die Struktur- und Beschäftigungspolitik das Zentrum ihrer Arbeit.

Es wurden Vorschläge über Vorschläge entwickelt, um Betriebe zu stützen und zu unterstützen, um die Wirtschaft voranzubringen. Es war eine Zeit, die ein wenig vergleichbar mit der Nachkriegszeit war, wo es auch die Gewerkschaften waren, die dafür sorgten, dass die noch vorhandenen Betriebe wieder zum Laufen kamen.

So wurden beispielsweise große Branchen-Beschäftigungsgesellschaften (ABS) gegründet, die durch die IG Metall initiiert wurden. Dann folgten Aktionen zur Unterstützung der Forderung nach Ausweitung der Hermeskredite, damit sächsische Betrieben konkrete Aufträge mit den GUS-Staaten in Höhe von mehr als 900 Millionen D-Mark hätten abarbeiten können.

Oder es wurde eine sächsische Industrieholding gefordert, um wichtige Betriebe zu sanieren und damit zu retten, und vieles Vernünftiges mehr. Eigentlich wären alle diese Überlegungen, Vorschläge und Forderungen zur Struktur- und Beschäftigungspolitik Aufgaben gewesen, die nicht von der IG Metall, sondern von der sächsischen Staatsregierung oder der Bundesregierung hätten angegangen werden müssen. Doch von dort kam nichts. Der sächsische Wirtschaftsminister Schommer hielt sich da mehr an die Devise seines Bonner Amtskollegen Rexroth, der da meinte: „*Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt*“.

Das war dann auch die große Linie. Die Staatsregierung hielt sich vornehm bei allem zurück, was nach direkter Intervention, Steuerung und Lenkung ökonomischer Prozesse auch nur roch. Es war das typische neoliberale, kleinkarierte Verhalten, das sich Anfang der 90er Jahre in der BRD durchzusetzen begann. Das gilt auch für Biedenkopf, den sächsischen Ministerpräsidenten. Der hatte zwar von bürgerlicher Seite den Nimbus erhalten, „vernünftig“ mit allen gesellschaftlichen Kräften, also auch mit den Gewerkschaften, zusammenzuarbeiten. Doch blockte er ebenfalls alle gewerkschaftsseitigen Vorschläge, die nicht in sein neoliberales Konzept passten, ab. Vielleicht machte er es ein bisschen intelligenter als seine Amtskollegen.

## Der Vertragsbruch

Begleitet war der Niedergang der sächsischen M+E-Industrie durch das Störfeuer des Verbandes der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie (VSME), der, wie schon beschrieben, nicht über seinen neoliberalen Tellerrand hinausschauen konnte. Besonders die Angleichung der Entgelthöhe an das bayrische Tarifniveau war den Herren im Verband ein Dorn im Auge. Am 1. April 1993 war laut Tarifvertrag der nächste Angleichungsschritt fällig: bei den Arbeitern von 71 auf 82 Prozent und bei den Angestellten von 69 auf 80 Prozent. Bereits im November 1992 musste die IG Metall feststellen, dass der Verband etwas vorbereitet. Die Klagen wurden lauter. So erklärte der Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer in einer Pressekonferenz bereits im November 1992 klar und deutlich, dass es im kommenden Jahr am 1. April in den ostdeutschen Tarifgebieten keine 26 prozentige Lohnerhöhung geben werde. Damit war die Propagandaoffensive der Unternehmer eröffnet. Besonders mit dem Prozentwert 26 wurde Stimmung gemacht. In unzähligen Presseberichten wurde der Öffentlichkeit eingetrichtert, dass eine „*Entgeltsteigerung um 26 Prozent die Leistungsfähigkeit der Betriebe erheblich übersteigt*“. Aufgrund einer Revisionsklausel im Tarifvertrag forderte der Verband von der IG Metall Nachverhandlungen. Grundlage sollte ein „*Angebot*“ sein, das die endgültige Angleichung der Entgelte auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben hätte. Für die IG Metall war das unannehmbar. Deshalb verliefen für den VSME die Nachverhandlung und eine darauf folgende Schlichtung ergebnislos.

Darauf erhielt am 18. Februar die Bezirksleitung der IG Metall Sachsen die fristlose Kündigung des Stufen-Tarifvertrages. Das war ein einmaliger Vorgang in der deutschen Tarifvertragsgeschichte. In dem Tarifvertragswerk gab es keine Möglichkeit einer außerordentlichen Kündigung. Es war deshalb eindeutig ein Vertragsbruch und damit ein Rechtsbruch. Die IG Metall konnte es sich in dieser Situation nicht leisten, die Gerichte anzurufen. Ein solcher Angriff durch die Unternehmer kann nicht juristisch, sondern muss politisch geklärt werden. Für die IG Metall war das eine komplizierte Situation. Aufgrund der beschriebenen Umstände war die IG Metall eigentlich in keinem Bezirk des Ostens streikfähig. Es fehlten viele wichtige Voraussetzungen dafür. Doch die Gewerkschaft hatte keine Wahl. In wenigen Wochen würde sie zu einem Streik gezwungen sein und den galt es vorzubereiten. Der Streik war unausweichlich. Eine Friedenspflicht gab es nicht

## Der Streik in Sachsen

Am 1 April rief die IG Metall in Sachsen sowie in den anderen ostdeutschen Tarifgebieten die Betriebe der M+E-Industrie zum Warnstreik auf. Die Streiks waren überall ein voller Erfolg. Mit einer solchen Resonanz hatte man im Apparat der IG Metall nicht gerechnet – im Verband der Metallarbeitgeber wahrscheinlich noch viel weniger. Aus den Betrieben heraus zogen die KollegInnen zu Kundgebungen. Dabei wurden sie massiv von der Bevölkerung solidarisch unterstützt. Zwei Wochen später erfolgte eine zweite Warnstreikwelle; wieder mit derselben Resonanz, trotz der Hetze der Medien, allen voran der Bildzeitung.

Die Unternehmer hatten mit ihrer Vorgehensweise den Bogen zweifellos überspannt. Die Bevölkerung in Ostdeutschland fühlte sich

*Erfurt, April 1993*

zutiefst ungerecht behandelt. Überall schien alles den „Bach ´runter zu gehen". Und jetzt kamen auch noch die Unternehmer und „klauten" den Arbeitern das Geld. Die Gewerkschaftsforderungen *„Recht muss Recht bleiben!"* und *„Aktion statt Resignation!"* trafen deshalb punktgenau den Nerv der Menschen. Verstärkt wurde diese Stimmung durch die Haltung der Bundesregierung und die Politik der Treuhandanstalt. Die Menschen brachten zurecht die Politik der Treuhandanstalt in Verbindung mit der Zerstörung ihrer Lebensgrundlage. Und die Bundesregierung schaute dabei zu und tat nichts dagegen. Die Ostdeutschen hatten deshalb den starken Eindruck, dass man im Westen wohl der Auffassung ist, dass man „mit den Ossis alles machen" könne. Die Bereitschaft zur Gegenwehr entstand aus dieser Stimmungslage. Und es ging deshalb bei der anstehenden Auseinandersetzung auch um die Würde der Menschen in Ostdeutschland.

Ende April fand die Urabstimmung statt mit einem zufriedenstellenden Ergebnis von 85 Prozent für den Streik. Am 3. Mai schließlich begann in Sachsen der Streik in der Metall -und Elektroindustrie zur Einhaltung des Tarifvertrages. An dem Arbeitskampf waren knapp 30.000 KollegInnen in 75 Betrieben beteiligt.

Am 14. Mai kam es schließlich zu einer Einigung zwischen den Tarifvertragsparteien, an der Biedenkopf als Vermittler nicht unbeteiligt war. Leider erreichte der VSME letztlich sein Ziel, den alten Stufenplan durch eine neue und schlechtere Vereinbarung zu ersetzen. Doch diese blieb hinter dem eigentlichen Ziel des VSME zurück. Der wollte die Angleichung auf einen undefinierten Zeitpunkt hinauszuschieben. Der Termin der endgültigen Entgeltangleichung war durch die Einigung der Tarifvertragsparteien jedoch klar fixiert. Das war ein Erfolg, auch wenn jetzt die Angleichung zwei Jahre nach hinten geschoben wurde. Ebenfalls durchsetzen konnte sich die IG Metall beim Angleichungsschritt des Jahres 1993. Die 80 Prozent des bayrischen Niveaus sollten kommen, wenn auch auf drei Schritte innerhalb des Jahres verteilt. Darüber hinaus wurde eine Härteklausel vereinbart. Sie sah vor, dass die Tarifvertragsparteien auf Antrag von Arbeitgeber oder Betriebsrat eine Regelung treffen konnten, die ein befristetes Abweichen von den Tarifnormen erlaubte. Und schließlich erklärte Gesamtmetall auch im Namen seiner Mitgliedsverbände, dass die außerordentliche Kündigung von Tarifverträgen kein geeignetes Mittel zur Lösung von Tarifkonflikten sei.

In der zweiten Urabstimmung wurde das Verhandlungsergebnis von der Mitgliedschaft mit 77,66 Prozent der Ja-Stimmen akzeptiert. Der erste Streik im Osten Deutschlands war damit beendet.

Trotz des Ergebnisses war der Streik vor allem politisch ein Erfolg für die IG Metall. Bereits bei Streikbeginn zeigte sich, dass anfängliche Sorgen über das Gelingen des Vorhabens unbegründet waren. Der Streikaufruf wurde überall praktisch zu 100 Prozent befolgt. Streikbruch in größerem Umfang gab es nicht. Alles lief mit uhrwerksartiger Präzision und Disziplin und einer tollen Stimmung ab. Die Anordnungen der betrieblichen Streikleitungen wurden ohne Diskussion von den Streikenden befolgt. So wurde über den Zeitraum von 24 Stunden ein exakter Zeitplan für die Einteilung der Streikposten erstellt. Und die Streikposten erschienen, auch übers Wochenende, pünktlich und diszipliniert. Nirgendwo gab es Probleme. Trotz unterentwickelter gewerkschaftlicher Struktur in den Betrieben präsentierte sich der Öffentlichkeit ein vorbildlicher Arbeitskampf.

Auch über die Unterstützung aus den West-Verwaltungsstellen konnte nicht geklagt werden. Besonders der Bezirk Stuttgart engagierte sich mit viel Unterstützung

durch Hauptamtliche. Solidarität zeigten auch viele KollegInnen aus dem Westen. So kamen Delegationen zu den Streikenden vor die Werkstore, um sich über die Streiklage zu erkundigen.

In den Verwaltungsstellen war man damals der Auffassung, dass nach dieser großen Auseinandersetzung die Welt in den Betrieben eine andere sein würde; dass es jetzt tatsächlich gelingen würde, eine tatsächliche, kämpferische, gewerkschaftliche Gegenmacht aufzubauen.

Doch das war eine Illusion. Nachdem in den Belegschaften die Anspannung des Streiks abgefallen war, ging man in den Betrieben wieder schnell zur vorherigen Tagesordnung über. Trotz der positiven Streikerfahrung kam es nicht zu selbstbewussten Belegschaften und es gelang der Gewerkschaft nicht, aktive Vertrauensleutestrukturen in den Betrieben aufzubauen. Das zeigte sich bald in den nachfolgenden betrieblichen Auseinandersetzungen. Die Arbeitgeber ließen in ihrem Streben, auf Kosten der Belegschaften ihre Profitsituation zu verbessern, natürlich nicht nach. Dabei wurden sie massiv vom VSME unterstützt. Zuerst wurde versucht, exzessiv von der tariflichen Härteregelung Gebrauch zu machen. Das geschah teilweise mit unglaublichen, vorgeschobenen Argumenten. Viele dieser Anträge wurden deshalb von der IG Metall abgewiesen.

## Organisierte Tarifvertragsflucht

Der VSME änderte daher seine Taktik, indem er den OT-Verband (OT = ohne Tarif) „Ostmetall“ ins Leben rief. Der Verband war personell fast identisch mit dem VSME und wird noch heute von diesem als der „*neue Weg in der Tarifpolitik*“ gepriesen. Mit dem Verband „Ostmetall“ versuchte der VSME, den eigenen, mit der IG Metall abgeschlossenen Tarifvertrag auszuhebeln, indem er mit der gelben Gewerkschaft CGM einen „Tarifvertrag“ abschloss – oder besser gesagt, indem er dieser Scheingewerkschaft die eigenen Wüsche in den „Tarifvertrag“ diktierte.

In den Jahren nach 1993, und das gilt im Grunde bis heute, fand und findet permanent die Flucht aus den Tarifverträgen durch die Kapitalisten statt. Widerstand durch die Belegschaft gab es selten. Seine Ursache hatte und hat dieses passive Verhalten der Belegschaften im Terror, den die Geschäftsführungen in diesen Betrieben gegen die Beschäftigten entfalteten. Besonders in den zwischenzeitlich privatisierten Treuhand-Betrieben war das fast an der Tagesordnung. War ein Betrieb noch unter der Verwaltung der Treuhandanstalt, verhielten sich die Geschäftsleitungen den Betriebsräten und Belegschaften gegenüber noch relativ gemäßigt. Man wollte „oben“ nicht negativ auffallen. Das war man noch offensichtlich aus SED-Zeiten gewohnt. Nach der Privatisierung allerdings brauchten sie keine Rücksicht mehr zu nehmen. Oft Hand in Hand mit dem neuen Kapitaleigner aus dem Westen gingen sie gegen die Belegschaften vor, das heißt, gegen den Tarifvertrag und damit gegen die Einkommensgrundlage der Beschäftigten. Die Kapitalisten wussten genau, dass bei der vorhandenen Massenarbeitslosigkeit das Widerstandspotential gering ist. Leider hatten sie damit Recht. Nur in den Betrieben, die zu einem Großkonzern gehörten, ging man weniger grobschlächtig vor. In den Konzernzentralen wollte man mit einer wenig aggressiven Politik sicher Konflikte und Ärger mit dem Gesamtbetriebsrat vermeiden.

Die Folge der Entwicklung war dramatisch. Dem Kapital gelang es mit dieser Strategie, große Bereiche der Industrie zu deregulieren. Der Osten Deutschlands war dabei das große Experimentierfeld. Was hier durchgesetzt wurde, war auch Programm für den Westen. Und wie man heute sieht, mit nicht wenig Erfolg.

## Ein Rückblick

Mit Schaum vor dem Mund fordern auch heute noch Teile der bürgerlichen Klasse die Aufarbeitung der Geschichte des „*Unrechtsstaates DDR*“. Das ist ein ihrer Klasse entsprechendes, normales Verhalten, schließlich hatten sie 40 Jahre lang keinen Zugriff auf diesen Teil Deutschlands. Dabei steht im Fokus ihrer „Aufarbeitung“ das „Menschenrecht Privateigentum“ und die fehlenden bürgerlichen Freiheitsrechte. Gerne stellen sie dabei auch die DDR auf die gleiche Stufe wie den Faschismus in Deutschland. Widerstand gegen diese Geschichtsklitterung gibt es wenig. Die Geschichte wird, wie wir wissen, von den Siegern geschrieben. Das Ziel dieses Handelns ist klar: In Zeiten wachsender gesellschaftlicher Widersprüche wollen diese Kreise damit die wirkliche gesellschaftliche Alternative, den Sozialismus, auf Dauer diskreditieren. Ob ihnen das gelingt, bleibt abzuwarten.

Dabei wäre die wirkliche Aufarbeitung der Ereignisse der Jahre 1989 bis 1995 von Nöten. Die „deutsche Wiedervereinigung“ und die damit verbundene Zerschlagung aller politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen der DDR war vor allem für die deutsche Bourgeoisie ein Riesengeschäft. Volkseigene Produktionsanlagen, Immobilien und Patente im Werte von Milliarden Euro wechselten den Besitzer. Die volkseigenen Betriebe sackten die privaten Kapitalisten aus dem Westen ein. für fast keine Gegenleistung. Die Treuhandanstalt überließ ihnen diese Werte für die Zusage, die Werktätigen in den überlassenen Betrieben auch in Zukunft auszubeuten. Und weil die Kapitalisten schon einmal beim Nehmen waren, ließen sie sich ihre Versprechen noch mit gesamtdeutschen Steuermitteln in Milliardenhöhe vergolden. Der dafür erhobene „Solidaritätszuschlag Ost“ muss noch heute Monat für Monat bezahlt werden.

Niemals in der deutschen Geschichte gab es vermutlich eine größere Umverteilungsaktion von Unten nach Oben, wie in den Jahren nach der „Wende“.

Gleichzeitig sahen die Unternehmer im Zusammenhang mit der Restaurierung des Kapitalismus im Osten Deutschlands die Chance, die Arbeitsbeziehungen in der gesamten Republik neu zu ordnen. Sahen sie sich in den Zeiten der Systemalternative „Sozialismus“ gezwungen, auf die abhängig Beschäftigten Rücksicht zu nehmen, so war das jetzt nicht mehr der Fall. Der sächsische Unternehmerverband führte das exemplarisch den Gewerkschaften vor. Dabei war das kein Alleingang der „verrückten Sachsen“, wie das manchmal gewerkschaftsseitig eingeschätzt wurde. Es war vielmehr die gezielte und geplante Umsetzung der Poli-

tik von Gesamtmetall, von BDI und BDA. Ostdeutschland war das Experimentierfeld zur Durchsetzung neoliberaler Unternehmenskonzeptionen nicht nur im Osten. In den Gewerkschaften hat man das lange Zeit nicht erkannt und als dann doch, nicht geglaubt, dass eine Übertragung ostdeutscher Verhältnisse auf den Westen möglich sei. Doch sieht man heute den schwindenden gewerkschaftlichen Einfluss in den Unternehmen allerorten. Das hat nicht nur etwas mit der ökonomischen Entwicklung der vergangenen Jahre zu tun. Die 35-Stunden-Woche, der einstige große tarifpolitische Erfolg der Gewerkschaften, konnte nicht weiterentwickelt werden. Im Gegenteil: In nicht wenigen Betrieben liegt man inzwischen wieder bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 40 Stunden und mehr. Inzwischen gibt es auch im Westen tarifvertragsfreie Zonen und ein zunehmendes aggressives Verhalten der Kapitalisten gegenüber Betriebsräten und Belegschaften.

Die Gewerkschaften waren während des gesamten Restaurationsprozesses in der Defensive. Sie mussten eine Gewerkschaftsorganisation mit einer Mitgliedschaft aufbauen, die sich Illusionen über die tatsächliche Politik der bürgerlichen Klasse machte und deshalb nicht für wirksame Widerstandsaktionen gegen die Abwicklung des Ostens zu gewinnen war. Einzelaktionen, wie Betriebsbesetzungen oder der Metallerstreik von 1993, waren dabei eher die Ausnahme, die die Regel bestätigte. Trotzdem war der, leider zu geringe, Widerstand, den die Gewerkschaften dem Durchmarsch des Kapitals entgegensetzen konnten, nicht umsonst. Viele Betriebe gibt es heute nur noch deshalb, weil sich die Gewerkschaften mit ihren bescheidenen Kräften eingemischt, und sich den belegschaftsfeindlichen Absichten der Treuhandanstalt und der privaten Eigentümer entgegengestellt haben.

Heute sind die inneren Strukturen der IG Metall und anderer Gewerkschaften in Sachsen vergleichbar mit denen anderer Gewerkschaftsbezirke im Westen. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR setzen sich auch die Funktionärskörper in den Betrieben aus anderen Leuten zusammen als Anfang der 90er Jahre. Die Mehrzahl der heutigen MetallerInnen wurde unter kapitalistischen Bedingungen sozialisiert. Trotzdem ist die IG Metall im Osten schwach und nur bedingt handlungsfähig. Das liegt aber nicht an der Funktionärs- und Mitgliederstruktur, sondern daran, dass es den Kapitalisten gelungen ist, gewerkschafts- und tarifvertragsfreie Räume zu schaffen. So gilt heute für eine große Mehrheit der Beschäftigten im Betrieb kein Tarifvertrag. Auch ist von der einstigen großen Industrielandschaft in Sachsen dank der Politik von Bund, Freistaat und Treuhandanstalt wenig übrig geblieben. Ganze Landstriche sind völlig deindustrialisiert. Die Zukunft ist deshalb insgesamt ungewiss und es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft eine Besserung eintreten wird.

**Arbeiterstimme**
*Zeitschrift für marxistischeTheorie und Praxis*

***4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-***

**Aus dem Inhalt der letzten Nummern:**

**Nr. 171 Frühjahr 2011, 36 S.**
- Revolution am Nil?
- Ich schwanke zwischen Enttäuschung und Zorn über die Arbeitgeber
- Arbeitswelt prekär
- Naziaufmarsch in Dresden verhindert!
- Leben in der Big Society
- Erfolge und Widersprüche der K.P. Chinas
- Wirtschaftsreformen in Kuba
- Patrice Lumumba
- Wir gratulieren dem Genossen Bergmann!
- Für einen neuen Internationalismus
- Wolfgang Abendroth

**Nr. 170 Winter 2010/11, 40 S.**
- Das neue deutsche Wirtschaftswunder
- Zur Politischen Entwicklung und zur Lage der Gruppe
- Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts
- Über den 19. Parteitag der DKP
- Wahlen in Wien und der Steiermark
- Chinas Wiedereintritt in die große Geschichte und Wirtschaft
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil IV

**Nr. 169 Herbst 2010, 40 S.**
- Nach dem Wahlen in Tschechien
- Krise der schwarz-gelben Koalition
- Sind „Alternative Listen" Totgeburten?
- Hamburger Volksentscheid über die Primarschule
- Chinas Rückkehr auf die Weltbühne
- Mumia Abu Jamal-Veranstaltung in Nürnberg
- Arbeiterpolitik als innergewerkschaftliche Opposition
- Für einen sozialen Ausweg aus der Krise kämpfen?
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil III

**Nr. 168 Sommer 2010, 40 S.**
- Die Finanzkrise: 2. Akt eines kapitalistischen Dramas
- Gedanken zur Entwicklung der Partei Die Linke
- Der demokratische Sozialismus – eine Worthülse?
- Alternative BR-Listen – die richtige Taktik?
- Die Krise des Exportweltmeisters
- USA gegen Venezuela und andere ALBA-Staaten
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil II
- Das britische Volk entscheidet sich – aber wofür?
- Zum 5. Todestag von Jürgen Seifert

**Bestellungen bitte an:**
***Gruppe Arbeiterstimme***
**T. Gradl, Postfach 910307**
**90261 Nürnberg**
**Probehefte versenden wir gratis!**

**Arbeiterstimme**
www.arbeiterstimme.org

# Das Frühjahrsseminar der Gruppe in München

Am 21. und 22. Mai fand in München wieder das Frühjahrsseminar statt, das wir, wie schon seit einigen Jahren, gemeinsam mit der Gruppe International Dorfen veranstalten. Diese Seminare bieten neben der Auseinandersetzung mit inhaltlichen Themen immer wieder eine willkommene Gelegenheit zur Stärkung des Gruppenstandpunkts und des persönlichen Zusammenhalts der Genossinnen und Genossen. Auch bieten sie die Möglichkeit für Sympathisanten, uns näher kennenzulernen und zum Meinungsaustausch. Allein unter diesem Aspekt betrachtet, war unser Treffen in München erfolgreich.

Als inhaltliche Schwerpunkte hatten wir dieses Jahr die Lage in Lateinamerika und die Aggression der NATO gegen Libyen gewählt. Mit dem ersten Thema hatte sich ein Genosse aus Dorfen in einem Referat auseinandergesetzt, das den Titel trug: „*Lateinamerika 2011: Fortschritte, Widersprüche, Perspektiven*“. Ihm war die Aufgabe zuteil geworden, nichts weniger als einen „Rundumschlag“ über die neuesten Entwicklungen dort zu versuchen. Das Referat wird im Anschluss in leicht veränderter Form abgedruckt und die Leser werden feststellen, dass der Autor die Aufgabe gut geschultert hat.

Das andere große Thema des Samstags war der Angriff der NATO-Staaten auf Libyen, das ein Genosse der Redaktion in einem Referat mit dem Titel „*Libyen – NATO-Politik mit allen Mitteln*“ darstellte. Es ist immer wieder erstaunlich, wie es den herrschenden Kräften und ihren Medien mit ihrer Kriegspropaganda gelingt, ihre Bevölkerung mit Manipulationen, Verdrehung von Tatsachen und offensichtlichen Lügen so weit zu beeinflussen, dass diese, wenn sie schon nicht vom Krieg zu begeistern sind, doch wenigstens von einer aktiven Friedenspolitik abgehalten werden. Dieses Referat wird in leicht abgeänderter Form als Kopfartikel dieser Ausgabe abgedruckt.

Am Sonntag hatten wir uns der „Wende“ in der deutschen Innenpolitik gewidmet. Hierzu hatten wir kein Referat ausgearbeitet. Wir diskutierten über die veränderte Lage in der deutschen Parteienlandschaft nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit dem Erfolg der Grünen, die als liberale, ökologische Mittelstandspartei recht gut in die Zeit passen und den Liberalen von der FDP deutlich den Rang abgelaufen haben. Da das Vergessen in unser schnelllebigen Zeit eine wichtige Rolle spielt, schaffen es die Grünen, – besser als die SPD – sich so darzustellen, als wären sie damals in der rosa-grünen Koalition nicht die Verantwortlichen gewesen für die Agenda 2010 mit ihren Hartz IV Gesetzen und als hätten sie nicht den Grundstein gelegt für die Akzeptanz der Kriegseinsätze der deutschen Bundeswehr weltweit. Wohin das bis heute geführt hat, ist auch in dem Libyenartikel nachzulesen.

Mit der innenpolitischen Situation in Deutschland werden wir uns in einer der nächsten Nummern der ***ARSTI*** intensiver auseinandersetzen. Dieses Mal drucken wir dazu einen Artikel aus der letzten *Arbeiterpolitik* ab mit dem Titel: „*Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Parteiengefüge*“.

Anzeige

ROTE HILFE e.V.
Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255
37022 Göttingen
Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15:00 –20:00 Uhr)
Fax: 0551 – 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de – www.rote-hilfe.de

**Spendenkonto:**
Rote Hilfe e.V., Konto-Nr: 19 11 00 – 462
BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund
IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62
BIC: PBNKDEFF

## Lateinamerika 2011

# Fortschritte, Widersprüche, Perspektiven

***Lange Zeit war Lateinamerika eine Weltgegend, die durch schlechte Nachrichten auf sich aufmerksam machte. Diktaturen, Krisen und Kriege prägten jahrzehntelang das Bild, und das ist noch immer nicht aus den Köpfen vieler Europäer verschwunden. Dabei kommen aus Lateinamerika seit geraumer Zeit viele gute Nachrichten. Die Wirtschaft wird dieses Jahr um 5,2 Prozent wachsen, das ist ein Wert, von dem Europa nur träumen kann. (…) Das neue Lateinamerika ist Ergebnis eines schwungvollen Fortschritts.***

*aus einem Kommentar des SZ-Journalisten Sebastian Schoepp vom 17.August 2010*

Wenn wie seit einigen Monaten der Nachrichtenschwerpunkt eindeutig bei den Protesten und Rebellionen in Tunesien, Ägypten, Syrien und auf der arabischen Halbinsel liegt und manche vollauf damit beschäftigt sind, den Aufstand in Libyen und die NATO-Intervention in ihre Weltsicht einzuordnen, gerät schon mal ein ganzer Subkontinent ins mediale Hintertreffen, noch dazu, wenn sich dort über längere Zeit nichts Spektakuläres ereignet hat. Für die Linke in Deutschland hatte die Beschäftigung mit Lateinamerika in den letzten beiden Jahrzehnten nicht zuletzt deshalb eine besondere Bedeutung, weil dort – im Unterschied zum Niedergang der linken Organisationen in Europa – ein Aufbruch zu verzeichnen war, der die Periode neoliberaler Hegemonie ablöste und unter dem Begriff *Sozialismus des 21. Jahrhunderts* beachtliche gesellschaftliche Fortschritte in die Wege leitete. Hatten bis in die 80er Jahre viele nach dem Motto *ex oriente lux** ihre Erwartungen in die sozialistischen Staaten gesetzt (die KPO-Tradition ist hier auszunehmen), war es nicht verwunderlich, wenn von den Übriggebliebenen in der Linken wieder – wie schon einmal in den 60ern und 70ern – die Impulse für einen neuen Aufbruch in den Metropolen in Lateinamerika gesucht werden. Mittlerweile erlebt diese Orientierung Dämpfer, da sich dort nicht alles so entwickelt, wie man das hierzulande gern hätte. Irritationen gab es z.B. im Zusammenhang mit eher undifferenzierten Äußerungen und Aktivitäten von ALBA - Repräsentanten zum iranischen Mullah-Regime. Und als sich Chávez als Vermittler im Libyen-Konflikt anbot, unterstellten ihm auch manche Linke eine gewisse Nähe zu Gaddhafi. Ließen sie sich von einer Journaille der Sorte beeinflussen, die sich des Themas in *Spiegel-online* auf folgende widerliche Art annahm? „*Gaddafi lässt auf brutale Weise das libysche Volk zusammenschießen, doch einige wenige Verbündete bleiben ihm weiter treu – in Lateinamerika. Venezuelas Präsident Chávez und Nicaraguas Staatschef Ortega wollen dem Despoten aus der Klemme helfen.*“ Andere wiederum werfen dem venezolanischen Staatschef eine Diskrepanz zwischen Wort und Tat, also den vollmundigen Ankündigungen und den tatsächlich umgesetzten Maßnahmen vor. So spreche Chávez zwar viel und lange über die Revolution und den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, aber in Wirklichkeit gehe er über einige Verstaatlichungen und Sozialprogramme nicht hinaus.

Wie dem auch sei, Chávez regiert keinen sozialistischen Staat. Davon ist Venezuela trotz mancher verbaler Überhöhungen noch weit entfernt. Und welchen Entwicklungsweg das Land beschreiten kann, hängt von mehreren Faktoren ab, wobei das gesellschaftliche Kräfteverhältnis, die ökonomischen Rahmendaten, das Tempo der Entwicklung der Integration der lateinamerikanischen Staaten und die internationalen Rahmenbedingungen ausschlaggebend sein werden. Und was die internationalen Rahmenbedingungen betrifft, steht Venezuela wie kein anderes Land des Subkontinents im Fadenkreuz imperialistischer Begehrlichkeiten. Deshalb muss die Stärkung der progressiven Kräfte in Venezuela auch für die Linke weltweit einen hohen Stellenwert haben. Würde etwa die Opposition und damit die Bourgeoisie 2012 das Präsidentenamt zurückgewinnen, wären die Folgen für das Land, aber auch für die gesamte fortschrittliche Bewegung in Lateinamerika nicht auszudenken. Was die imperialistische Bedrohung Venezuelas und der anderen ALBA-Staaten betrifft, ist in der *ARSTI*-Ausgabe vom Sommer 2010 einiges nachzulesen. Die Situation hat sich in der Zwischenzeit zumindest vordergründig für Venezuela etwas entspannt, da sich Chávez in letzter Zeit sehr um die Verbesserung der Beziehungen zur kolumbianischen Regierung bemüht. Offensichtlich ist Manuel Santos, der Nachfolger von Präsident Alvaro Uribe, ebenfalls an einer Normalisierung interessiert.

### ALBA – TCP: eine antikapitalistische Allianz

Venezuela war 2004 neben Kuba Gründungsmitglied des antikapitalistischen Zusammenschlus-

* *Aus dem Osten (kommt) das Licht*

ses ALBA-TCP (Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika/Handelsvertrag der Völker). Die Allianz entwickelte zukzessive Projekte wie teleSUR, Petrosur, Petrocaribe und Banco del Sur. Sie dienen dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Lateinamerikas zu intensivieren. Hier sind neben den acht Mitgliedsstaaten (Honduras kündigte nach dem Putsch 2009 die Mitgliedschaft) auch noch weitere Länder dieses Kontinents mit Beobachterstatus in unterschiedlichen Ausmaßen involviert, darunter Argentinien, Uruguay und Brasilien, aber auch nichtlateinamerikanische Länder wie Iran und Syrien. Das perspektivisch interessanteste Projekt ist die Bank des Südens (Banco del Sur), die zwar noch mit gewissen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen hat, aber längerfristig die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten vom IWF und der Weltbank beenden könnte. Länder wie Brasilien, Argentinien und sogar das kleine Uruguay haben ihre Schulden beim IWF vorzeitig getilgt und sich damit aus den Fängen des Diktats dieser übermächtigen Kraken befreit. Als kürzlich der seit 2007 amtierende IWF – Chef Dominique Strauss – Kahn wegen eines sexuellen Übergriffs verhaftet wurde, soll er aus Lateinamerika keine Mitleidsbekundungen bekommen haben. IWF und Weltbank waren über Jahrzehnte willfährige Helfer der übelsten Diktaturen auf dem Kontinent und stets bei der Hand, wenn es galt, fortschrittliches Regierungshandeln fiskalisch abzuwürgen. Die Bank des Südens ziele vor allem darauf ab, die Abhängigkeit der Länder der Peripherie von den internationalen Finanzmärkten zu brechen, die eigenen Sparleistungen zu kanalisieren, die Kapitalflucht zu stoppen, die wesentlichen Ressourcen hin zu den unabhängigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprioritäten zu lenken und die Prioritäten bei den Investitionen zu ändern. (*s. Eric Toussaint, 2010, S.30f*) Die Attraktivität des ALBA – TCP Bündnisses steht allerdings in engem Zusammenhang mit Venezuelas subventionierten Ölexporten. Und so hängt ALBAs Erfolg letztlich noch „*von der Stabilität der venezolanischen Wirtschaft ab*". (*Gerhard Dilger in Le Monde diplomatique, April 2011*) Deswegen gebietet sich auch ein Blick auf einige Problembereiche der venezolanischen Wirtschaftspolitik. Venezuela ist nach wie vor existentiell von der realen Ölpreisentwicklung abhängig. 90% der Exporterlöse beziehen sich auf Ölexporte. Als 2008 zu Beginn der Weltwirtschaftskrise der Preis auf 30 bis 40 US-Dollar pro Barrel fiel, kam der Haushalt des Landes in arge Bedrängnis. Unter diesen Bedingungen ist jede längerfristige Planung ein Vabanquespiel. Dass im ersten Quartal des Jahres 2011 durch die krisenhafte Entwicklung im nordafrikanischen und arabischen Raum der Ölpreis auf über 100 US-Dollar pro Barrel angestiegen ist, mag für die venezolanischen Staatsfinanzen positiv sein, allerdings könnten sich einschneidende Ereignisse wie die Atomkatastrophe von Fukushima dämpfend auf die Weltwirtschaft auswirken und somit den Preis für das Öl beeinflussen. Ein weiteres Risiko ist die Konjunkturentwicklung in den USA. Am 6.Mai titelte die *Süddeutsche Zeitung* im Wirtschaftsteil: „*Rohstoffpreise stürzen ab*" und berichtete über „*Aufruhr an den globalen Rohstoffmärkten: Dramatisch waren auch die Verluste am Rohölmarkt. Der Preis für ein Fass der US-Sorte WTI rauschte unter die 100 Dollar-Marke und notierte zuletzt bei 98,25 Dollar, ein Tagesverlust von rund 10 Prozent.*" Wie soll eine Regierung wie die venezolanische mit derartigen Schwankungen einigermaßen planen können? Ende April beschloss das Kabinett eine stärkere Bindung ihres nationalen Entwicklungsfonds an den Ölpreis. Oberhalb eines Weltmarktpreises von 70 US-Dollar pro Barrel Rohöl sollen 80 Prozent der Mehreinnahmen in den Fonds fließen, oberhalb von 90 Dollar sogar 90 Prozent. Mit der Stärkung des Entwicklungsfonds sollen die Mehreinnahmen aus den derzeit hohen Ölpreisen in noch höherem Maße der Sozialpolitik des Landes zugute kommen. Die enorme Ausgabensteigerung im Bereich der Sozialpolitik hatte in den letzten Jahren zu steigender Inflation und Haushaltsdefiziten geführt und dabei die Lohnzuwächse der Bevölkerung weitgehend aufgezehrt. „*Um die Inflation niedrig zu halten, legte die Regierung eine Wechselrate für die Währung fest. So sollen Importe auf künstliche Weise billig und die Inflation niedriger gehalten werden, als sie es normalerweise wäre. Da jedoch die Wechselrate nicht mit der Inflation standhält, welche mit 27 Prozent für 2010 zu den höchsten der Welt zählt, ist die Währung tendenziell überbewertet. Dadurch sind Importe billig und Exporte (außer Öl) teuer, so dass diese kaum auf dem internationalen Markt verkauft werden können.*" (*Gregory Wilpert in portal amerika 21.de vom 25. 2.11*) Um die sozialen Folgen der hohen Inflation etwas abzumildern, wird im laufenden Jahr der Mindestlohn in zwei Schritten erhöht. Zunächst wurde das Mindesteinkommen zum 1. Mai um 15 Prozent erhöht. Am 1. September folgen dann weitere 10 Prozent. Der Mindestlohn steigt damit von aktuell 1.224 Bolívares (etwa 195 Euro) auf 1.548 Bolívares (etwa 246 Euro) im Herbst. Dies entspricht einer Steigerung von etwa 26,5 Prozent. Neben der Erhöhung des Mindestlohns sind auch massive Lohnerhöhungen für die staatlich Beschäftigten versprochen. Vor allem in den Bereichen Wissenschaft und Gesundheit sollen die Löhne nach jahrelangen Protesten von Akademikern und Krankenhauspersonal stark ansteigen. Krankenhauspersonal darf mit einer Verdopplung der Gehälter rechnen. Die unterste Gehaltsklasse im Gesundheitswesen steigt von 1.394 Bolívares (etwa 223 Euro) auf 3.211 Bs. (514 Euro). Das Gehalt von Ärzten wird sich ab dem 1. Mai sogar von 1.566 Bs. auf 4.897 Bs. (785 Euro) verdreifachen. Die zwölfjährige Amtszeit von Hugo Chávez hat für die Lohnabhängigen und die arme Bevölkerung große Fortschritte gebracht, die hier im Detail nicht aufgezählt werden können. Dazu nur ein paar Zahlen Nach Angaben des Nationalen Statistikinstitut sei der Anteil extrem armer Haushalte (1,25 US-Dollar pro Kopf) von 1998 bis 2009 von 21 Prozent auf sechs Prozent gesunken und der Anteil der relativ armen Haushalte (unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens) von 49 auf 24 Prozent. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn nach einer aktuellen Studie des Meinungsforschungsinstitutes Gallup 64 Prozent der Venezolaner angeben, mit ihrer Lebenssituation zufrieden zu sein. Das südamerikanische Land findet sich damit an erster Stelle bei den lateinamerikanischen Staaten und an sechster Stelle in der globalen Statistik. In Deutschland wählten nur 44 Prozent der Befragten die *Es-geht-mir-gut-Option*. Bei allem Opti-

mismus über die Errungenschaften im sozialen Bereich darf der Blick auf die strukturellen Probleme des Landes nicht zu kurz kommen. Die ehrgeizigen Pläne im Bereich Verkehrs- und Wohninfrastruktur, die dringende Sanierung der Schwerindustrie und des Stromnetzes müssen über die Einnahmen aus der Ölindustrie finanziert werden. Dazu muss die Ölindustrie aber erst aufwendig modernisiert werden. Martin Ling erläutert die Problematik in der aktuellen Ausgabe der *Lateinamerikanachrichten*: „*Der Nachholbedarf ist offenkundig. 2010 konnten im ersten Halbjahr laut PdVSA(Petróleos de Venezuela S. A.) nur 1,25 Millionen Fass täglich zu Weltmarktpreisen veräußert werden. Damit wurde der Tiefststand seit dem ‚Sabotagestreik' erreicht. Die andere Hälfte der Produktion wurde im Land selbst verbraucht oder ging zu Vorzugsbedingungen im Rahmen von Abkommen an befreundete Länder wie Kuba und andere 16 Staaten, die dem Zusammenschluss Petrocaribe angehören.*" Venezuela hat also noch einen langen und steinigen Weg vor sich. 200 Jahre imperialistischer Deformierung vor allem durch die USA haben tiefe Spuren hinterlassen.

## Uruguay: eine Zwischenbilanz

Welchen Bedrohungen auch seitens internationaler Konzerne fortschrittliche Regierungen Lateinamerikas immer noch ausgesetzt sind, zeigt ein ganz aktuelles Beispiel. So berichtet Peter Burghardt, Korrespondent der *SZ*, am 31.Mai: „*Der Tabakkonzern Philip Morris International hat Uruguay verklagt und fordert zwei Milliarden Dollar Schadenersatz. Die Firma findet, einige Maßnahmen seien geschäftsschädigend, die Politiker vom Rio de la Plata hätten Verträge gebrochen. Darüber befindet jetzt das Weltbank – Tribunal Ciadi – ein Schiedsgericht in Wirtschaftsfragen.*" Ein Vorgang, bei dem sich jeder Kommentar erübrigt. In der *ARSTI* vom Frühjahr 2009 wurde die Frage gestellt ob sich Uruguay weiter nach links bewegen werde. Das Mitte-Links-Parteienbündnis Frente Amplio (FA) hatte sich bereits für den legendären Tupamaro und langjährigen politischen Gefangenen Jose Mujica als Präsidentschaftskandidat entschieden. Aber war der ehemalige Stadtguerillero auch bei den Wählern mehrheitsfähig? Er war es. Und jetzt, nach über einem Jahr, ist eine erste Einschätzung über den Einstieg in die zweite Legislaturperiode einer FA-Regierung angebracht. Ich beziehe mich dabei auf eine aktuelle Analyse von Ernesto Kroch, der seit Jahrzehnten in der FA politisch tätig ist und sie gleichzeitig aus einem kritischen Blickwinkel analysiert. Sein Resümee ist insgesamt doch recht positiv, wenn er feststellt: „*Auf den ersten Blick scheint sich so gut wie gar nichts geändert zu haben. Wirtschaftlich läuft alles wie gehabt. Steigender Export, steigendes Wirtschaftswunder, sinkende Arbeitslosigkeit. Die Regeln des Steuersystems, der Lohnpolitik, des Gesundheitssystems und der Armutsbekämpfung bewirken weiterhin allmähliche Verbesserungen bei der Situation der unteren Klassen. Da aber die oberen ebenfalls sich ‚verbessern', bleibt die Kluft zwischen unten und oben auch nach wie zuvor. Die unter Tabare Vazquez eingeführte progressive Einkommenssteuer ist als Mechanismus zur Umverteilung gewiss unverzichtbar, aber die Rückwirkungen auf die Verteilung von Reichtum und Armut sind eher gering. Der dafür maßgebende Gini-Index verbesserte sich in sechs Jahren gerade mal um sieben Prozent.*"

*José ‚Pepe' Mujica mit seiner Lebensgefährtin Lucia Topolansky*

In drei Bereichen sieht Kroch Fortschritte zur Politik des vorherigen FA-Präsidenten. Innenpolitisch nimmt die Regierung unter Mujica den Oppositionsparteien, die fast die Hälfte der Bevölkerung repräsentieren, die Möglichkeit, sich als geschlossener Block gegen die Regierung zu positionieren. Das verhindert er, indem er sie in vier Kommissionen mit einbezieht. Diese sollen in den Bereichen Erziehung, Energiepolitik, Wohnbau und innere Sicherheit Richtlinien für die laufende Legislaturperiode erarbeiten. Mit der Strategie der Einbindung gelang es auch, die bisherige „*Blockade einer Proporz-Besetzung des Wahlgerichts, des Rechnungshofes und der Kammer für Verwaltungssachen*" aufzuheben. Die Taktik scheint aufzugehen.

Der zweite Bereich, in dem positive Unterschiede zur Vorgängerregierung zu erkennen sind, ist die Außenpolitik. Mujica setzt stärker auf die Integration des Landes in die sich neu entwickelnden ökonomischen wie politischen Strukturen des Kontinentes. Die arg ramponierten Beziehungen zum großen Nachbarn Argentinien brachte er wieder schrittweise in ruhiges Fahrwasser.

Anzeige

**August Thalheimer**

**Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst**

**Ein Versuch**

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5
80 Seiten, 6,– €
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

**Bestellungen an:**
T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Durch eine rege Reisetätigkeit knüpft er Kontakte, die für das kleine Land äußerst vorteilhaft sind.

Ein dritter Bereich betrifft das Verhältnis von Regierung und Regierungsparteien. Fortschrittliche Parteien geraten – und das nicht nur in Uruguay – im Falle einer Regierungsbeteiligung in einer nach wie vor von der Bourgeoisie dominierten Gesellschaft immer wieder in eine Konfliktlage. In der aktuellen Regierung Uruguays ist dieser Konflikt grundgelegt in der Person des Vizepräsidenten und Wirtschaftsministers Danilo Astori, einem markanten Vertreter des konservativen Flügels der FA, der Änderungen in der Wirtschaftspolitik häufig ablehnend gegenübersteht. Im Unterschied zur ersten Legislaturperiode lässt sich die FA jedoch nicht mehr zum Abnicken des Regierungshandelns missbrauchen. Vielmehr findet, wie Ernesto Kroch feststellt, in den Parteien der FA „*eine große Debatte*" über die Regierungspolitik statt. Und diese Debatte werde unter der Fragestellung geführt, was für ein Land, was für eine Gesellschaft man brauche. „*Dass diese Diskussion in Gang gekommen ist, ausgehend von jener Partei im Regierungsbündnis, deren hervorragendster Führer als Präsident regiert, aber kritisch zur eingeschlagenen Wirtschaftspolitik steht, eröffnet eine neue Perspektive. Zumal diese kritische Sicht von etwa der Hälfte der Sektoren und des größeren Teils der Basiskomitees der Frente Amplio geteilt wird.*" (Kroch)

Das Hauptproblem Uruguays ist nach wie vor die Abhängigkeit vom Export landwirtschaftlicher Primärprodukte wie Fleisch, Getreide, Holz. Was ist, wenn der Weltmarkt einbricht? Uruguay steht vor weit reichenden und schwerwiegenden Entscheidungen. Zwar eröffnet die Integration in den Mercosur neue Perspektiven, aber das ist eher Zukunftsmusik. Die Zukunft des kleinen Uruguay ist abhängig von der Zielrichtung und dem Tempo der Integration des Subkontinents, auf die der weitere Blick zu richten ist.

## OAS baut ab, UNASUR steigt auf

Das diplomatische Organ des US-Imperialismus zur Durchsetzung seiner ökonomischen und politischen Interessen ist die 1948 in Bogota gegründete *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS) mit Sitz in Washington D.C. 1962 veranlassten die USA mit Zustimmung der US-hörigen Regierungen des Subkontinents den Ausschluss Kubas. Dass dieser 2009 aufgehoben wurde, ist nicht einer Läuterung der US-Politik gegenüber dem tapferen Inselstaat zu verdanken. Vielmehr schwindet der Einfluss der USA in der OAS immer mehr. Auch hat sie durch die Entstehung neuer Integrationsbündnisse ihre ursprüngliche Bedeutung eingebüsst. Das ist ein Grund, warum Kuba eine Wiederaufnahme nicht mehr anstrebt. Für Gerhard Dilger ist die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) „*der vielversprechendste regionale Zusammenschluss*" (*Le Monde d., 4/11*) Gegründet im Mai 2008 in Brasilia hat sich das Bündnis im März dieses Jahres offiziell mit Sitz in Quito konstituiert. Trotz verschiedener Konflikte, die zwischen einzelnen südamerikanischen Staaten immer wieder aufbrechen und schon bis zur Androhung von Kriegshandlungen geführt haben (Kolumbien – Venezuela etc), hat sich UNASUR in einigen Fällen bereits bewährt. So z.B. während der schweren Unruhen im Osten Boliviens, als sich das Bündnis eindeutig hinter Präsident Morales stellte. Auch beim Putschversuch 2010 gegen Ecuadors Präsident Correa positionierte sich die Staatengemeinschaft gegen den Putsch. Bei der Konstituierungskonferenz in Quito regte Hugo Chávez an, „*dass das südamerikanische Bündnis ein eigenes völkerrechtliches Tribunal und eine eigene Menschenrechtskommission ins Leben ruft.*" Nur so könne „*die Gefahr gebannt werden, dass westliche Staaten die Menschenrechte als Vorwand für Angriffe gegen Südamerika benutzen*", so Chávez weiter. Unmittelbar nach der offiziellen Gründung beschlossen die anwesenden Regierungsvertreter erste konkrete Schritte. So soll den Opfern des ehemaligen haitianischen Diktators Jean Claude Duvalier juristischer Beistand bei Gerichtsverfahren gewährt werden. (Harald Neuber)

UNASUR ist zweifellos Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins der südamerikanischen Staaten. Selbst tief greifende historische und geopolitische Probleme wie sie zwischen Bolivien, Peru und Chile bestehen, Probleme, die seit 131 Jahre, seit Ende des so genannten Salpeterkriegs, immer wieder zu heftigen Kontroversen geführt hatten, werden nunmehr in Angriff genommen. Wobei noch wenig für eine Lösung in absehbarer Zeit spricht. Schließlich liegen Welten zwischen dem bolivianischen Präsidenten Morales und den reaktionären Präsidenten Pinera (Chile) und Garcia (Peru). Sollte jedoch bei der Stichwahl in Peru der den Ideen des Bolivarismus nahe stehenden Humala Ollanta das Rennen machen, könnten nicht nur in dieser Frage die Karten wieder neu gemischt werden.

Anzeige

Sarrazin

***Vorstellung*** des Buches „Deutschland schafft sich ab", Korrektur der wichtigsten Falschinformationen und Verzerrungen.
***Ist Integration gescheitert?*** Argumentationshilfe für alle, die sich ersthaft mit der Integrationspolitik in Deutschland befassen.

Reinhard Pohl: **Geht es um Integration? Die Sarrazin-Debatte 2010/2011**
2011, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: **www.brd-dritte-welt.de**

Bezieht UNASUR nur die südamerikanischen Staaten mit ein, wurde im April in Caracas die Gründung des eigentlichen Konkurrenzprojektes zur OAS als *Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten* (CELAC) in Caracas beschlossen. In ihr werden weder die USA noch Kanada vertreten sein. Erklärtes Ziel der CELAC ist es, die Integration Lateinamerikas und der Karibik weiter voranzutreiben.

Allen Initiativen, die von den fortschrittlicheren Regierungen des Kontinents ausgehen, ist das Bemühen eigen, die Vorherrschaft der USA einzudämmen und multipolare Bestrebungen voranzutreiben. Dem versuchen die USA entgegenzutreten, indem sie mit den wenigen noch verbliebenen reaktionären Regierungen Gegenbündnisse initiieren. Letztes Beispiel ist ein Treffen der Präsidenten von Mexiko, Kolumbien, Chile und Peru. Dabei berieten sie Möglichkeiten eines Integrationsbündnisses, das sog. Pazifik-Abkommen. In diesem Rahmen soll eine engere wirtschaftliche Kooperation angestrebt werden. Gedacht als Gegenpol zu den am Atlantik liegenden Mercosur-Staaten Argentinien, Uruguay, Brasilien und Venezuela.

Man kann mit Fug und Recht sagen: Die USA verlieren in Lateinamerika zumindest seit Beginn des 21. Jahrhunderts immer mehr an Einfluss. Konnten sie sich noch in den 90er Jahren realistische Hoffnungen auf eine Freihandelszone von Alaska bis Feuerland machen, haben sich diese Pläne weitgehend in Luft aufgelöst. Vom großen Wurf sind nur ein paar Einzelabkommen übrig geblieben. Ähnlich ergeht es der EU. Die Verhandlungen mit dem Mercosur wollen nicht so recht vorankommen. Denn die EU weigert sich seit Jahren auf marktprotektionistische Maßnahmen in der Agrarindustrie zu verzichten, um ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Wirtschaftsregionen abschließen zu können. In Brüssel warnt die europäische Bauernlobby mit Unterstützung von Unternehmen der Lebensmittelbranche pausenlos die Abgeordneten des Europäischen Parlaments vor „*den katastrophalen Folgen*“, die eine Handelsliberalisierung zwischen der EU und dem lateinamerikanischen Handelsblock Mercosur für die europäische Landwirtschaft hätte. Es wird sich zeigen, ob die europäische Exportindustrie oder die Agrarlobby am längeren Hebel sitzt. Jedenfalls lassen sich die Mercosur-Staaten nicht mehr so ohne weiteres gegenseitig ausspielen. Diese Situation sieht man in den EU-Spitzengremien mit Besorgnis, gilt es doch Handelshemmnisse zu beseitigen, um unter möglichst günstigen Bedingungen weitere Märkte aufzubrechen und den eigenen Interessen gefügig zu machen. Gelingt das nicht auf dem Verhandlungsweg, müssen subalterne Staaten mit einer Verschärfung eingesetzter Mittel rechnen. Dabei kann es sich um massive Beeinflussung von Wahlen oder, wenn das nicht ausreicht, um Anbahnung von Staatsstreichen handeln. Im Juni 2009 wurde die zweite Variante am Beispiel Honduras unter aktiver Beteiligung der FDP nahen Friedrich-Naumann-Stiftung bevorzugt. (siehe *ARSTI* Nr.166, S.16) Wenn gerade von einer Rückkehr des gestürzten Präsidenten Zelaya berichtet wurde, auch dieses Beispiel ein geändertes Kräfteverhältnis.

2011 stehen in Lateinamerika einige Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an. Auf die Stichwahl in Peru wurde bereits hingewiesen. Ollantas Wahl würde bei allen Unwägbarkeiten, die sich mit seiner Person und seinem noch kaum erkennbaren politischen Konzept verbinden, das Ensemble der verbliebenen reaktionären Staaten um das Zentrum Kolumbien schwächen. Im Oktober stellt sich Argentiniens Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner der Wiederwahl. Die Kirchners, der Ehemann Nestor war ihr Vorgänger als Präsident und anschließend Generalsekretär von UNASUR, bevor er plötzlich starb, stehen für den „*Kurs einer souveränen Außenpolitik, verbunden mit einigen antineoliberalen, aber keineswegs antikapitalistischen Elementen.*“ (G. Pohl) Eine souveräne Außenpolitik zu verfolgen, reicht bereits, um ins Visier imperialistischer Mächte zu gelangen. Die Berichterstattung über die Kirchners in den sog. renommierten bundesdeutschen Tageszeitungen wie FAZ oder Die Welt ist an Bösartigkeit kaum noch zu übertreffen. Die weiter links stehenden Kräfte spielen nicht in der ersten Liga. Die marxistischen, revolutionären Kräfte konnten sich nach der Ausrottungsorgie während der Militärdiktatur (Operation Condor) nicht mehr erholen. Eine ganze politische Generation fehlt auf der Linken. Auch das ein Kapitel kapitalistischer Barbarei, das man den Freunden des freien Marktes stets in Erinnerung rufen sollte. Man würde es sich aber zu einfach machen, alle Ursachen für den eher desolaten Zustand der marxistischen Parteien und Organisationen in Argentinien und anderen Staaten des Subkontinents nur dem Wüten der Reaktion anzulasten. Der Historiker Jürgen Mothes verweist auf „*den auch in Lateinamerika im Herbst 1929 endgültig durchgesetzten Kurswechsel der Komintern*“ und sieht darin einen wesentlichen Grund für den Niedergang. Er konkretisiert das folgenrei-

Anzeige

**Die Bremer Linksradikalen**

Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920
Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 1,50 €.

che Desaster: „*In wohl allen kommunistischen Parteien setzten selbstzerstörerische Parteireinigungen ein, die die Kommunisten in der Zeit des Aufschwungs von Arbeiter- und Volksbewegungen in den Krisenjahren nach 1929 weiter marginalisieren sollten. Eine ganze Serie von Spitzenfunktionären dieser Parteien wurden abgelöst, verketzert und ausgeschlossen. Ebenso wurden vormalige wie potentielle Verbündete als Verräter, Konterrevolutionäre, Sozialfaschisten oder als Trotzkisten denunziert.*“ (Mothes,40f) Und an anderer Stelle schreibt er: „*Seit Herbst 1929 begann auch für die lateinamerikanischen Kommunisten die Zeit des ‚gnadenlosen Kampfes' gegen die ‚Rechtsgefahr' und gegen die dabei besonders geächteten ‚Versöhnler'*“. (106) Es führte hier und heute zu weit, tiefer in das Kapitel Komintern und Lateinamerika einzusteigen.

## Wieder Nicaragua im Visier

Als Schwerpunkt hat sich die Europäische Union nachweislich die Beeinflussung der Präsidentschaftswahl im November in Nicaragua gesetzt. Was ist geplant? Sog. regierungsunabhängige bzw. zivilgesellschaftliche Gruppen, also antisandinistisch orientierte Gruppierungen, sollen über die EU finanziell massiv unterstützt werden. Geht die Regierung von Präsident Daniel Ortega dagegen vor, hat er mit Sanktionen zu rechnen. Da könnten z.B. die EU Fonds der Entwicklungshilfe gestrichen und die bilateralen Beziehungen überdacht werden. Organisiert wird die Einmischung von der Lateinamerika-Arbeitsgruppe der EU. Einpeitscher sollen die Regierungen aus Tschechien, Deutschland und den Niederlanden sein. Begleitet wird die Aktion von einer Mittelamerika-Initiative, die der umtriebige Funktionär der Friedrich-Naumann-Stiftung, Christian Lüth, persönlich organisiert. Denn auch in Guatemala stehen im September Wahlen an. Lüth stellte eine illustre Besuchergruppe zusammen – durch putscherprobte Experten aus Honduras ergänzt – und brachte sie im Februar dieses Jahres nach Hamburg und Berlin. Lüth ist wie immer der Strippenzieher, der die Kontakte und die nötigen Finanzen vermittelt. Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega ist innerhalb der Linken auch im eigenen Land alles andere als unumstritten, was die sandinistische Bewegung insgesamt schwächt (s. *ARSTI* Nr.165). Für die imperialistischen Strategen mag das ein, wenn auch vielleicht nicht der entscheidende Beweggrund sein, gerade in Nicaragua den Hebel anzusetzen.

## Das Forum von Sao Paulo als Geburtshelferin

Eine nahe liegende Entscheidung war deshalb der Beschluss des letzten Treffens des Forums von Sao Paulo(FSP), sich 2011 in Managua zu versammeln. Das Forum, benannt nach dem Ort des ersten Treffens von Linksparteien und bewaffneten Gruppen im Jahre 1990, hatte sich als Geburtshelferin für die fortschrittlichen Bewegungen in Lateinamerika erwiesen. Der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Die Linke, Wolfgang Gehrcke, selbst Teilnehmer 2010 in Buenos Aires zur Bedeutung des Forums: „*Das FSP ist Träger und Motor der tiefen Veränderungen in Lateinamerika. Dort beendete die Linke zumindest in den meisten Ländern die Zeit der Militärdiktaturen und Bürgerkriege, Die Herrschaft der USA wurde zurückgedrängt. Linke übernahmen Regierungen – nicht die Macht, wie sie feinsinnig festhalten – in vielen Ländern: Chavez in Venezuela, Morales in Bolivien, Correa in Ecuador. Ortega wurde in Nicaragua wieder Präsident, in Brasilien ein Gewerkschaftsführer und in Uruguay ein ehemaliger Tupamaro. In Argentinien beendeten die Kirchners die Straflosigkeit der blutigen Militärdiktatur, die über 30 000 Menschen ermorden ließ, und arbeiten mit den linken Regierungen ihres Kontinents zusammen. In El Salvador verlor die Rechte die Präsidentschaftswahl, in Mexiko konnte nur ein dreister Wahlbetrug den Linken die Präsidentschaft rauben. Kuba ist nicht mehr isoliert, isoliert sind die Putschisten in Honduras. Mit denen will keiner etwas zu tun haben mit Ausnahme der USA und Deutschlands.*“ Günther Pohl würdigte das FSP in einem ausführlichen Artikel in der *uz*: „*Das FSP hat zweifellos einen großen Anteil an der positiven Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts, schon allein deshalb, weil seine Schöpfer 1990 nicht den Kopf in den Sand steckten.*“(3.9.10) Beim letztjährigen Treffen im August 2010 in Buenos Aires waren 600 TeilnehmerInnen von 54 Parteien und Organisationen aus einem Spektrum zwischen linken Sozialdemokraten und Kommunisten anwesend. Nachdem die FARC vor fünf Jahren aus dem Forum rausgeflogen ist, sind bewaffnete Gruppen seitdem nicht mehr vertreten.

Am 20. Mai dieses Jahres ging das 17. Treffen des FSP in Managua zu Ende. Dass 640 Delegierte von 48 Parteien aus 21 Ländern und Gäste aus 29 Parteien aus 15 Ländern Afrikas, Asiens und Europas anwesend waren, zeigt die ungebrochene Bedeutung dieses regelmäßigen Treffens, das nun schon auf 21 Jahre zurückblicken kann. Verurteilt wurde die Aggression der NATO in Libyen und begrüßt der Protest in den spanischen Städten gegen die Art und Weise, wie die Lasten der Finanz -und Wirtschaftskrise auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt wird.

Eingeladen hatte 1990 die brasilianische Arbeiterpartei (PT) unter ihrem damaligen Vorsitzenden Lula da Silva, dem späteren Präsidenten Brasiliens. Seit dieser Zeit nimmt die PT innerhalb der fortschrittlichen Bewegung Lateinamerikas eine wichtige Rolle ein, die nicht zu trennen ist von der politischen und ökonomischen Vormachtstellung Brasiliens auf dem Subkontinent und den damit verbundenen Implikationen. Ein Land, das etwa die Hälfte der Fläche, der Bevölkerung und der Wirtschaftsleistung Südamerikas stellt, ein Land von der Größe Europas realisiert de facto eine Vormachtstellung. Es war historisch eine glückliche Fügung, dass unter der Führung des aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen Präsidenten Lula in einem zentralen Bereich die Interessen der Lohnabhängigen, Marginalisierten, der Landbevölkerung und großer Teile der nationalen Bourgeoisie gleichgerichtet waren. Es ging darum, davon war bereits die Rede, die Freihandelszone ALCA, die die ökonomische Vorherrschaft der USA weiter zementiert und den Handlungsspielraum Brasiliens und seiner nicht unbedeutenden Konzerne eingeschränkt hätte, zu verhindern. Das konnte die brasilianische Regierung nicht allein, dazu war auch eine enge Abstimmung mit anderen Ländern im Rahmen der neu entstehenden Bündnisse erforderlich. Grundlage

war aber der „*Schulterschluss mit der Bourgeoisie und dem Militär*“ (G. Pohl). Wenn heute Brasilien im Rahmen der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und der G 20 international selbstbewusst auftritt, müssen sogar die USA und die EU dies – wenn auch oft zähneknirschend – akzeptieren. In *Amerika21.de* wird ganz aktuell berichtet: „*China könnte die Europäische Union in den kommenden Jahren vom Platz des zweitwichtigsten Handelspartners Lateinamerikas und der Karibik verdrängen, wenn die jeweiligen Dynamiken beibehalten werden. Das geht aus einem Bericht der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) hervor. Ein Wechsel in der Bedeutung der Handelspartner China und EU sei bereits für den Zeitraum 2014-2015 zu erwarten, heißt es in dem Papier. Die CEPAL hatte ihrer Untersuchung die Entwicklung der Handelsbilanzen zugrunde gelegt. (…) Unter den Wirtschaftspartnern Lateinamerikas und der Karibik macht die EU bei sinkender Tendenz derzeit 14 Prozent des Handelsvolumens aus Importen und Exporten aus.*“(a21/df.cl)

Natürlich sind Teile der brasilianischen Linken von der politischen Ausrichtung der Regierung enttäuscht. Bei der Landlosenbewegung (MST) überwiegt das Misstrauen. „*Die Landwirtschaft Brasiliens wird nach wie vor von Großgrundbesitzern dominiert. Unten, bei den vier Millionen Kleinbauern und dem Heer der besitzlosen Landarbeiter, ist der neue Wohlstand längst nicht angekommen.*“( Silvia Liebrich, *SZ*, 27.5.11) Das Null-Hunger-Programm hat die soziale Lage von etwa 50 Millionen Menschen verbessert und 30 Millionen schafften den Aufstieg von der Unterschicht in die Mittelschicht (bei einer Gesamteinwohnerzahl von 190 Millionen). Das ist die eine Seite. Aber die Lage vieler Menschen in den Elendsvierteln der Großstädte hat sich nicht wesentlich gebessert. Trotzdem gibt es zur zum aktuellen Regierungsbündnis auf absehbare Zeit keine Alternative. Dilma Rousseff, Lulas Nachfolgerin mit langjähriger politischer Erfahrung, in den 60ern unter der Militärdiktatur führendes Mitglied einer bewaffneten revolutionären Organisation, führt die Politik ihres Vorgängers auf der Grundlage der bisher praktizierten Politik weiter. Die zersplitterte kommunistische Bewegung Brasiliens, von der sich ein Teil dem Regierungsbündnis angeschlossen hat, muss das zugrunde liegende gesellschaftliche Kräfteverhältnis akzeptieren. Sie leidet noch heute unter den Verwundungen, die sie sich selber zugefügt hat. Sei es durch die Auswirkungen der Bolschewisierung in der Kominternzeit oder dann später durch die Beteiligung und die Positionierung im Streit zwischen Moskau, Peking und Tirana, was zu Spaltungen und über längere Zeit zur Marginalisierung geführt hatte und immer noch nachwirkt. (s.o.)

## Schafft Kuba den Spagat?

Zurück aus der Geschichte in die Gegenwart. Wie immer man die Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte hinsichtlich der progressiven Bewegungen Lateinamerikas beurteilen und werten mag, ist die Rolle Kubas nicht auszublenden. Das sozialistische Kuba hat es immerhin geschafft und schafft es noch, den Anfeindungen und Nachstellungen des US-Imperialismus und seiner Helfershelfer zu widerstehen. Von der Invasion in der Schweinebucht über die vielen Mordversuche an Fidel Castro und den endlosen Maßnahmen zur ökonomischen Strangulierung zieht sich über die fünf Jahrzehnte eine Spur von gnadenlosem Staatsterrorismus. Der Durchhaltewillen der kubanischen Revolutionäre gab den oppositionellen fortschrittlichen Kräften in den lateinamerikanischen Ländern immer wieder Auftrieb. Selbst der Untergang der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Gesellschaften Europas konnte die Kubaner nicht in die Knie zwingen. Der Kampf um das pure Überleben führte andererseits dazu, wichtige Baustellen einstweilen unbearbeitet zu lassen und die Lösung problematischer Entwicklungen zu verschieben. Bereits 1986, Kuba hatte damals noch den RGW hinter sich, wurde auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei eine sehr nüchterne Bestandsaufnahme der ökonomischen Situation des Landes vorgenommen und z.B. auf die Vergeudung und Schlamperei in der Verwaltung der vergesellschafteten Produktionsmittel hingewiesen. Die Gefahren, die von der Bürokratie ausgehen und die damit

Anzeigen

**Die Potsdamer Beschlüsse**

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

**Das rote Gewerkschaftsbuch**

Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle.
Berlin 1932
Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

verbundenen Lähmungserscheinungen in vielen Sektoren des Staates wurden erkannt und sollten behoben werden. Kurz darauf kam der Zusammenbruch des RGW und Probleme ganz anderer Dimension türmten sich auf. Dass Kuba dieses Fiasko überstehen konnte, grenzt schon fast an ein Wunder und ist ohne die Entwicklung in Venezuela in den 90er Jahren und der Einbindung Kubas in das ALBA - Projekt nicht vorstellbar.

Als aber Staatspräsident Raul Castro im August vergangenen Jahres die Entlassung von über einer Million Staatsangestellten ankündigte, war das Erschrecken bei denen, die mit der kubanischen Revolution solidarisch sind, deutlich spürbar. Hatte man da etwas übersehen? War die wirtschaftliche Lage des kleinen Inselstaates trotz der positiven Entwicklung auf dem gesamten Subkontinent prekärer als man sich das vorstellen konnte? Die Ankündigung Castros und die vor und während des 6. Parteitages heftig diskutierten Konsequenzen können nur als Bestätigung verstanden werden. Es ist den kubanischen KommunistInnen zu wünschen, dass der eingeschlagene Weg zumindest einige der größten Probleme abmildert. Wenn Raul Castro auf dem Parteitag erklärte, er interpretiere es als seine Mission, den Sozialismus zu verteidigen, zu stärken und zu perfektionieren, ist das sicherlich glaubhaft. Ob allerdings die beschlossenen Maßnahmen einen Schritt zur Perfektionierung des Sozialismus darstellen, da müssen Zweifel erlaubt sein. Zweifel etwa, wie sie der kubanische Historiker Pedro Campos formuliert (s. *ARSTI* Nr.171, S.24ff) Er befürchtet, dass die beschlossenen Veränderungen „*zu mehr Kapitalismus und nicht zu mehr Sozialismus führen*“. Er kritisiert „*aus der Sicht eines partizipativen und demokratischen Sozialismus*“, wie er seinen Ausgangspunkt beschreibt. China und Vietnam haben andere Wege eingeschlagen. Die Frage, ob einer dieser Wege zu einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft führen wird, kann nur von der Geschichte beantwortet werden.

Hermann Kopp, Redakteur der Marxistischen Blätter, stellte in einer Rezension eines isw-Reports zu China auch ein paar Fragen zur Perspektive Kubas, die an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben sollen: „*Kuba hat neuerdings Reformen angekündigt und eingeleitet, die, nach ‚orthodoxem‘ Verständnis, hinter den bereits erreichten Stand an ‚Sozialismus‘ zurückfallen. Verrat am Sozialismus? Oder vielleicht doch Ausdruck der Notwendigkeit, der globalen ökonomischen wie politischen Dominanz des Imperialismus Rechnung zu tragen, wenn man nicht mit fliegenden roten Fahnen untergehen will?*“

## Irritationen aus Caracas

*Joaquin Perez Becerra bei der Ankunft in Bogotá*

Besorgniserregende Nachrichten erreichen uns auch aus Venezuela. Es wurde bereits auf eine Annäherung zwischen Venezuela und dem benachbarten Kolumbien, ein Bollwerk des US-Imperialismus, hingewiesen. Am 25. April war Joaquin Perez Becerra , kolumbianischstämmiger Herausgeber des regierungskritischen Onlinemagazins ANNCOL, von Venezuela an Kolumbien ausgeliefert worden. Er war von Frankfurt aus gekommen. Wenige Stunden vor seiner Ankunft soll der kolumbianische Präsident Manuel Santos seinen Amtskollegen Hugo Chavez telefonisch um die Verhaftung und Auslieferung des Journalisten gebeten haben. Für die kolumbianischen Behörden ist Perez Becerra Mitglied der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und deren Europavertreter. Perez hat im Jahr 2000 Verhandlungen zwischen den FARC, Vertretern der damaligen kolumbianischen Regierung des Präsidenten Andres Pastrana und Abgesandten des Unternehmerverbandes ANDI moderiert.

Die venezolanischen Behörden berufen sich auf das Vorhandensein eines Interpol-Haftbefehls, was aber kaum zutreffen kann, denn in diesem Fall wäre Perez sicher bereits in Frankfurt festgenommen worden. Für manche Sympathisanten des venezolanischen Bolivarismus mag der befremdliche Vorfall überraschend gekommen sein. Wer aber die Nachrichten aus Venezuela genauer verfolgt, weiß, dass seit längerem auch Guerilleros, die im Grenzgebiet zu Kolumbien aufgegriffen werden, mit einer raschen Deportation nach Kolumbien zu rechnen haben. Bereits im Januar hatten venezolanische Sicherheitskräfte einen Kämpfer des ELN an die Kolumbianer überstellt. Und im März wurden zwei ELN-Angehörige, die in einer Klinik ihre Schussverletzungen behandeln ließen, von der venezolanischen Nationalgarde verhaftet und an das kolumbianische Militär übergeben. (vgl. Eva Haule, *amerika21.de*, 31.3.11) In der Sache des Journalisten Perez, der die schwedische Staatsbürgerschaft besitzt, übernahm Chavez persönlich die Verantwortung für die Auslieferung. Daraufhin wandten sich zahlreiche international bekannte Wissenschaftler, Journalisten und Aktivisten an den Präsidenten in der Hoffnung, „*dass Ihre Regierung diesen alles andere als ehrenvollen Kurs korrigieren wird*“. Chavez und seine Regierung denken aber nicht daran, dieser Bitte nachzukommen. Die Angelegenheit sieht nach einem Deal aus. Kaum war die Überstellung des Journalisten abgeschlossen, wurde im Gegenzug der in kolumbianischem Gewahrsam sitzende venezolanische Unternehmer

Walid Makled Garcia nach Venezuela abgeschoben. Walid Makled, dem u.a. die venezolanische Luftfahrtgesellschaft Aeropostal gehört, wird beschuldigt, einer der wichtigsten Köpfe im internationalen Kokainhandel zu sein und mehrere Morde in Auftrag gegeben zu haben. In der kolumbianischen Untersuchungshaft hatte Makled hochrangige venezolanische Politiker beschuldigt in den Drogenhandel verstrickt zu sein. Das wird sich klären lassen. Nachdenklich muss jedoch eine Meldung stimmen, die besagt, die Direktorin des multistaatlichen Senders Radio del Sur, Cristina Gonzalez, sei vom venezolanischen Kommunikations- und Informationsminister Andres Izarra ihres Amtes enthoben worden, weil sie die Informationspolitik im Fall Perez kritisiert habe. In der *jW* vom 27. April kommentierte Andre Scheer den Vorgang: „*Damit sichert Chavez zwar die derzeit stabilen Beziehungen zum Nachbarland. Zugleich opfert er jedoch seine Glaubwürdigkeit als Führungspersönlichkeit eines revolutionären Prozesses, mit dem zahlreiche Menschen weltweit große Hoffnungen verbinden.*“ Und ergänzend stellte er fest: „*Diplomatie ist (…) kein Grund, die eigenen Gesetze zu verletzen, um dem Gegenüber einen Gefallen zu erweisen. Staatsbeziehungen sind keine Rechtfertigung dafür, einen Journalisten – dem keine Beteiligung an bewaffneten Aktionen vorgeworfen wird – rechtswidrig an eine Bürgerkriegspartei auszuliefern.*“ Das muss so in der einzigen marxistischen Tageszeitung hierzulande noch geschrieben werden dürfen – z.B. von dem Redakteur Andre Scheer, der zur insgesamt fortschrittlichen Politik der venezolanischen Regierung einen solidarischen Standpunkt vertritt. Dieser Meinung ist ein anderer linker Journalist, Ingo Niebel, der sich gelegentlich in der *jungen Welt* zu lateinamerikanischen Themen äußert, ganz und gar nicht. Für ihn passen Scheers Artikel und Kommentare „*zu einer antibolivarianischen Kampagne, die mittlerweile konterrevolutionäre Züge angenommen hat.*“ (I. N., 3.5.11) Er geht dann noch einen Schritt weiter, indem er die Verbindung von Scheer als DKP-Mitglied mit der venezolanischen KP bemüht und diese habe „*die Grenze vom Sektierertum zur Konterrevolution überschritten…*“ Für Niebel ist die Kritik letztlich gegen die Wiederwahl von Präsident Chavez im Dezember 2012 gerichtet. In Venezuela wird das anders gesehen. So wird sich die PCV trotz ihrer Kritik an der Auslieferung von Perez und möglicherweise sehr zum Leidwesen von Ingo Niebel an der Gründung des als „Patriotischer Pol“ firmierenden Bündnisses der linken Parteien und Bewegungen beteiligen, um eine Wiederwahl von Chavez zu unterstützen. Eine entsprechende Stellungnahme liegt bereits vor.

Dass die beiden Präsidenten Hugo Chavez und Rafael Correa in den letzten Wochen eine Breitseite vom berüchtigten Londoner *Internationalen Institut für strategische Studien(IISS)* verpasst bekamen, ist eine Geschichte, die man sehr ernst nehmen muss. Als Beweisstück für die Zusammenarbeit der beiden mit den FARC musste wieder einmal der ominöse Laptop des ermordeten FARC-Comandante Raul Reyes herhalten. Zwar ist die Geschichte weder neu noch besonders originell, aber das IISS spielte schon beim Betreiben des Krieges gegen den Irak eine wesentliche Rolle. Dazu passt auch eine Ankündigung der US-Regierung, das staatliche venezolanische Erdölunternehmen PDVSA mit Sanktionen zu belegen. Grund sei dessen „*Aktivität zur Unterstützung von Irans Energiesektor*“, erklärte der Vizeaußenminister James Steinberg die Entscheidung. PDVSA und sieben weitere Unternehmen hätten Erdölprodukte an den Iran verkauft, so Steinberg.

Wenn erst die causa Gaddafi erfolgreich durchgebombt ist, dürften die Anwürfe gegen den Störenfried von Caracas noch mehr ins Rampenlicht geschoben werden, denn es geht auch hier um ganz viel Öl und um strategische Interessen. Um Gründe für einen Militärschlag wird man nicht verlegen sein. Vor diesem Hintergrund darf sich die Linke unter keinen Umständen dazu verleiten lassen, problematische Aspekte der fortschrittlichen Bewegungen in Lateinamerika als Anlass zu nehmen, die Solidarität aufzukündigen. Es kann sich allerdings immer nur um eine kritische Solidarität handeln, eine die vor Fehlentwicklungen nicht beide Augen zudrückt.

*Stand:31.5.2011*
*hd*

Anzeigen

**August Thalheimer:**
**Einführung in den dialektischen Materialismus**

Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.
Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,– €.

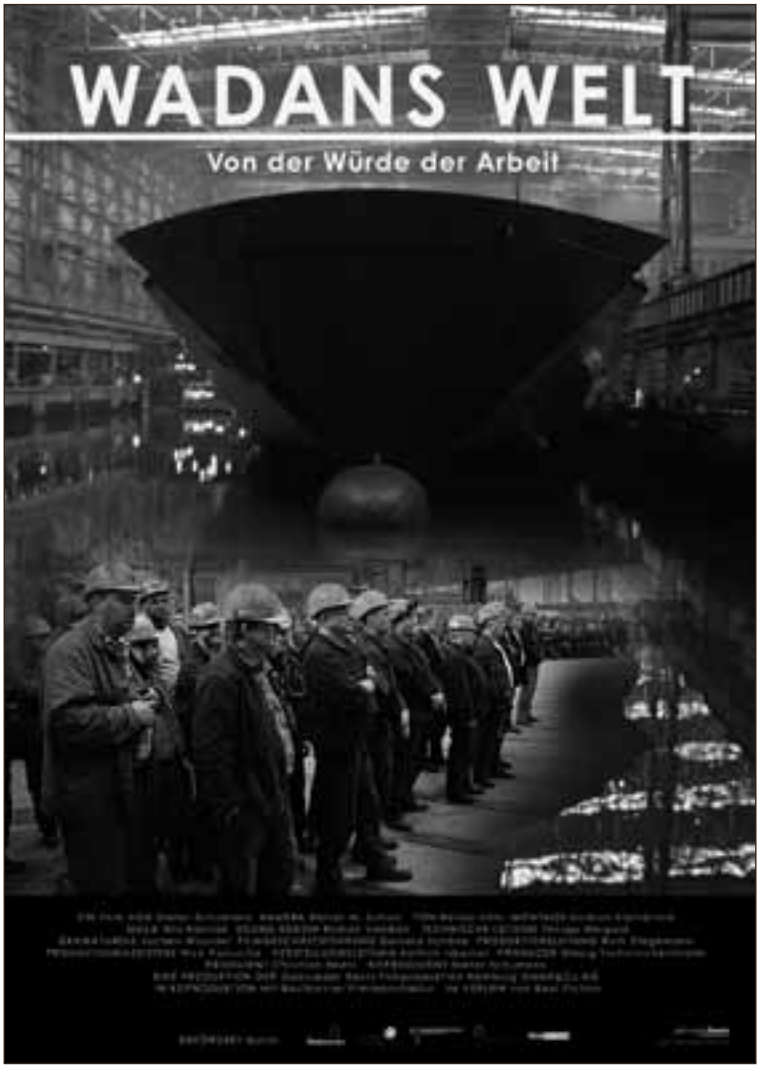
**Der Faschismus in Deutschland**

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.
2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,– €.

*Film* Rezension

# Gut ausgeschweißt

*Die vorerst letzte Finanzkrise wurde als Nachricht kaum bebildert. Stillliegende Containerbrücken, Halden von Autos, Fassaden von Bankhäusern, ein paar hektisch telefonierende Broker, das war's. Mit* ***Wadans Welt – von der Würde der Arbeit*** *kommt jetzt ein Film in die Kinos, der die Folgen der Krise aus der Sicht von Schiffbauern im mecklenburgischen Wismar zeigt.*




Zwei Schwäne, die in einem Schwimmdock vor einem Schiffsrohbau schwimmen. Eine Frauenstimme erzählt die Sage von Wotan. Von der Stärke des germanischen Hauptgottes mit sagenhaften Kräften, aber auch dass er sterblich ist. Beginnt der eigentliche Dokumentarfilm *Wadans Welt* erst nach diesen mythisch aufgeladenen Minuten? Nein – zwei weitere Sequenzen der Sage von Wotan gliedern den Film. Von Kämpfen, in denen Wotan vom Bösen besiegt wird, was den Untergang der guten Herrschaft bedeutet, ist die Rede, als die Werft in die Insolvenz geht. Bebildert von den Schwänen vor rostrotem Stahl. Am Schluss des Filmes bedeckt Finsternis die Erde, kein Mann verschont den Anderen. Die Sage erzählt von einer möglichen neuen Welt. Dazu Bilder eines Stapellaufes im Hafen von Wismar. Aber zurück zum Beginn von *Wadans Welt*.

An einem Deckenkran wird die mächtige Hecksektion eines Stahlrumpfes durch eine riesige Schiffbauhalle transportiert. Laute Warntöne, das Geräusch von Stahlseilen, die über Rollwinden laufen. Dazu hämmernde Geräusche, das Zischen von Schweißgeräten, laute Rufe. Fünf Kamera- und drei Tonleute haben im Verlauf von anderthalb Jahren 120 Stunden Material aufgenommen. Das meiste in den Schiffbauhallen und auf dem Werftgelände, einiges auch in den Büros der Vorstände und Eigner, und bei den Schiffbauern zuhause.

Im Umkleideraum sehen wir den beiden Schiffbauern und Schweißern Roland und Krischan dabei zu, wie sie sich schweigend umziehen und für die Arbeit fertigmachen. Die Sicherheitsschuhe zuschnüren, ein paar Hilfsmittel fürs Schweißen aus der Plastiktüte vom Discounter in der Latzhose verstauen. Die abgewetzte Wand ist vollgeklebt mit pornografischen Bildern nackter Frauen, später im Film wird ein Arbeiter in der Mittagspause vor laufender Kamera mit aller Selbstverständlichkeit seinen Spind öffnen, auf der Innenseite wieder sehr explizite Pornobilder. Er macht sich eine Fertigsuppe im Plastikbecher, die Kantine ist ihm zu teuer: „*Kann ich mir nicht immer leisten*".

Der Film zeigt es, aber er hinterfragt es nicht: Was macht es mit Männern, wenn sie in der Industrieproduktion in ihrem Arbeitsalltag keine Frauen erleben, als Kolleginnen. Es fördert einen abwertenden Blick auf Frauen. Ein Ausdruck davon sind die Pornobilder. Ein Zeichen der Wiedervereinigung sind die Pornobilder auch, dafür, dass der ehemalige VEB Mathias-Thesen-Werft Wismar sich jetzt im freien Westen befindet.

Im Stahlschiffbau werden mit Schneidbrennern zuerst die Stahlbleche zugeschnitten. Einiges muss noch gebogen, gekrümmt werden. Danach werden die Bleche zu Sektionen zusammengeschweißt. Eine Sektion ist ein Teilstück des späteren Schiffes, wie der Bug oder mehrere Kabinen. Bei der Endmontage werden die einzelnen viele Tonnen schweren Sektionen miteinander verschweißt. Dafür müssen mit Präzision und Kraft die Außenkanten der Bleche eingepasst werden.

Der Film begleitet Roland und Krischan bei der Arbeit. Sie schweißen aus Stahlplatten Sektionen für Schiffe zusammen. Grelles, aufblitzendes Schweißerlicht, jede Naht ist anders, muss genau sitzen. Beim Schleifen sprühen Funken, der Metallstaub lässt sich förmlich riechen, so nah sind die Kameras dabei. Der Ton ist ein Erlebnis, zum Großteil sind es Geräusche von der Arbeit. Manchmal schreien die Schiffbauer fast, wenn sie vor der Kamera etwas gefragt werden, um verstanden zu werden. Sie kriechen durch enge

Öffnungen in den Sektionen herum, um die Schweißnähte zu kontrollieren. Beim Schweißen tragen sie einen Kopfschutz und einen Schweißschutzschirm: „*Das grelle Licht vom Schweißen kann Dir ganz schnell die Augen Verblitzen, das schmerzt*“, so ein junger Schiffbauer. Krischan wird gezeigt, wie er vor einer Sektion verschnauft: „*Nach 27 Jahren hast Du Probleme mit Knien, Armen, den Gelenken. Das ist eine Knochenmühle hier*“. Krischan ist stolz darauf, durchzuhalten: „*Zum Schiffbauer musst du geboren sein*“, schnauft er.

Wenn die Kamera in der Totale die Schiffbauhalle zeigt, wo überall geschweißt, geschliffen und gehämmert wird, tonnenschwere Stahlbauarbeiten am Kran über ihnen hinweggezogen werden, wirken die Menschen, die Schiffbauer, klein. Die riesigen Rohbauschiffsteile auf den Pallungen, den Lagerböcken aus Beton wirken mächtig. Die schwere Industriearbeit, der Lärm, Schmutz, die ständigen Gefahren sind beeindruckend bebildert. Ebenso das Können der Schiffbauer. Beeindruckend, wie drei Schweißer gemeinsam eine tonnenschwere Stahlplatte mithilfe eines Deckenkranes millimetergenau an die auf dem Schiffboden markierte Stelle bugsieren und gekonnt mit Halterungen als Kabinenwand anschweißen. Da wird mit dem Fuß etwas nachgeholfen, ein Schweißer bückt sich noch einmal schnell unter der schwebenden Stahlplatte unter durch – alles sitzt und passt.

Anfänglich wollte der Regisseur Dieter Schumann einen Film über den Bau der größten Passagierfähre der Welt drehen. Dafür bekam er die Genehmigung, auf dem Werftgelände in Wismar zu drehen. Der erste Teil des Filmes besteht aus diesen Bildern. Die Werft hieß damals, 2008, „Aker Yards“, wurde aber vom Aker Konzern an die russische Investmentgesellschaft FLC West verkauft. Andrei Burlakow, Chef von FLC, ist zu sehen, wie er sich auf einer Betriebsversammlung als neuer Inhaber vorstellt. Wadan ist der russische Name für Wotan erklärt Burlakow, und Wadan Yards werde die Werft ab sofort heißen. Wortreich verkündet Burlakow so die Inbesitznahme der Werft. Wadan Yards soll nach Stärke klingen, vielleicht auch germanisch.

Die Kameraleute haben gefilmt, was in Nachrichten nicht vorkommt: Die skeptischen Gesichter der Schiffbauer, ihre Gespräche nach der Versammlung auf dem Weg zurück zur Arbeit. Als schöne Brechung der Nachrichtenbilderproduktion ist zu sehen, wie sich Filmteams von Fernsehsendern um Burlakow aufbauen, der sich vor der fast fertigen Fähre aufnehmen lässt und etwas von prosperierendem Schiffbau erzählt. Ein Glücksfall, dass sich Burlakow gerne öffentlich inszeniert und so kann weiter auf der Werft gefilmt werden. Auch als er im Stil der reichen Neuen Russen das Moskauer Büro von Wadan Yards eröffnet sind die Kameras dabei. Ein Staatssekretär Mecklenburg-Vorpommerns überreicht als Standortwerbung einen albernen Miniaturstrandkorb, Burlakow schwadroniert von glänzenden Gewinnaussichten.

Auf der Wadan Werft gibt es die ersten Stapelläufe für nach Russland verkaufte Schiffe. Dann bricht mit der Finanzkrise der internationale Markt für Schiffsbaufinanzierung zusammen. Die weltweit größte Bank für Schiffsfinanzierung wird geschlossen.

Das ursprüngliche Filmkonzept des Regisseurs ist ebenso geplatzt wie die Arbeitsplatzsicherheit für die Schiffbauer. Die weltweit größte Fähre wird nicht weiter gebaut, den Wadan Yards geht das Geld aus: Aufträge werden storniert, fertige Schiffe nicht abgenommen. Die weltweiten Containerfrachtraten sinken, es werden keine Schiffe mehr gechartert.

Regisseur Schumann schlägt der Schiffbauergruppe vor, weiter zu filmen, einen Film über die Auswirkungen der Krise auf die Werft zu drehen. Schumann ist sechs Jahre zu See gefahren, hat bei der DEFA und dem DDR-Fernsehen das dokumentarische Filmen gelernt. Er kommt aus Mecklenburg und redet wie die Schiffbauer. Nach kurzer Diskussion willigen sie ein, die Geschäftsführung wird wohl auch eingewilligt haben. Leider kommt diese Diskussion im Film nicht vor, wird aber im Presseheft erwähnt. Im Film selbst ist dies nicht transparent, ebenso wie der Regisseur und sein Team nie im Bild sind. So wirkt der Film durch die Montage wie aus einem Guss. Vertan wird so die Chance, den Einbruch der Krise auch auf das Filmkonzept selber zu thematisieren und dadurch die durchschlagende Auswirkung der Krise bis in die eigene Filmarbeit transparent zu machen, das Filmpublikum unmittelbarer an der Verunsicherung teilhaben zu lassen. Der Entstehungsprozess des Filmes kommt selbst so leider glatter daher als er gelaufen ist. Aber es gibt die beinahe einmalige Situation, dass ein Dokumentarfilm über die Schiffbauer nicht erst mit der Insolvenz beginnt, sondern schon vorher, beim Ausbruch der Krise schon ein Vertrauensverhältnis besteht.

Auf einer Betriebsversammlung erklärt der Insolvenzverwalter, dass ab August 2009 kein Insolvenzgeld mehr da ist. Profiling sei jetzt das Gebot der Stunde: Wer könne was wie gut, welche Betriebsteile seien wie profitabel. So ließe sich vielleicht ein Käufer finden, sonst seien ab August alle arbeitslos. Die anfängliche Wut auf den Insolvenzverwalter verwandelt sich in Ohnmacht. Das Entsetzen steht den Schiffbauern in den Gesichtern, als sie im Pausenraum zusammensitzen. Was können wir machen, fragen sie sich. Wenn es hier weitergeht, dann bestimmt nur zu schlechteren Bedingungen, sagt einer: Statt 17 gibt es dann vielleicht noch 8 Euro. Krischan: „*Ich komm trotzdem, was soll ich denn sonst machen?*“.

Monatelang liegt die Werft still. Am Werkstor ein Transparent: „*Wismar ohne Werft ist wie Ostsee ohne Fische!*“ Schwarzer Trauerflor weht an

den Kaikränen. Langsam zerfetzt der Wind die Abdeckplanen, die gelagerten Bleche schlagen durch die Böen gegeneinander. In Wismar ist die Werft der einzige große Betrieb, aus jeder dritten Familie der Stadt mit 45.000 Einwohnern arbeitet jemand auf der Werft. Auf einer Demonstration durch die Stadt steht auf Plakaten: „*Wir sind Werft!*“, die Betriebsratsvorsitzende beschwört den sozialen Frieden, der bei einer Schließung gefährdet sei.

Auf einer Sitzung des Betriebsrates würgt sie resolut zaghafte Ideen einer Werksbesetzung oder einer Autobahnblockade ab: „*Wir sind hier nicht in Frankreich!*“

Die Schiffbauer, welche der Film vorher bei der Arbeit gezeigt hat, werden nun zuhause gezeigt. Beim Warten auf einen Brief, dass es weitergeht. „*Uns ging es ja sehr gut, wir hatten sichere Arbeitsplätze*“, erklärt Dzevad. Hilflos sagt Roland in die Kamera: „*Wir haben ja niemanden, der uns führt, beim Protest.*“ Traurig und passiv sitzt seine Frau neben ihm. Jetzt hat er Zeit, seinem Enkel das Schweißen zu zeigen. Der Vorarbeiter der Schiffbauergruppe Christian: „*Eigentlich ist mir egal, wem der Laden gehört. Ich bin verantwortlich für die Schweißerei auf der Dockkante und ich will morgens um Sechs zur Schicht kommen.*“ Hauptsache Arbeit. Als er dies am Wohnzimmertisch sagt, sitzt neben ihm sein Sohn, der auch bei Wadan gearbeitet hat, schweigend stimmen seine Frau, seine Tochter und Schwiegertochter zu. Einzig ein Kleinkind traut sich, auch noch etwas zu sagen. Die patriarchale Ordnung scheint besonders wichtig zu sein beim hilflosen Warten darauf, wieder lohnarbeiten zu dürfen. Die Gesichter der Schiffbauer sehen nicht so abgekämpft aus wie beim Arbeiten, dafür angespannt und nervös.

Zwei Monate später ist es soweit, eine Investorengruppe hat die Werft gekauft. Die heißt jetzt Nordic Yards und stellt mit befristeten Zeitverträgen und weniger Lohn wieder ein. Aber nur 700 von 1.300 Schiffbauern. Die Kameras sind dabei, als die Verträge ausgeteilt werden, die jenseits von jedem Tarifvertrag sind. Entweder unterschreiben oder ein anderer bekommt den Job. Alle Eingeladenen lesen still für sich die Verträge, akzeptieren per Unterschrift. Einige der porträtierten Schiffbauer warten vergeblich auf eine Einladung zur Vertragsunterzeichnung. Während die einen bei der ersten Schicht gezeigt werden, sind andere zu sehen, wie sie mehrmals täglich vergeblich zum Briefkasten gehen. Zu Hause herum sitzen, abwarten. Auch Krischan wartet, ärgert sich. Dabei hat er vorher selbst gesagt: „*Wenn ich Geschäftsmann wäre, würde ich auch so machen – nicht alle wieder einstellen und niedrigere Löhne zahlen*“.

*Wadans Welt* ist es gelungen, die traumatische Erfahrung des Ausgeschlossenwerdens von der Lohnarbeit zu bebildern. Dabei sind die Bilder selbst kritischer als der Regisseur selbst: Schumann benutzt die Wotan-Sage, um die Rohheit der Folgen der Entlassung und die Geringschätzung der Schiffbauer zu benennen. Der Rückgriff auf die Edda-Legende *Der Seherinnen Weissagungen* ersetzt keine Kapitalismuskritik. Schumann vergleicht in einem Text zum Film auch Äpfel (Staatskapitalismus) mit Birnen (Marktwirtschaft): „*Vor 30 Jahre im Osten hätte man solche Leute zu Helden erklärt, heute wird ernsthaft darüber nachgedacht, ob und wie man sie durch Zeit- oder Leiharbeiter ersetzen kann. Welch ein Irrtum, welch ein Wahnsinn!*“

Schumann interviewt im Film einen Leiharbeiter, der offen darüber spricht, dass seine Gruppe dort eingesetzt wird, wo die Geschäftsleitung die Schiffbauer zu teuer findet. Er verdiente vor der Insolvenz bei einer Vollzeitstelle 1.100 Euro netto. Die alte Leiharbeitsfirma sei Konkurs gegangen, bei der neuen, mit dem gleichen Chef, verdiene er jetzt 800 Euro netto und müsse am Ende des Monates zum Amt gehen: „*Aber das ist besser als Hartz vier*“.

Der Leiharbeiter ist sich wie die Schiffbauer seiner Lage sehr bewusst. Er weiß, sie wissen, was läuft, wie versucht wird, Gewinn zu machen auf seine, ihre Kosten. Aber sie sehen keine Alternative, den kollektiven Aussprachen im Pausenraum folgt keine Eigeninitiative, keine Selbstermächtigung zum Handeln, zum Protest. Die von Schumann gezeigten O-Töne und Bilder, hervorragend montiert von der DEFA-Schnittmeisterin Gudrun Steinbrück, sind eine radikale, schonungslose Offenlegung wie im Schiffbau mit den Beschäftigten umgegangen wird. Der Regisseur lässt dies im Film so in aller Härte stehen, hofft aber selbst auf eine Betriebspartnerschaft, wie er gegenüber der Ostsee-Zeitung Anfang Mai erklärte: „*Ich bin optimistisch. Der neue Eigentümer Witali Jussufow ist ein anderer Typ als Burlakow. Das Entscheidende wird sein, die Glaubwürdigkeit wiederherzustellen; politisch und strategisch zusammenzuarbeiten. Jussufow wird versuchen, die Werft zu erhalten.*“ Schumann schrieb bereits im Presseheft zum Film: „*Vielleicht dämmert es auch Deutschlands Wirtschaftsbossen erneut, dass Wertarbeit mit dem Wert und der Würde des Arbeiters zusammen hängen.*“ Dabei ist *Wadans Welt* ein einziger Beleg dafür, dass es bei der Wertschöpfung um vieles geht, aber nicht um die Würde von ArbeiterInnen.

*Gaston Kirsche*

*Wadans Welt, BRD 2010, 100 Min, Dok-Film, Regie: Dieter Schumann, Schnitt: Gudrun Steinbrück, Musik: Nils Kacirek. Verleih: Real Fiction.*

*Wadans Welt läuft derzeit im Programmkinos.*

*Der Regisseur Schumann*

# Literaturliste

| | |
|---|---|
| **K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Oppostion** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition" im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag | 1983, 234 Seiten , 14,00 € |
| **Die Bremer Linksradikalen** | 66 Seiten, 2,00 € |
| **Register der „Arbeiterstimme"** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 | je 1,00 € |
| **Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) | **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 € |
| **Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein | 146 Seiten, 5,00 € |
| Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuauflage) | 624 Seiten, 20,00 € |
| Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie | 510 Seiten, 20,00 € |
| Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) | 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 € |
| **Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) | 30 Seiten, 1,50 € |
| **1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) | 1931, 32 Seiten, 1,50 € |
| **Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) | 1929, 32 Seiten, 1,50 € |
| **Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** | 1931, 75 Seiten, 3,00 € |
| **Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) | 1932, 34 Seiten, 1,50 € |
| **Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** | 1932, 27 Seiten, 1,50 € |
| **Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf" von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik | 1974, 95 Seiten, 2,50 € |
| **Fluchtpunkte,** Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung | 316 Seiten, 20 € |
| **Die Potsdamer Beschlüsse,** Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) | 1945, 32 Seiten, 1,50 € |
| **Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) | 1946, 27 Seiten, 1,50 € |
| **Weiße Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung | 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 € |
| **August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History | 320 Seiten, 15 € |
| **Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) | 1952, 43 Seiten, 1,50 € |
| **Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) | 1950, 140 Seiten, 5,00 € |
| **Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion,** Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU | 1974, 68 Seiten, 3,00 € |
| **Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) | 1928, 54 Seiten, 2,00 € |
| **Der Weg der Gewerkschaften,** Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) | 1948, 181 Seiten, 4,00 € |
| **Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) | 7,50 € |
| **Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition | 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 € |

**Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg**

**240 Seiten, Paperback,**
**€ 12,–**
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben
von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin" werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

**510 Seiten, Paperback,**
**€ 20,–**
ISBN 3-87975-767-4

## Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
bolivarianischen Prozesses

**168 Seiten, Paperback,**
**€ 10,–**
ISBN 3-9809970-1-4
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution" in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
**Gegen den Strom**
**Schwanthalerstraße 139**
**80339 München**
**gds-verlag@gmx.de**

oder:
**T. Gradl**
**Postfach 910307**
**90261 Nürnberg**

**624 Seiten, Paperback,**
**€ 20,–**
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
**T. Gradl**
**Postfach 910307**
**90261 Nürnberg**